

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Wolfgang G. Gibowski/Max Kaase

Auf dem Weg zum politischen Alltag

Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl
vom 2. Dezember 1990

Ursula Feist

Zur politischen Akkulturation der vereinten Deutschen

Eine Analyse aus Anlaß der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl

Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann

Konsequenzen einer bundesweiten Kandidatur der CSU bei Wahlen

Eine in die unmittelbare Vergangenheit gerichtete Prognose

Joachim Raschke

Die Parteitage der GRÜNEN

B 11-12/91
8. März 1991

Wolfgang G. Gibowski, Dipl.-Volksw., geb. 1942; Mitglied des Vorstands der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim; Lehrbeauftragter an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themenbereichen Wahlsoziologie, Massenkommunikation und Methoden der empirischen Sozialforschung.

Max Kaase, Dr. rer. pol., geb. 1935; o. Professor für Politische Wissenschaft und International Vergleichende Sozialforschung an der Universität Mannheim; von 1974 bis 1980 Geschäftsführender Direktor des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themenbereichen Wahlsoziologie, politische Partizipation, Demokratietheorie, vergleichende Regierungslehre (im Sinne der comparative politics), Massenkommunikation und Methoden der empirischen Sozialforschung.

Ursula Feist, Diplom-Psychologin; Leiterin der Abteilung Wahlforschung bei infas, Institut für angewandte Sozialwissenschaft, Bonn.

Veröffentlichungen: Analysen zu Bundestags- und Landtagswahlen, zum Wandel des Parteiensystems, zu Parteimitgliedern und Parteieliten sowie zum Einfluß des Fernsehens auf das Wahlverhalten.

Jürgen W. Falter, Dr. rer. pol., geb. 1944; Professor für Politikwissenschaft und Vergleichende Faschismusforschung an der Freien Universität Berlin.

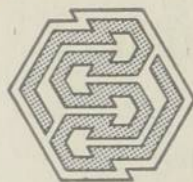
Veröffentlichungen: *Hilflos wählen*, München 1991; zahlreiche weitere Veröffentlichungen zu den Themenbereichen empirische Wahlforschung, Methodologie der Sozialwissenschaften sowie historische Wahlforschung.

Siegfried Schumann, Dr. phil., geb. 1957; Mitarbeiter am DFG-Projekt „Wählerverhalten“; 1984 bis 1988 wiss. Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung.

Veröffentlichungen u. a.: *Wahlverhalten und Persönlichkeit*, Opladen 1990; *Politische Einstellungen und Persönlichkeit. Ein Bericht über empirische Forschungsergebnisse*, Frankfurt/M. u. a. 1986.

Joachim Raschke, Dr. phil., geb. 1938; Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: *Innerparteiliche Opposition*, Hamburg 1974; *Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien*, Opladen 1977; *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*, Frankfurt/M.–New York 1988²; *Krise der Grünen. Bilanz und Neubeginn*, Marburg 1991.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, möglichst Telefax 06 51/46 04 153, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Auf dem Weg zum politischen Alltag

Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990

I. Das Wahlergebnis

Das Ergebnis der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 bestätigte erwartungsgemäß die Parteien der bisherigen CDU/CSU/FDP-Bundesregierung und führte – für viele Beobachter überraschend – zum Ausscheiden der seit 1983 im Bundestag vertretenen GRÜNEN, die im westlichen Wahlgebiet 5 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen nicht erreichten. Aus Gründen der Chancengleichheit der Parteien im Osten Deutschlands mit denen im Westen hatte das Bundesverfassungsgericht im Juli auf Antrag mehrerer kleiner Parteien die ursprünglich für Deutschland insgesamt geltende Fünfprozenthürde verworfen. Die vom Bonner Gesetzgeber daraufhin vorgenommene Einteilung Deutschlands in zwei Wahlgebiete mit getrennt anzuwendenden Fünfprozenthürden ermöglichte den Einzug der SED-Nachfolgepartei PDS/Linke Liste und der Listenverbindung Bündnis 90/GRÜNE (B 90/GRÜNE) in den Bundestag. Dort sind nun einschließlich der bisherigen Parteien CDU, CSU, FDP und SPD sechs Parteien vertreten. Die Wahlbeteiligung lag mit 77,8 Prozent niedriger als jemals zuvor bei einer Bundestagswahl in der bisherigen Bundesrepublik; im Wahlgebiet

West wies sie mit 78,5 Prozent den zweitniedrigsten Wert aller Bundestagswahlen auf.

Zu einer Besonderheit hatte dieses Wahlgesetz in Berlin geführt. Das ehemalige West-Berlin zählte zum westlichen, das ehemalige Ost-Berlin zum östlichen Wahlgebiet. Da die Landeslisten der Parteien aber für das gesamte Berlin galten, traten die westdeutschen und ostdeutschen GRÜNEN, die sich als einzige der Parteien noch nicht vereint hatten und ihren Zusammenschluß für den Tag nach der Bundestagswahl vorgesehen hatten, in beiden Wahlgebieten Berlins gleichzeitig an. So konnten die Berliner Bürger im Osten wie im Westen der Stadt unter anderem auch zwischen den GRÜNEN aus dem Westen und dem Bündnis 90/GRÜNE aus der ehemaligen DDR wählen¹⁾.

Das Gesamtergebnis beider Wahlgebiete (vgl. Tabelle 1) bedeutet für die Regierungsparteien mit zusammen 54,8 Prozent eine eindrucksvolle Bestätigung, wobei nach Stimmenanteilen vor allem die FDP gegenüber der CSU ihr Gewicht in der Regierungskoalition vergrößerte. Wegen des Ausscheidens der westdeutschen GRÜNEN zeigt die Verteilung der Sitze allerdings ein besseres Ergebnis für die Unionsparteien, als aufgrund der Stimmenanteile anzunehmen wäre. Zum ersten Mal seit 1961 verfügt die CDU allein, also ohne die CSU, über mehr Mandate als die SPD; als Fraktionsgemeinschaft besitzen CDU und CSU zusammen mehr Mandate (319) als SPD und FDP (318), die auch unter Einschluß der acht Mandate von B 90/GRÜNE nicht auf die für die Wahl des Kanzlers erforderliche Mehrheit von 332 Mandaten kämen.

Für die Machtverhältnisse im ersten nach der Wiedervereinigung gewählten Bundestag zählt natürlich in erster Linie das Gesamtergebnis der Wahl. Die Analyse des Wahlergebnisses erfordert jedoch die getrennte Betrachtung der beiden Wahlgebiete.

¹⁾ Zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl erfolgte die Berechnung der Mandate nach dem Verfahren der mathematischen Proportion (System Hare-Niemeyer), nicht mehr, wie bisher, nach dem Höchstzahlverfahren nach d'Hondt. Nur im östlichen Wahlgebiet konnten Parteien und andere politische Vereinigungen, die im Prinzip miteinander konkurrieren, Listenvereinigungen eingehen, was zum Beispiel das Bündnis 90 und die GRÜNEN im Osten nutzten.

Tabelle 1: Bundestagswahlergebnis 1990

	Zweitstimmen in Prozent	Zahl der Mandate
CDU	36,7	268
CSU	7,1	51
SPD	33,5	239
FDP	11,0	79
B 90/GRÜNE ¹⁾	1,2	8
PDS/LL ¹⁾	2,4	17
GRÜNE	3,9	—
REP	2,1	—
Die GRAUEN	0,8	—
ÖDP	0,4	—
NPD	0,3	—
DSU	0,2	—
Sonstige	0,4	—
		662

¹⁾ Im Wahlgebiet Ost über fünf Prozent der gültigen Stimmen.

Aus Gründen der Forschungskontinuität muß das Wählerverhalten im Westen aus der Perspektive der bisherigen Bundestagswahlen analysiert werden, während das Wählerverhalten im Osten nur in die Reihe der 1990 erfolgten Wahlgänge zur Volkskammer (18. März 1990) sowie zu den fünf Landtagen (14. Oktober 1990) eingeordnet werden kann. Das Ereignis der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl sollte nicht den Blick dafür verstellen, daß diese Wahl zwei Wahlgebiete mit völlig unterschiedlicher gesellschaftlicher Tradition zusammenführte: den Westen Deutschlands mit einer sich seit 1949 immer überzeugender entfaltenden demokratischen Ordnung auf der Grundlage einer föderativen Struktur, der Einbindung in das westliche Bündnisssystem und einem bisher ungekannten materiellen Wohlstand, sowie den Osten Deutschlands mit einem fast 60 Jahre andauernden Kontinuitätsbruch demokratischer Institutionen, darunter einer langen Phase sozialistisch-kommunistischer Indoktrinierung in eine totalitäre Herrschaftsordnung. Hinzu kam dort mit der deutschen Vereinigung der plötzliche Verlust jeder staatlichen Identität²⁾. Die folgende Tabelle 2 enthält dementsprechend nur

Im Vergleich zu 1987 verbessern sich die Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP auf 54,8 Prozent, bleiben damit allerdings immer noch etwas unter ihrem Ergebnis bei der „Wende“-Wahl von 1983. Diese Verbesserung kommt der CDU/CSU nicht zugute, sondern geht fast allein auf das Konto der FDP. Sie erreicht wie 1980 das drittbeste Ergebnis bei Bundestagswahlen überhaupt. SPD und GRÜNE bleiben mit zusammen 40,6 Prozent deutlich hinter ihren Ergebnissen von 1983 und 1987 zurück; bei den Wahlen von 1969 bis 1980 hatte die SPD für sich allein jeweils höhere Stimmenanteile erzielt. Darüber hinaus bedeuten die 35,9 Prozent für die SPD im bisherigen Bundesgebiet das schlechteste Wahlergebnis seit 1957. Mit 4,6 Prozent, davon die Hälfte für die Republikaner, gewinnen die sonstigen Parteien den höchsten Stimmenanteil seit 1969. Besonders bemerkenswert ist, daß trotz der außerordentlichen Politisierung der Bundesbürger durch den Prozeß der deutschen Vereinigung die Wahlbeteiligung nur 78,5 Prozent betrug.

Tabelle 3 enthält für Ostdeutschland die Ergebnisse der Bundestagswahl, der Volkskammerwahl

Tabelle 2: Amtliche Bundestagswahlergebnisse 1949 bis 1990 (Parteianteile in Prozent der gültigen Zweitstimmen)

	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990 ¹⁾
Wahlbeteiligung	78,5	86,0	87,8	87,7	86,8	86,7	91,1	90,7	88,6	89,1	84,4	78,5
CDU/CSU	31,0	45,2	50,2	45,3	47,6	46,1	44,9	48,6	44,5	48,8	44,3	44,2
FDP	11,9	9,5	7,7	12,8	9,5	5,8	8,4	7,9	10,6	7,0	9,1	10,6
SPD	29,2	28,8	31,8	36,2	39,3	42,7	45,8	42,6	42,9	38,2	37,0	35,9
GRÜNE	—	—	—	—	—	—	—	—	1,5	5,6	8,3	4,7
Sonstige	27,9	16,5	10,3	5,7	3,6	5,4	1,0	0,9	0,5	0,5	1,4	4,6

1) Wahlgebiet West ohne West-Berlin, also der Teil des Bundesgebiets, in dem bis 1987 Bundestagswahlen abgehalten wurden.

die Ergebnisse für die im westlichen Wahlgebiet kandidierenden Parteien für alle Bundestagswahlen seit 1949. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden dabei für 1990 die Stimmen von West-Berlin nicht berücksichtigt³⁾.

2) Vgl. Max Kaase/Wolfgang G. Gibowski, Die Ausgangslage für die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Entwicklungen und Meinungsklima seit 1987, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 768; in Teilen auch veröffentlicht in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/90, S. 14–26.

3) Die Einbeziehung West-Berlins in das westliche Wahlgebiet verändert die Ergebnisse jedoch nicht sonderlich (Angaben in Prozent): Wahlbeteiligung: 78,6; CDU/CSU 44,3, SPD 35,7, FDP 10,6, GRÜNE 4,8, Sonstige 4,6.

vom 18. März 1990 und der Landtagswahlen vom 14. Oktober 1990.

Im Ost-West-Vergleich fällt vor allem die Ähnlichkeit der Lagerstärken der Regierungsparteien auf. CDU und FDP erreichen im Osten gemeinsam 54,7 Prozent, wobei das eine Prozent der DSU nicht berücksichtigt ist, im Westen kommen sie zusammen mit der CSU auf 54,8 Prozent. Dieser Vergleich stößt allerdings aufgrund der Veränderungen und Entwicklungen im dortigen Parteiensystem schnell an seine Grenzen. Darüber hinaus gilt eine weitere Einschränkung für die Landtagswahlen. Diese Wahlen wurden zwar gemäß Bundeswahlrecht durchgeführt, doch wurde in Ost-Berlin da-

Tabelle 3: Wahlergebnisse 1990 in Ostdeutschland (Parteianteile in Prozent der gültigen Stimmen)

	Volkskammerwahl ¹⁾ 18. März	Landtagswahlen ²⁾ 14. Oktober	Bundestagswahl 2. Dezember
Wahlbeteiligung in Prozent	93,4	69,1	74,7
CDU	40,8	43,6	41,8
DSU	6,3	2,4	1,0
FDP ³⁾	5,3	7,8	12,9
SPD	21,9	25,2	24,3
Bündnis 90/GRÜNE ⁴⁾	4,9	6,9	6,0
PDS	16,4	11,6	11,1
Sonstige	4,4	2,5	2,9 ⁵⁾

¹⁾ Bei der Volkskammerwahl hatten die Wähler nur eine Stimme, es gab keine Sperrklausel; bei den beiden weiteren Wahlen galt Bundeswahlrecht.

²⁾ In Ost-Berlin wurde nicht gewählt.

³⁾ Bei der Volkskammerwahl: Bund Freier Demokraten.

⁴⁾ Getrennte Kandidatur bei der Volkskammerwahl; unterschiedliche Listenverbindungen, teilweise mit dem Neuen Forum, bei den Landtagswahlen.

⁵⁾ Die meisten Stimmen erhielten die Republikaner (1,3 Prozent) und Die Grauen (0,8 Prozent).

mals nicht gewählt; dort wurde das (Stadt-)Parlament schon bei den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 bestimmt⁴⁾).

Trotz dieser Einschränkungen für einen Vergleich sind bei allen drei Wahlen durchgängige Trends zu erkennen. Die CDU ist aus allen Wahlen eindeutig als Mehrheitspartei hervorgegangen. Von der weitgehenden Auflösung der von der CSU gegründeten DSU und der Übernahme des Bauernverbandes (DBD) konnte sie allerdings nicht in vollem Umfang profitieren. Ganz offensichtlich hat die FDP, nachdem sich die liberalen Parteien des Ostens mit der FDP des Westens zusammengeschlossen hatten, über dieses Potential hinaus auch zunehmend andere bürgerliche Wähler erreicht. Die SPD, die bei der Volkskammerwahl⁵⁾ im März völlig überras-

chend nur knapp über 20 Prozent erreicht hatte, blieb auch bei den beiden nachfolgenden Wahlen schwach. Als nachhaltig erwies sich der Eindruck, daß die SPD die deutsche Vereinigung nur halbherzig wolle, eine Position, die weder den Wünschen der Mehrheit der DDR-Bürger noch der der Bundesbürger im Westen entsprach. Ferner wurden die Chancen der SPD durch die trotz Verluste noch zweistelligen Ergebnisse der PDS und die im Verlauf der Zeit etwas gewachsene Unterstützung von GRÜNEN und Bündnis 90 beeinträchtigt. Im Vergleich zwischen der Volkskammer- und der Bundestagswahl hat insgesamt die Zustimmung zu SPD, B 90/GRÜNE und PDS weiter abgenommen, während die bürgerlichen Parteien ihre Stimmenanteile vor allem aufgrund des guten Abschneidens der FDP verbessern konnten.

⁴⁾ Diese Wahl wird hier aufgrund des anderen Wahlsystems und ihrer nicht vergleichbaren politischen Bedeutung ausgespart.

⁵⁾ Zur Analyse der Volkskammerwahl vgl. Wolfgang G. Gibowski, Demokratischer (Neu-)Beginn in der DDR. Dokumentation und Analyse der Wahl vom 18. März 1990, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 21 (1990) 1, S. 5–22; Mat-

thias Jung, Parteiensystem und Wahlen in der DDR. Eine Analyse der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und der Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/90, S. 3–15; Dieter Roth, Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Der Versuch einer Erklärung, in: Politische Vierteljahresschrift, 31 (1990) 3, S. 369–393.

II. Die Ergebnisse in den Bundesländern

In den Bundesländern verbinden sich die strukturellen Stärken und Schwächen der Parteien mit den jeweils regionalspezifischen politischen Entwicklungen und den bundespolitischen Trends. Wegen der von der Wahlforschung zweifelsfrei belegten zunehmenden Wechselbereitschaft der Wählerschaft⁶⁾ können sich die Ergebnisse von Bundes- und von Landtagswahlen stärker – bis hin zum Austausch der Führungspositionen der beiden Volksparteien – unterscheiden, weil jeweils die bundes- oder die landespolitischen Gesichtspunkte den Ausschlag geben. Die Bundestagswahlergebnisse 1990 in den Bundesländern bestätigen diese Tendenzen.

⁶⁾ Vgl. Hans-Dieter Klingemann, West-Germany, in: Ivor Crewe/David Denver (Hrsg.), *Electoral Change in Western Democracies. Patterns and Sources of Electoral Volatility*, London-Sidney 1985, S. 230–263; Russell J. Dalton/Robert Rohrschneider, *Wählerwandel und die Abschwächung der Parteieinigungen von 1972 bis 1987*, in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Anm. 2), S. 297–324.

In zwölf der 16 Bundesländer lagen CDU bzw. CSÜ vor der SPD (vgl. Tabelle 4); in Nordrhein-Westfalen blieb die CDU nur hauchdünn hinter der SPD zurück, obwohl die SPD bei der Landtagswahl sieben Monate zuvor einen Vorsprung von 13,3 Prozentpunkten vor der CDU hatte. In Niedersachsen, wo der SPD im Mai zusammen mit den GRÜNEN die Ablösung der CDU/FDP-Landesregierung gelungen war, fiel die SPD bei der Bundestagswahl um sechs Prozentpunkte hinter die CDU zurück, obwohl sie bei der Landtagswahl im Mai 1990 noch zwei Prozentpunkte vor der Union gelegen hatte. Auch in Brandenburg, wo die SPD die CDU am 14. Oktober noch um fast neun Prozentpunkte distanziert hatte, erzielte die CDU bei der Bundestagswahl ein um mehr als drei Prozentpunkte besseres Ergebnis als die SPD. Am gravierendsten war der Unterschied in Schleswig-Holstein, wo die SPD bei der letzten Landtagswahl im Mai 1988 im Gefolge der Barschel-Affäre einen Vorsprung von 21,5 Prozentpunkten vor der CDU

Tabelle 4: Wahlergebnisse in den Bundesländern (Bundestagswahl 1990): Prozentanteile der gültigen Zweitstimmen

Land	Wahlbeteiligung in Prozent	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	B 90/GR	PDS	REP	Sonstige
Schleswig-Holstein	78,6	43,5	38,5	11,4	4,0	—	0,3	1,2	1,1
Hamburg	78,3	36,6	41,0	12,0	5,8	—	1,1	1,7	1,8
Niedersachsen	80,7	44,3	38,4	10,3	4,5	—	0,3	1,0	1,2
Bremen	76,6	30,9	42,5	12,8	8,3	—	1,1	2,1	2,3
Nordrhein-Westfalen	78,7	40,5	41,1	11,0	4,3	—	0,3	1,3	1,5
Hessen	81,0	41,3	38,0	10,9	5,6	—	0,4	2,1	1,7
Rheinland-Pfalz	81,8	45,6	36,1	10,4	4,0	—	0,2	1,7	2,0
Baden-Württemberg	77,5	46,5	29,1	12,3	5,7	—	0,3	3,2	2,9
Bayern	74,5	51,9	26,7	8,7	4,6	—	0,2	5,0	2,9
Saarland	85,1	38,1	51,2	6,0	2,3	—	0,2	0,9	1,3
Berlin	81,1	39,3	30,5	9,3	3,9	3,3	9,7	2,4	1,5
West-Berlin	83,9	47,7	30,0	10,1	5,4	1,0	1,3	3,0	1,5
Ost-Berlin	76,6	24,3	31,3	7,8	1,4	7,4	24,8	1,5	1,5
Mecklenburg-Vorpommern	71,0	41,2	26,6	9,1	—	5,9	14,2	1,2	1,6
Brandenburg	74,0	36,3	32,9	9,7	—	6,6	11,0	1,7	1,8
Sachsen-Anhalt	72,4	38,6	24,7	19,7	—	5,3	9,4	1,0	1,3
Thüringen	76,4	45,2	21,9	14,6	—	6,1	8,3	1,2	2,7
Sachsen	76,4	49,5	18,2	12,4	—	5,9	9,0	1,2	3,8
Insgesamt	77,8	43,8	33,5	11,0	3,9	1,2	2,4	2,1	2,1

Tabelle 5: Wahlergebnisse in den Bundesländern (Bundestagswahl 1990): Differenzen zur Vorwahl¹⁾ in Prozentpunkten

Land	Wahlbeteiligung in Prozent	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	B 90/GR	PDS	REP	Sonstige
Schleswig-Holstein	-5,8	+1,5	-1,3	+2,0	-4,0	-	+0,3	+1,2	+0,2
Hamburg	-4,7	-0,8	-0,2	+2,4	-5,2	-	+1,1	+1,7	+1,1
Niedersachsen	-4,3	+2,8	-3,1	+1,5	-3,0	-	+0,3	+1,0	+0,3
Bremen	-6,1	+2,0	-3,9	+4,0	-6,2	-	+1,1	+2,1	+1,0
Nordrhein-Westfalen	-6,7	+0,4	-2,1	+2,6	-3,2	-	+0,3	+1,3	+0,6
Hessen	-4,6	+0,0	-0,7	+1,7	-3,9	-	+0,4	+2,1	+0,3
Rheinland-Pfalz	-5,0	+0,5	-1,0	+1,3	-3,4	-	+0,2	+1,7	+0,8
Baden-Württemberg	-5,6	-0,2	-0,2	+0,3	-4,2	-	+0,3	+3,2	+0,7
Bayern	-7,2	-3,3	-0,3	+0,6	-3,1	-	+0,2	+5,0	+0,8
Saarland	-2,2	-3,1	+7,6	-0,9	-4,8	-	+0,2	+0,9	-0,1
Berlin	-	-	-	-	-	-	-	-	-
West-Berlin	+4,2	+9,9	-7,3	+6,2	-6,4	+1,0	+1,3	-4,5	-0,2
Ost-Berlin	+6,0	+5,6	-2,8	+5,6	+1,4	-5,2	-5,2	+1,5	-1,0
Mecklenburg-Vorpommern	+6,3	+2,9	-0,5	+3,7	-	-3,4	-1,4	+0,5	-
Brandenburg	+6,9	+6,9	-5,3	+3,1	-	-2,6	-2,4	+0,5	+0,9
Sachsen-Anhalt	+7,2	-0,4	-1,3	+6,2	-	+0,0	-2,6	+0,4	-0,5
Thüringen	+4,7	-0,2	-0,8	+5,4	-	-1,0	-1,5	+0,4	+0,8
Sachsen	+3,6	-4,9	-0,9	+7,2	-	+0,3	-1,2	+1,2	+1,8

¹⁾ Bei den westlichen Bundesländern: Differenz zur Bundestagswahl 1987; bei West-Berlin: Differenz zur Wahl zum Abgeordnetenhaus Januar 1989; bei Ost-Berlin: Differenz zur Kommunalwahl Mai 1990; bei den östlichen Bundesländern: Differenz zur Landtagswahl Oktober 1990.

aufwies und nun von ihr um fünf Prozentpunkte übertroffen wurde.

Betrachtet man in Tabelle 5 nur die Ergebnisse in den Bundesländern des westlichen Wahlgebiets (ohne Berlin), dann hat die CDU in den nördlichen Bundesländern bei meist schwacher Ausgangsstärke Stimmen hinzugewonnen; eine Ausnahme bildet Hamburg. In Baden-Württemberg konnte sich die CDU nur knapp behaupten, in Bayern verlor die CSU Stimmen; in beiden Ländern schnitten die Republikaner überdurchschnittlich gut ab. Die SPD hat in den westlichen Bundesländern mit Ausnahme des Saarlands durchweg verloren. Ihr Bundestagswahlergebnis im Saarland weicht mit einer Zunahme von 7,6 Prozentpunkten auffällig von den übrigen Länderergebnissen ab, ein Resultat der großen Beliebtheit des SPD-Kanzlerkandidaten in seinem Bundesland. Trotz geringer Ausgangsstärke hat die CDU hier nochmals deutlich verloren, und auch die FDP hat im Saarland als einzigem Bundesland Stimmenanteile eingebüßt. Es fällt ferner auf, daß die GRÜNEN und die Republikaner nir-

gendwo schlechter abgeschnitten haben als im Saarland.

In West-Berlin konnten sich die Wähler zum ersten Mal an einer Bundestagswahl beteiligen. Das Gesamt-Berliner Wahlergebnis wurde offensichtlich durch die kommunalpolitischen Vorgänge der letzten Monate beeinflusst⁷⁾. Im neuen Bundesland Berlin ist die Zustimmung zur CDU und zur FDP deutlich gestiegen, während SPD und GRÜNE viele Stimmen verloren haben. Daß die GRÜNEN aus dem Westen in Ost-Berlin und das B 90/GRÜNE in West-Berlin hinzugewonnen haben, ist nur auf den Umstand zurückzuführen, daß beide

⁷⁾ Das Wahlergebnis der gleichzeitig abgehaltenen Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin lautet (Angaben in Prozent): CDU 40,4, SPD 30,4, PDS 9,2, FDP 7,1, GRÜNE/Alternative Liste (AL) 5,0, B 90/GRÜNE 4,4, REP 3,1, Sonstige 0,5. Nur West-Berlin: CDU 49 (+11,3), SPD 29,5 (-7,8), FDP 7,9 (+4,0), GRÜNE/AL 6,9 (-4,9), REP 3,7 (-3,8), B 90/GRÜNE 1,3 (+1,3), PDS 1,1 (+1,1), Sonstige 0,6 (-1,1). Wahlergebnis nur Ost-Berlin: CDU 25, SPD 32,1, PDS 23,6, B 90/GRÜNE 9,8, FDP 5,6, REP 1,9, GRÜNE/AL 1,7, Sonstige 0,4.

Parteien in beiden Teilen der Stadt gegeneinander kandidierten. Insofern stehen im Westen leichte Gewinne von B 90/GRÜNE deutlichen Verlusten bei den GRÜNEN und im Osten leichte Gewinne bei den GRÜNEN deutlichen Verlusten bei B 90/GRÜNEN gegenüber.

Bei den Wahlergebnissen in den östlichen Bundesländern fällt vor allem das gute Abschneiden der FDP in Sachsen-Anhalt und in Thüringen auf; in der Hauptstadt von Sachsen-Anhalt, in Halle, liegt der einzige Wahlkreis im ganzen Bundesgebiet, in

dem ein Kandidat der FDP ein Direktmandat erringen konnte. Die hohen Verluste der CDU in Sachsen sind darauf zurückzuführen, daß die FDP in diesem Bundesland bei der Landtagswahl aufgrund von Problemen mit ihrem Spitzenkandidaten verhältnismäßig schwach abgeschnitten hatte, so daß die Gewinne der FDP, die größtenteils zu Lasten der CDU gingen, eine gewisse Normalisierung des damaligen Ergebnisses darstellen. In den östlichen Bundesländern hat die SPD im Vergleich zu den Landtagswahlen vom 14. Oktober durchweg Stimmenanteile verloren.

III. Die Wahlbeteiligung

In demokratischen Staaten kommt Wahlen die zentrale Funktion zu, politische Herrschaft auf Zeit zu legitimieren. Vor dem Hintergrund des epochalen Ereignisses der gerade vollzogenen deutschen Vereinigung war die geringe Beteiligung bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl eines der besonders überraschenden und deutungsbedürftigen Ergebnisse dieser Wahl. Mit 77,8 Prozent lag sie niedriger als jemals zuvor bei Bundestagswahlen in der bisherigen Bundesrepublik. Im Wahlgebiet West (ohne Berlin) fiel die Beteiligung mit 78,5 Prozent genauso niedrig aus wie bei der ersten Bundestagswahl 1949 (vgl. Tabelle 2); im Wahlgebiet Ost lag sie mit 74,7 Prozent fast 20 Prozentpunkte niedriger als bei der Volkskammerwahl, wenn auch um mehr als fünf Prozentpunkte höher als bei den Landtagswahlen (vgl. Tabelle 3).

Wenn es um mögliche Gründe für die in West wie in Ost niedrige Wahlbeteiligung geht, also um die Motive der Nichtwähler, dann tut sich die Wahlforschung recht schwer, weil die Beteiligung in den Umfragen vor und nach einer Wahl aufgrund der von vielen Befragten wahrgenommenen sozialen Wünschbarkeit dieses Verhaltens meist nicht korrekt gemessen werden kann. In einer wenige Tage vor der Bundestagswahl durchgeführten Umfrage gaben nur 11,7 Prozent der im Westen befragten Wahlberechtigten an, nicht zu wissen, welcher Partei sie ihre Zweitstimme geben würden, bzw. überhaupt nicht wählen gehen zu wollen; im Osten betrug der entsprechende Wert 13,3 Prozent. In der unmittelbar auf die Wahl folgenden Politbarometer-Untersuchung im Dezember sagten nur 10 Prozent der im Westen und 17 Prozent der im Osten Befragten, sie hätten an der Wahl nicht teilgenommen. Da also Umfrageergebnisse hier in der Regel nicht weiterhelfen, bleibt der Wahlforschung zumindest die Möglichkeit, auf der Grundlage der realen Wahlergebnisse die Strukturen der Wahlbeteiligung zu analysieren, um aus den Veränderun-

gen von Wahlbeteiligung und Stimmenanteilen zugunsten oder zu Lasten einer Partei auf mögliche Gründe für die Nichtbeteiligung zu schließen⁸⁾. Die Ergebnisse in den verschiedenen Bundesländern (vgl. Tabellen 4 und 5) hatten bereits auf deutliche regionale Unterschiede hingewiesen, wobei insbesondere die Beispiele Saarland und West-Berlin Rückschlüsse auf die Gründe für die in diesen Bundesländern besonders hohe Beteiligung zulassen.

In dem Drittel der 256 Wahlkreise im westlichen Wahlgebiet (bisheriges Bundesgebiet einschließlich West-Berlin), in denen die Wahlbeteiligung am stärksten zurückgegangen ist (im Durchschnitt um 7,4 Prozentpunkte), ist die Höhe der Wahlbeteiligung insgesamt deutlich niedriger als dort, wo die Wahlbeteiligung am wenigsten zurückgegangen ist oder sogar noch leicht zugenommen hat. Dieser Zusammenhang mag auf den ersten Blick trivial erscheinen, ist es aber keineswegs. In diesem Drittel der Wahlkreise weisen CDU/CSU und vor allem die SPD beachtliche Stimmenverluste auf; die Verluste der GRÜNEN sind hier unterdurchschnittlich, während die Gewinne der Republikaner überdurchschnittlich ausfallen. In dem Drittel der 256 Wahlkreise, in denen die Wahlbeteiligung am wenigsten zurückgegangen ist oder sogar leicht zugenommen hat, verzeichnet die CDU⁹⁾ deutliche Gewinne; die Verluste der GRÜNEN sind ver-

⁸⁾ Im Wahlgebiet West ist die Wahlbeteiligung im Vergleich zur vorhergehenden Bundestagswahl fast durchweg zurückgegangen. Die einzige Ausnahme bilden einige Berliner Wahlkreise, in denen sich, sicherlich auch beeinflusst durch die gleichzeitige Wahl des Abgeordnetenhauses, die Beteiligung im Vergleich zur letzten Abgeordnetenhauswahl erhöht hat. Für die Betrachtung der 256 westlichen Wahlkreise sind die acht Wahlkreise in West-Berlin jedoch von untergeordneter Bedeutung.

⁹⁾ Die CSU verzeichnet nur in den drei Wahlkreisen Schwandorf (+1,9), Hof (+0,6) sowie Coburg (+0,6) leichte Gewinne; sonst mußte sie durchweg Verluste hinnehmen.

gleichsweise höher und die Zugewinne der Republikaner sehr viel geringer. Daß beide großen Parteien unter mangelnder Mobilisierung leiden, während gleichzeitig die Republikaner besonders erfolgreich sind, legt mehrere und für die einzelnen Parteien unterschiedliche Deutungen nahe. Der Union hat geschadet, daß viele ihrer Anhänger die Wahl schon vor dem Wahltag für gewonnen hielten. Bei der SPD und vielleicht auch zum Teil bei den GRÜNEN mag Wahleuthaltung die Enttäuschung über die mit einiger Sicherheit zu erwartende Wahlniederlage zum Ausdruck gebracht haben. Zu diesem Bild paßt auch der Befund, daß die Republikaner bei starkem Beteiligungsrückgang relativ gute Ergebnisse erzielen. Das läßt auf ein mögliches Protestverhalten dieser Wähler schließen, das sich als Aktivierung ausdrückt und damit von einer anderen Art von Protestverhalten – Nichtwahl als Ergebnis einer mangelnden Motivation bei Anhängern von CDU/CSU und Enttäuschung bei Anhängern der SPD – unterschieden werden muß.

Auch für das östliche Wahlgebiet (fünf neue Bundesländer und Ost-Berlin) wurden die 72 dortigen Wahlkreise nach der Veränderung der Wahlbeteiligung, hier allerdings im Vergleich zu den Landtagswahlen, in drei Gruppen geringer, mittlerer und großer Beteiligungsveränderung (im konkreten Fall: Zunahme) zusammengefaßt. In der Gruppe der Wahlkreise mit der geringsten Zunahme der Wahlbeteiligung (im Durchschnitt 3,3 Prozentpunkte) hat die CDU bei guter Ausgangslage deutliche Stimmeneinbußen zu verzeichnen, während sie bei stärkster Beteiligungszunahme (im Durchschnitt 7,8 Prozentpunkte, bei allerdings geringer Ausgangsstärke) vergleichsweise große Gewinne verbucht. In diesen Wahlkreisen scheint sie wieder stärker auf ihr Wählerpotential bei der Volkskammerwahl zurückgegriffen zu haben. Im Gegensatz zur CDU verliert die SPD in dem Maße, wie die Beteiligung zunimmt. Da die Ausgangsstärke der SPD bei höchster Beteiligungszunahme allerdings auch sehr viel höher ist als bei niedrigster Zunahme, ist der relative Rückgang der SPD in beiden Fällen gleich groß. Die Gewinne der FDP nehmen mit steigender Wahlbeteiligungszunahme ab, während die Verluste von Bündnis 90/GRÜNE und der PDS bei hoher Beteiligungszunahme höher sind als bei niedriger. Die Republikaner, die ihre Stimmenanteile bei den Landtagswahlen nicht erreichen, verlieren bei geringer Beteiligungszunahme und guter Ausgangsstärke am meisten.

Weitere Aufschlüsse vor allem im Hinblick auf die Beteiligung der verschiedenen Alterskohorten liefern erste Ergebnisse aus der repräsentativen Wahlstatistik (vgl. Tabelle 6). Vergleicht man die Wahlbeteiligung in den verschiedenen Altersgruppen mit

Tabelle 6: Wahlbeteiligung Bundestagswahl 1990; Differenz der Beteiligung in Altersgruppen im jeweiligen Wahlgebiet zur Beteiligung insgesamt (Angaben in Prozentpunkten)

Alter von . . . bis unter Jahre	Deutschland ¹⁾ insgesamt	Wahlgebiet	
		West ¹⁾	Ost
18–21	– 11,4	– 8,8	– 17,9
21–25	– 13,3	– 11,5	– 18,9
25–30	– 9,9	– 8,6	– 13,6
30–35	– 5,5	– 5,0	– 6,5
35–40	– 0,8	– 1,8	+ 2,5
40–45	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,8
45–50	+ 5,4	+ 4,7	+ 7,0
50–60	+ 7,4	+ 6,7	+ 9,8
60–70	+ 9,7	+ 8,9	+ 12,0
70 und älter	+ 0,2	– 0,5	+ 0,7
Insgesamt	77,5	78,1	74,5

¹⁾ Ergebnisse aus Hessen und Bayern sind nicht enthalten.

Quelle: Eigene Berechnung auf der Grundlage von: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990. Erste Ergebnisse aus der Repräsentativen Wahlstatistik, Wiesbaden 1990. Es handelt sich um vorläufige Ergebnisse unter Einschluß von Urnen- und Briefwählern.

der Gesamtwahlbeteiligung, dann haben sich die Achtzehn- bis Vierzigjährigen unterdurchschnittlich häufig an der Wahl beteiligt, während die über Vierzigjährigen sich überdurchschnittlich engagierten. Allerdings zeigen sich hier im Vergleich zwischen Ost und West erhebliche Unterschiede. Im östlichen Wahlgebiet, also in den fünf neuen Bundesländern und in Ost-Berlin, weist die Altersgruppe bis 35 Jahre ein weitaus größeres Beteiligungsdefizit auf als die der Gleichaltrigen im westlichen Wahlgebiet. Da in diesen Altersgruppen im Osten die Unterstützung für die PDS bei der Volkskammerwahl im März und bei den Landtagswahlen im Oktober überdurchschnittlich hoch war¹⁰⁾, erscheint ein Rückschluß auf ein altersspezifisches Legitimationsdefizit als durchaus gerechtfertigt. Die Unterscheidung zwischen Männern und Frauen zeigt, daß die Beteiligung unter den jüngsten Frauen in der Altersgruppe der Achtzehn- bis Einundzwanzigjährigen im Westen wie im Osten besonders niedrig war; vergrößert ausgedrückt kann man feststellen, daß sich im Osten nur jede zweite Frau im Alter von 18 bis 21 Jahren an der Bundestagswahl beteiligt hat.

¹⁰⁾ Vgl. W. G. Gibowski (Anm. 5), S. 15.

Für das westliche Wahlgebiet ist es darüber hinaus möglich, die Beteiligungsveränderung in den verschiedenen Altersgruppen im Vergleich zur Bundestagswahl 1987 festzustellen und auch hier nach Männern und Frauen zu unterscheiden. Dieser Vergleich läßt einerseits erkennen, daß die Wahlbeteiligung in allen Altersgruppen zurückgegangen ist. Andererseits liegt aber auch bei dieser Betrachtung der Schwerpunkt des Rückgangs bei der Altersgruppe bis 40 Jahre, wobei die Unterschiede zwischen Männern und Frauen nur gering sind. Es ist nicht auszuschließen, daß sich jüngere Altersgruppen zunehmend von der Institution der Wahl abwenden; das war schon 1987 zu beobachten.

Es ist sicherlich unbefriedigend, daß die Frage, was sich hinter dem deutlichen Rückgang der Wahlbeteiligung verbirgt, nicht differenzierter beantwortet

werden kann. Der trotz aller Unterschiede ähnliche Befund einer geringeren Beteiligung bei den jüngeren Wählern in Ost wie in West könnte die Vermutung nahelegen, daß eine kritische Distanz zum System der Demokratie besteht; dies gilt vor allem für die ehemalige DDR. Allerdings gibt die in Umfragen regelmäßig bekundete Zufriedenheit mit der Demokratie, die verschiedentlich als Indikator für die Zustimmung zum politischen System der Bundesrepublik verwendet wird¹¹⁾, keinerlei Anlaß zur Annahme einer zunehmenden Distanz zum politischen System. Etwa zwei Wochen vor der Bundestagswahl haben in einer Politbarometer-Untersuchung im westlichen Bundesgebiet 77 Prozent aller Befragten erklärt, sie seien mit der Demokratie zufrieden. Das entspricht Befragungsergebnissen von 1987 und 1983 zum jeweiligen Zeitpunkt der damaligen Bundestagswahlen.

IV. Die Bundestagswahl 1990: Themen, Kandidaten und Sozialstruktur

Die Analyse von Bundestagswahlen muß sich jeweils mit zwei grundlegenden Fragen auseinandersetzen: Wie ist es um die seit vielen Jahren beobachtete Stabilität individueller Wahlentscheidungen bestellt, und welche Faktoren haben die bei einer Wahl eingetretenen Veränderungen des Wählerverhaltens bestimmt? Auch eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl muß sich mit diesen Fragen auseinandersetzen. Zusätzlich gilt es, das Wählerverhalten der Ostdeutschen auf vergleichbare Einflußgrößen zu untersuchen.

1. Die Themen 1989/90

Inwieweit haben die politischen Ereignisse in der Zeit vor der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl die grundsätzlichen parteipolitischen Präferenzen der Deutschen in Ost und West sowie das konkrete Wahlverhalten beeinflußt?

Für den gesamten Zeitraum von August 1989 bis zur Bundestagswahl hatte der Prozeß der staatlichen Selbstauflösung der DDR überragende Bedeutung für die Westdeutschen, wie die Befunde der regelmäßigen Befragungen der Forschungsgruppe Wahlen zu den wichtigsten Themen, Ereignissen und Problemen aus der Sicht der Bevölkerung zeigen (vgl. Abbildung 1).

Seit August/September 1989, als Urlauber aus der DDR massenhaft zunächst über Ungarn, dann über die Tschechoslowakei ihre Ausreise in den Westen

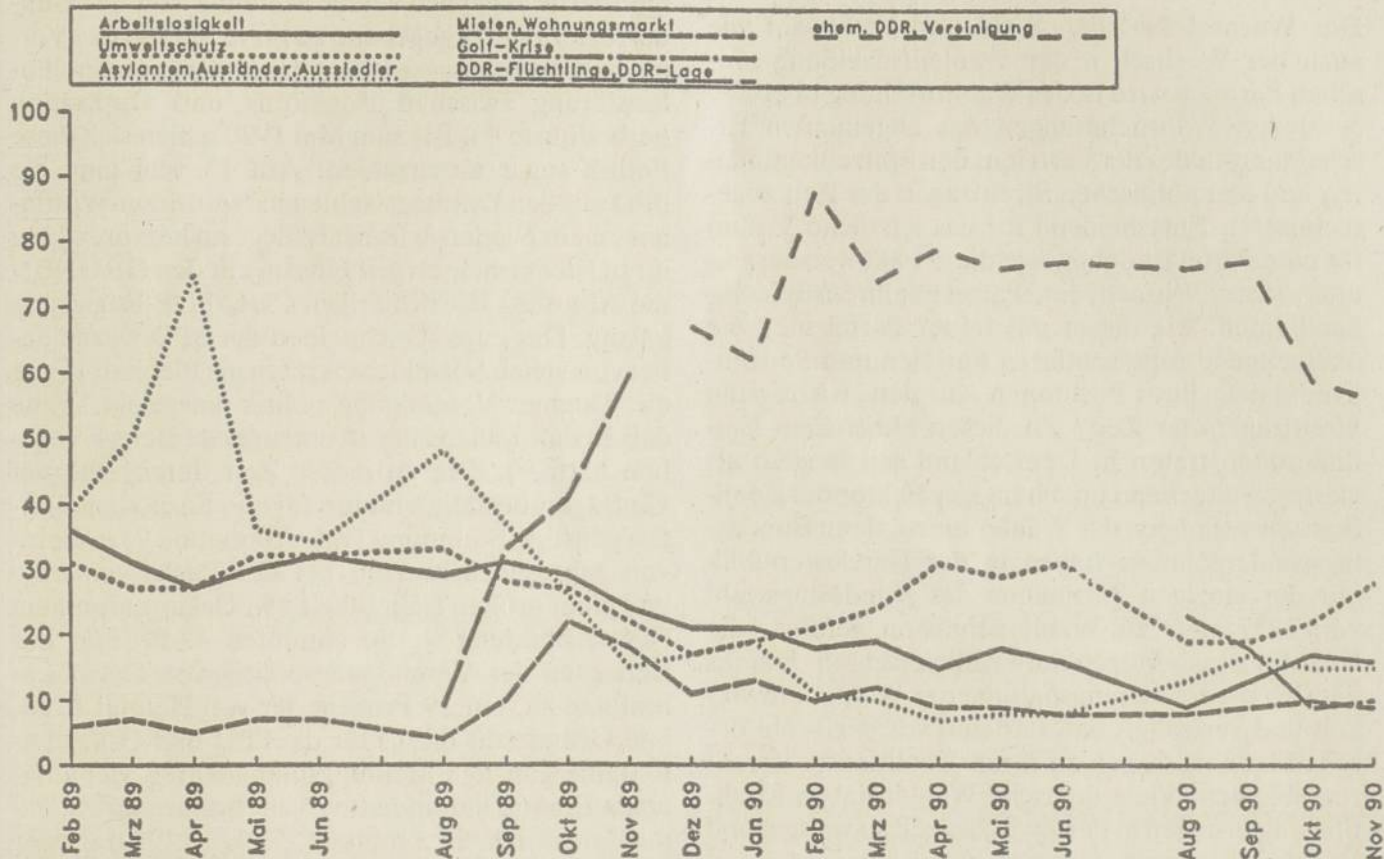
durchsetzten, beherrschten diese Flüchtlinge die politische Agenda und nährten Spekulationen, wie lange sich Honecker bzw. das SED-Regime in der DDR noch halten würde.

Die Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 verwandelte das Thema der DDR-Flüchtlinge augenblicklich in das Thema der deutschen Vereinigung. Im Zehnpunkteprogramm des Bundeskanzlers, das er am 28. November 1989 vor dem Deutschen Bundestag präsentierte, wurde zum ersten Mal konkretisiert, wie die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas vonstatten gehen könnte. Auch wenn sich die damals geäußerten Vorstellungen der allmählichen Entwicklung eines Staatenbundes zu einem Bundesstaat schon bald als von der Wirklichkeit überholt erwiesen, hatte der Bundeskanzler damit dennoch eine deutschlandpolitische Perspektive formuliert, welche die in der Bevölkerung vorhandenen Unsicherheiten zunehmend strukturierte. Glaubten im Oktober 1989 nur 28 Prozent an eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den „nächsten zehn Jahren“, so waren es im November nach dem Fall der Mauer 48 Prozent und im Januar 1990 dann 68 Prozent¹²⁾. Der Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten dominierte die politische Tagesordnung so eindeutig, daß Themen wie Umweltschutz und Arbeitslosigkeit, die jahrelang die Agenda angeführt hatten, viel von ihrer Bedeutung verloren; das seit Anfang 1989 als solches erkannte Problemfeld der in die Bundesrepublik kommenden Asylbewerber,

¹¹⁾ Vgl. Manfred Küchler, Staats-, Parteien- oder Politikverdrossenheit?, in: Joachim Raschke (Hrsg.), Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 189), Bonn 1982, S. 39–54.

¹²⁾ Vgl. Max Kaase/Wolfgang G. Gibowski, Deutschland im Übergang: Parteien und Wähler vor der Bundestagswahl 1990, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/90, S. 20.

Abbildung 1: Wichtigste Probleme 1989–1990 aus der Sicht der westdeutschen Bevölkerung (Prozentanteile aller Befragten)



Quelle: Politbarometer – monatliche Befragung von jeweils 1000 Personen, die repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung von Deutschland (West) sind; bis Mai 1990 ohne, seit Juni 1990 mit West-Berlin.
Berechnung und Grafik: Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim.

Aus- und Übersiedler wurde sogar ganz an den Rand gedrängt. Erst der völkerrechtliche Vollzug der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 leitete schließlich einen signifikanten Bedeutungsrückgang des Themas ein.

Für das Gebiet der ehemaligen DDR liegen für den fraglichen Zeitraum vergleichbare systematische Erhebungen zu den wichtigsten Themen und Ereignissen nicht vor. Dennoch ist deutlich zu erkennen, daß nach der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit zunehmend als Problem empfunden wurde. Wenige Tage vor der Bundestagswahl nannten 68 Prozent der befragten Ostdeutschen Arbeitslosigkeit als eines der beiden gegenwärtig wichtigsten Probleme Deutschlands¹³⁾.

An der großen Zustimmung zur deutschen Vereinigung bei West- und Ostdeutschen konnte es über den gesamten Zeitraum keine Zweifel geben. Vom Fall der Mauer bis zum Abschluß des Prozesses der Vereinigung waren die Zustimmungsraten im Westen wie im Osten überwältigend hoch. Im Novem-

ber 1989 hatten sich im Westen 70 Prozent für die Vereinigung ausgesprochen. Mitte August 1990, als die Forschungsgruppe Wahlen diese Frage zum letzten Mal stellte, votierten im Westen 85 Prozent dafür, 7 Prozent dagegen, weiteren 7 Prozent war das Thema gleichgültig. Bei dieser Grundtendenz war zwangsläufig die Zustimmung zur Wiedervereinigung auch in allen Parteilagern groß: Bei den Unionswählern hatten sich 91 Prozent für die Vereinigung ausgesprochen, von den SPD- und FDP-Wählern jeweils 85 Prozent und von den Anhängern der GRÜNEN 78 Prozent¹⁴⁾. Im Osten war die Zustimmung zur Einheit noch eindeutiger ausgefallen. Die erste zuverlässige Erhebung in der damaligen DDR im März 1990, wenige Tage vor der Volkskammerwahl, hatte 91 Prozent Zustimmung zur Einheit erbracht; darunter waren auch knapp 80 Prozent der PDS-Wähler. Ende August lag die Zustimmung zur Vereinigung im Osten mit insgesamt 95 Prozent noch etwas höher¹⁵⁾.

¹⁴⁾ Vgl. Politbarometer-Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen, November 1989 sowie August 1990. Befragt wurden jeweils 1 000 repräsentativ ausgewählte Wahlberechtigte.

¹⁵⁾ Vgl. W. G. Gibowski (Anm. 5), S. 18; Untersuchung der Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer in der DDR August/September 1990. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage unter 1 105 Wahlberechtigten.

2. Die Parteien, die Kandidaten und das Thema der Wahl

Der Wechsel zwischen Wahl und Nichtwahl wie auch der Wechsel in der Wahlentscheidung zwischen Parteien wird in der Wahlforschung überwiegend den Wahrnehmungen des allgemeinen Erscheinungsbildes der Parteien, den Spitzenkandidaten und den politischen Streitfragen der Zeit zugeordnet¹⁶). Entscheidend für das letztliche Votum für eine Partei ist dabei, wie diese Faktoren zusammenwirken: Wie geht eine Partei mit ihrem Spitzenkandidaten, wie dieser mit seiner Partei um; wie überzeugend repräsentieren Parteien und Spitzenkandidaten ihre Positionen zu den wichtigsten Streitfragen der Zeit? Zu diesen klassischen Einflußgrößen treten in Deutschland seit langem als vierter, weitgehend unabhängiger Faktor die Koalitionsvorstellungen der Wähler hinzu, denn Bundestagswahlergebnisse haben in der Bundesrepublik mit der einzigen Ausnahme der Bundestagswahl von 1957 stets zu Wahlergebnissen geführt, die Koalitionsregierungen notwendig machten. Daraus hat sich die Erwartungshaltung der Wähler entwickelt und verfestigt, daß Parteien vor der Wahl bereits klare Aussagen zu ihren Koalitionspräferenzen abgeben. Viele deutsche Wähler haben Koalitionsregierungen in der Zwischenzeit so weitgehend als wünschenswert, ja geradezu als notwendig verinnerlicht, daß sie selbst eine absolute Mehrheit ihrer eigenen Partei zugunsten einer Koalition ablehnen. So äußerten wenige Tage vor der Bundestagswahl 58 Prozent derjenigen, welche die CDU oder CSU wählen wollten, eine Ablehnung gegenüber der absoluten Mehrheit der Unionsparteien, eine Meinung, die von 67 Prozent aller Wahlberechtigten im Westen Deutschlands geteilt wurde¹⁷).

Bei der Erklärung des Ergebnisses der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl kann es an der überragenden Rolle der deutschen Vereinigung nicht den geringsten Zweifel geben. Wie die Politiker und Parteien in der bisherigen Bundesrepublik mit der unerwarteten Herausforderung der Vereinigungschance umgingen, hat das politische Klima Deutschlands 1990 nachhaltig geprägt und schon frühzeitig die Weichen zum Wahlsieg der Koalitionsparteien gestellt. Entscheidend war dabei, daß

der Kanzlerkandidat der SPD, Oskar Lafontaine, die allgemeine Zustimmung zur Wiedervereinigung ignorierte, das nach seiner Meinung von der Bundesregierung vorgegebene zu hohe Tempo des Vereinigungsprozesses kritisierte und darüber eine Polarisierung zwischen Regierung und Opposition herbeiführte¹⁸). Bis zum Mai 1990 schien sich diese Politik sogar auszuzahlen. Am 13. Mai ging die SPD aus den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen als Siegerin hervor, wobei ihr in Niedersachsen gemeinsam mit den GRÜNEN die Ablösung der bisherigen CDU/FDP-Regierung gelang. Das gute Abschneiden der SPD wurde dabei von vielen Sozialdemokraten als Plebiszit gegen die Bonner Vereinigungspolitik ausgelegt, ohne daß es dafür allerdings überzeugende Belege gegeben hätte¹⁹). Die zu dieser Zeit durchgeführten Umfragen bestätigten eine für die Sozialdemokraten günstige Stimmung (vgl. Abbildung 2) in Form von Jahreshöchstwerten bei der Parteisympathie und einer großen Beliebtheit von Oskar Lafontaine (vgl. Abbildung 3). So stimmten 42 Prozent der Befragten der Vereinigungspolitik von Oskar Lafontaine zu, nur 29 Prozent der von Helmut Kohl. Die Gründe für dieses für die SPD und Oskar Lafontaine günstige Meinungsklima waren vielfältig; einen Einfluß darauf hatte zweifelsohne das Mitleid mit dem durch ein Attentat (25. April 1990) schwer verletzten SPD-Spitzenkandidaten, also ein im Kern unpolitischer Sachverhalt.

Im Mai war allerdings der Höhepunkt der Wahlchancen der SPD erreicht; die Uneinigkeit der SPD in sich und mit ihrem Spitzenkandidaten über den ersten Staatsvertrag mit der DDR ließ das Pendel der öffentlichen Meinung erstmals zugunsten des amtierenden Bundeskanzlers und der Regierungsparteien zurückschwingen. Der Versuch der SPD, über Nachbesserungen zum Staatsvertrag das politische Einlenken der Sozialdemokraten in Bundesrat und Bundestag zu begründen, war in den Augen der Bevölkerung offensichtlich fehlgeschlagen. Ab Juni standen mehr Westdeutsche (39 Prozent) hinter der Vereinigungspolitik von Kohl als hinter der von Lafontaine (35 Prozent). In der Folgezeit stieg diese Zustimmung bis auf ein Verhältnis von 43 : 27 zugunsten von Kohl im September kurz vor dem Vollzug der Vereinigung und betrug wenige Tage vor der Bundestagswahl schließlich 46 : 25, wobei weitere 25 Prozent der Befragten keinen Unterschied in der Vereinigungspolitik beider Kandidaten erkennen konnten. Während sich Kohl im November auf 81 Prozent Zustimmung zu seiner Vereinigungspolitik aus den Reihen der CDU/CSU

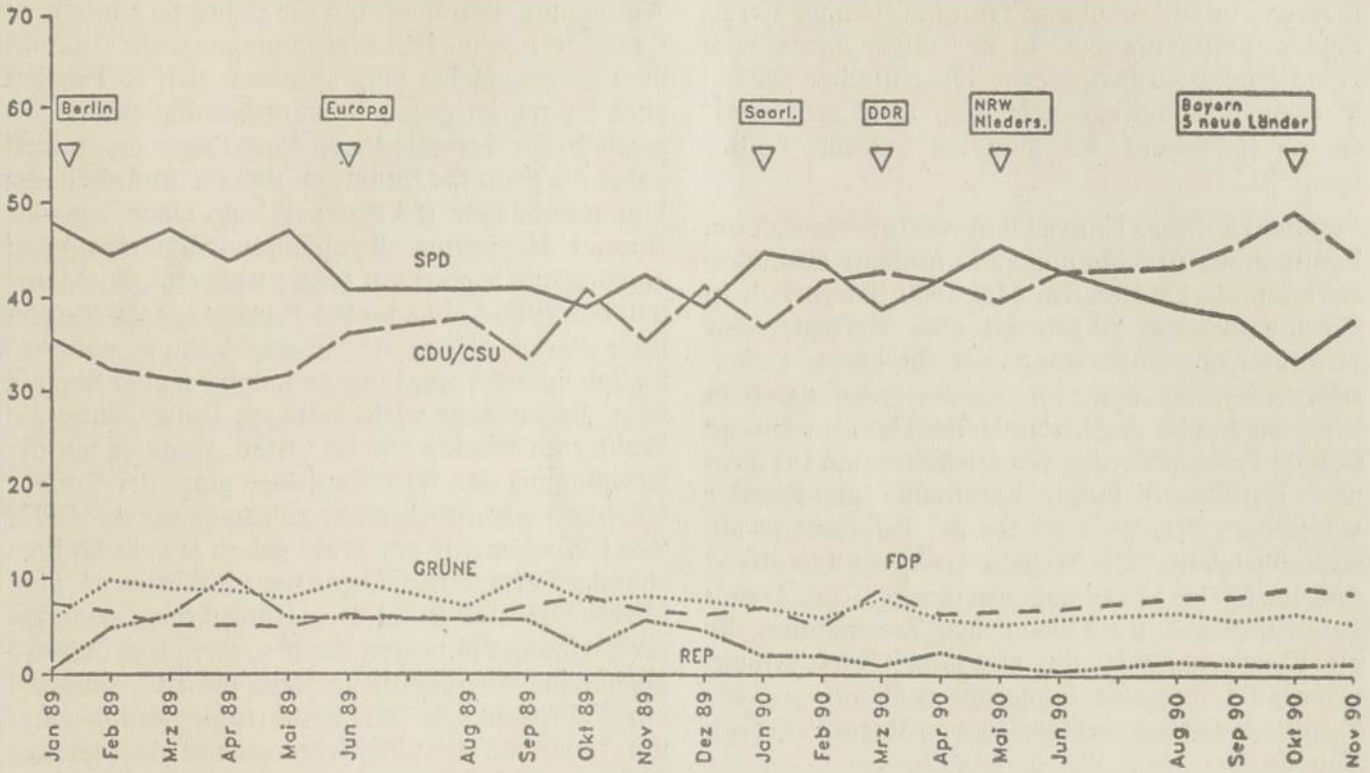
¹⁶) Die Wahlforschung spricht hier vom Ann Arbor-Modell, das auf die Arbeiten vor allem von Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes an der University of Michigan in Ann Arbor zurückgeht; vgl. Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann/Jürgen Winkler, Erklärungsmodelle von Wählerverhalten, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 37–38/90, S. 3 ff.

¹⁷) Vgl. Untersuchung der Forschungsgruppe Wahlen, Blitz-Umfrage zur Bundestagswahl 1990. Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung von 1 085 Wahlberechtigten in Westdeutschland.

¹⁸) Vgl. M. Kaase/W. G. Gibowski (Anm. 12), S. 20 ff.

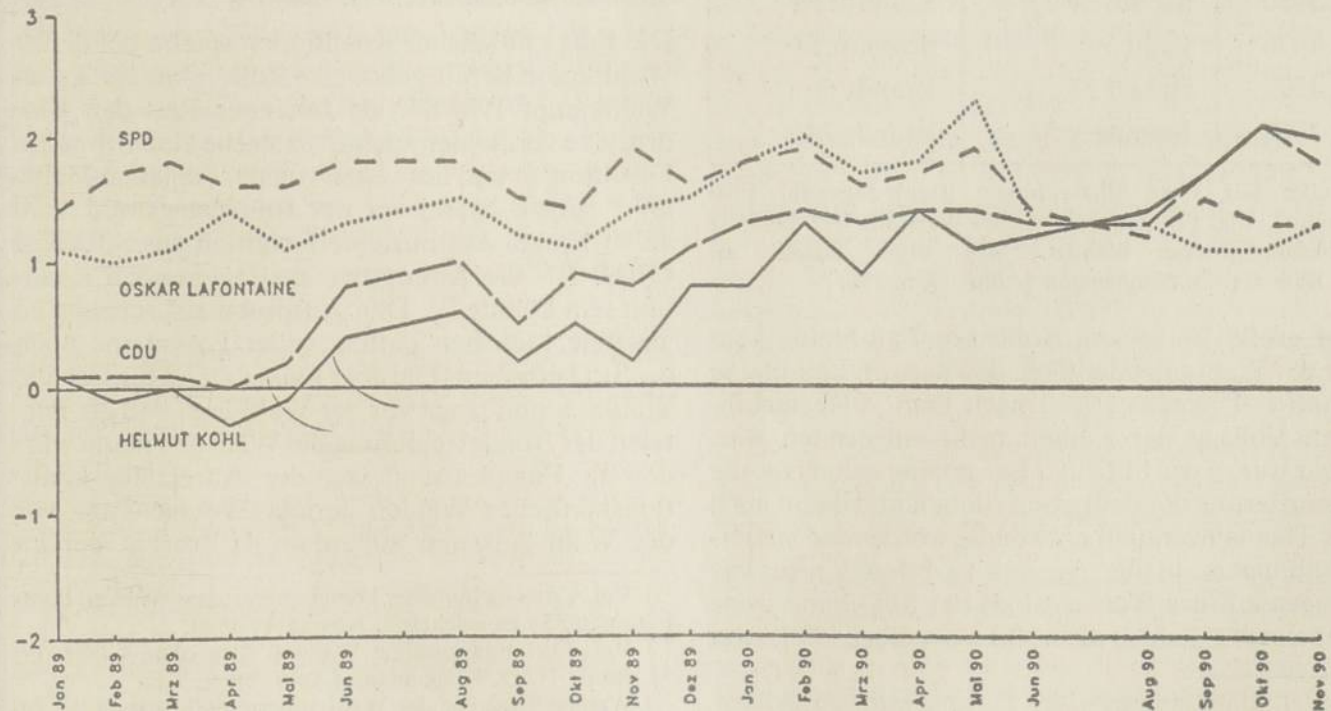
¹⁹) Vgl. Manfred Berger/Wolfgang G. Gibowski/Dieter Roth, Kleine Ursachen, große Wirkungen, in: *Die Zeit*, Nr. 21 vom 18. Mai 1990.

**Abbildung 2: Die politische Stimmungslage der Bevölkerung 1989–1990
(Wahlabsicht in Prozentanteilen)**



Quelle: Politbarometer – monatliche Befragung von jeweils 1000 Personen, die repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung von Deutschland (West) sind; bis Mai 1990 ohne, seit Juni 1990 mit West-Berlin.
Berechnung und Grafik: Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim.

**Abbildung 3: Zufriedenheit mit den Spitzenkandidaten und ihren Parteien von 1989–1990
(Mittelwerte: Alle Befragten, Skala +5 bis -5)**



Quelle: Politbarometer – monatliche Befragung von jeweils 1000 Personen, die repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung von Deutschland (West) sind; bis Mai 1990 ohne, seit Juni 1990 mit West-Berlin.
Berechnung und Grafik: Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim.

stützen konnte, stimmte — ein Ausdruck der inneren Zerrissenheit der SPD in dieser Frage — nur jeder zweite SPD-Anhänger mit Lafontaines Vereinigungspolitik überein. In der DDR hatten sich Ende August 40 Prozent der Ostdeutschen für die Vereinigungspolitik von Helmut Kohl ausgesprochen, 31 Prozent für die von Oskar Lafontaine²⁰⁾.

Parallel zu dieser Entwicklung veränderte sich die Zustimmung zu Kohl und zu Lafontaine als möglichen Bundeskanzler. Im Mai 1990 hatten sich in Westdeutschland 39 Prozent aller Befragten für Helmut Kohl, 50 Prozent aber für Oskar Lafontaine ausgesprochen. Im August bevorzugten in West wie in Ost 50 Prozent Helmut Kohl, während sich 42 Prozent der im Westen Befragten (41 Prozent im Osten) Oskar Lafontaine als Kanzler wünschten. Wenige Tage vor der Bundestagswahl schließlich lautete im Westen das Verhältnis 56 : 37 und im Osten 57 : 40 zugunsten von Kohl. Damit kam Helmut Kohl auf die höchste Zustimmung, die ein Kanzlerkandidat der Union seit 1969 erhielt, während Lafontaine immerhin noch etwas mehr Zustimmung fand als Hans-Jochen Vogel 1983 (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7: Gewünschter Bundeskanzler (Angaben in Prozent)

1990	Kohl 56	Lafontaine 38
1987	Kohl 46	Rau 46
1983	Kohl 44	Vogel 35
1980	Strauß 29	Schmidt 61
1976	Kohl 39	Schmidt 51
1972	Barzel 24	Brandt 56
1969	Kiesinger 52	Brandt 28

Quelle: Für 1990 Blitzumfragen Bundestagswahl 1990 (Anm. 13 und 17), gesamtdeutscher Wert; für 1969 bis 1987 Forschungsgruppe Wahlen, Sieg ohne Glanz, in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Anm. 2), S. 720.

Der große Vorsprung Kohls vor Lafontaine kurz vor der Wahl zeigt deutlich, daß der von Lafontaine erhoffte Themenwechsel nach dem völkerrechtlichen Vollzug der Einheit nicht eingetreten war. Zwar war es der SPD und Lafontaine gelungen, die Finanzierung der deutschen Einheit und damit auch das Thema eventuell notwendig werdender Steuererhöhungen auf die Agenda zu bringen, Auswirkungen auf das Wahlergebnis der SPD hatte diese Kontroverse jedoch nicht. Im November 1990, zwei

²⁰⁾ Vgl. Untersuchungen der Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer-Erhebungen der Monate Mai bis November 1990 sowie Politbarometer in der DDR, August/September 1990. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter 1 105 Wahlberechtigten.

Wochen vor der Wahl, war die überwiegende Mehrheit der Wähler im Westen (66 Prozent) der Auffassung, daß man, um die deutsche Einheit zu finanzieren, ohne Steuererhöhungen nicht auskommen könne; gleichzeitig sprachen sich 53 Prozent aller Befragten gegen Steuererhöhungen aus. Innerhalb der verschiedenen Parteilager ergab sich dabei die groteske Situation, daß die Mehrheit der Unionsanhänger (53 Prozent) mit einer von der Bonner Regierung abgelehnten Steuererhöhung einverstanden gewesen wäre, während die Mehrheit der SPD-Anhänger (61 Prozent) gegen die von ihrer Partei geforderte Steuererhöhung votierte. Entscheidender war hingegen, daß bei aller Skepsis über die künftige wirtschaftliche Entwicklung die Wähler im Westen wie im Osten, wenn es um die Bewältigung der Wirtschaftslage ging, der Bonner Koalition wesentlich mehr zutrauten als der SPD. Zwei Wochen vor der Wahl gaben jeweils 60 Prozent der Befragten im Osten wie im Westen an, eine CDU/CSU/FDP-Bundesregierung könne nach ihrer Meinung am besten dafür sorgen, daß „unsere allgemeine wirtschaftliche Lage gut ist“, während nur 22 Prozent eine SPD-geführte Regierung nannten. Innerhalb der SPD-Wählerschaft glaubten nur 49 Prozent im Westen und 41 Prozent im Osten an die Kompetenz einer von den Sozialdemokraten geführten Bundesregierung in wirtschaftlichen Fragen. Im Westen waren darüber hinaus 57 Prozent aller Befragten davon überzeugt, eine von der Union geführte Regierung sei auch am besten geeignet, dafür zu sorgen, daß sich durch die Vereinigung die Lebensbedingungen in Westdeutschland nicht verschlechterten²¹⁾.

Die Frage möglicher Koalitionen spielte bei dieser Wahl keine herausgehobene Rolle. Anders als im Wahlkampf 1986/87, als Johannes Rau den Eindruck zu vermeiden suchte, er strebe eine rot-grüne Koalition an und deswegen von der „eigenen Mehrheit“ sprach, stand vor der Bundestagswahl 1990 außer Frage, daß nur eine Koalition aus SPD und GRÜNEN die Alternative zur regierenden Koalition sein könnte²²⁾. Den Anspruch auf eine eigene absolute Mehrheit hatten weder Lafontaine noch die SPD erhoben. Darüber hinaus stand für fast alle Wähler schon lange vor der Wahl fest, daß die Parteien der Bundesregierung die Wahl gewinnen würden²³⁾. Entsprechend war der Anreiz für koalitionstaktisches Wählen gering. Wenige Tage vor der Wahl äußerten außerdem 41 Prozent der im

²¹⁾ Vgl. Untersuchung der Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer in Deutschland, November 1990.

²²⁾ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Sieg ohne Glanz, in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Anm. 2), S. 728.

²³⁾ Wenige Tage vor der Wahl äußerten 90 Prozent der im Westen Befragten und 91 Prozent der Befragten im Osten, die Regierungsparteien würden die Bundestagswahl gewinnen. Im Westen waren es dabei 89 Prozent der SPD-Anhänger, im Osten 76 Prozent.

Westen Befragten, sie hätten am liebsten eine CDU/CSU/FDP-Koalition, jeweils 15 Prozent waren für eine große Koalition bzw. eine Koalition aus SPD und FDP, während 14 Prozent sich für eine Koalition unter Beteiligung von SPD und GRÜNEN aussprachen.

Die Unterthematization der Koalitionsfrage bei dieser Wahl dürfte im übrigen mit dazu beigetragen haben, daß die westdeutschen GRÜNEN den Einzug in den Bundestag knapp verpaßt haben; sie konnten dieses Mal kaum Anhänger der SPD gewinnen, die im Interesse einer rot-grünen Mehrheit ihre Stimme den GRÜNEN überließen. Hinzu kommt allerdings, daß die GRÜNEN in keiner Weise auf das Ereignis der deutschen Vereinigung vorbereitet waren.

3. Sozialstrukturelle Determinanten der Wahlentscheidung

Aufgrund der Analysen des Wählerverhaltens bei Bundestagswahlen ist bekannt, daß unter längsschnittlicher Betrachtung die Wahlentscheidungen für die SPD wie für die Unionsparteien in bestimmten sozialstrukturellen Gruppen recht stabil ausfallen²⁴). Die Gründe hierfür werden auf um die Jahrhundertwende entstandene Koalitionen zwischen politisch mobilisierten sozialen Gruppierungen und politischen Parteien zurückgeführt²⁵). Auf diesem Hintergrund können die Unionsparteien (in der Nachfolge der Zentrumsparterie) vor allem als Vertreter des religiösen Traditionalismus gelten, während die SPD in erster Linie die Interessen der unteren und mittleren Arbeitnehmerschichten vertritt. Als Folge des sozialen Wandels und der damit verbundenen gesellschaftlichen Modernisierung verändern sich die Größenordnungen der sozialstrukturellen Gruppen. Gleichzeitig findet eine allmähliche und kontinuierliche Entkopplung langfristiger Parteiloyalitäten solcher Gruppierungen statt. Beide Prozesse vergrößern die Möglichkeit kurzfristiger Wählerreaktionen auf politische Ereignisse und Stimmungen²⁶).

Um festzustellen, ob sich die bisher beobachteten Prozesse fortgesetzt haben, wurden die Zeitreihen der Forschungsgruppe Wahlen²⁷) zu den Wahlent-

scheidungen der theoretisch relevanten Gruppierungen für die Bundestagswahl 1990 fortgeschrieben. Bei den das westliche Wahlgebiet Deutschlands betreffenden Tabellen handelt es sich ausnahmslos um Befragungen jeweils kurz nach den Bundestagswahlterminen. Die Wahlentscheidung wurde dabei über eine Rückerinnerungsfrage erfaßt²⁸).

Aufgrund der Volkszählung von 1987 ist bekannt, daß der Anteil der Katholiken in Westdeutschland (43,7 Prozent) in etwa so groß ist wie der der Protestanten (44,3 Prozent); ca. 10 Prozent sind ohne Konfession²⁹). Unter den stark kirchengebundenen Katholiken liegt das Ergebnis der CDU/CSU mit 75 Prozent im Bereich bisheriger Ergebnisse, während in dieser Gruppierung im Vergleich zu den Wahlen seit 1976 die FDP überdurchschnittlich und die SPD unterdurchschnittlich abschneidet. Unter den nicht-kirchengebundenen Katholiken haben sich bei weitgehender Lagerkonstanz (CDU/CSU-FDP und SPD-GRÜNE) im bürgerlichen Lager die Gewichte etwas zugunsten der FDP und im linken Lager zugunsten der SPD verschoben (vgl. Tabelle 8). In der sehr kleinen Gruppe der kirchengebundenen Nichtkatholiken wie auch unter den mäßig gebundenen Nichtkatholiken haben die bürgerlichen Parteien deutlich zugelegt und die SPD kräftig verloren. Unter den nichtkatholischen Wählern haben sich die GRÜNEN besser gehalten als unter den Katholiken.

Sowohl bei den Gewerkschaftsmitgliedern als auch bei den Nichtmitgliedern liegen die Ergebnisse für CDU/CSU und FDP durchaus im Rahmen bisheriger Bundestagswahlergebnisse (vgl. Tabelle 9); lediglich die SPD hat an Unterstützung eingebüßt. Betrachtet man die Arbeiter sowie die Angestellten und Beamten unter dem Gesichtspunkt der Mitgliedschaft bzw. Nichtmitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder berufsständischen Organisation, dann zeigen sich vor allem in der Arbeiterschaft starke Veränderungen. Bei den organisierten Arbeitern haben SPD und GRÜNE deutlich verloren, während sich CDU/CSU und FDP ebenso deutlich verbessern. Bei den nichtorganisierten Arbeitern liegen die Unionsparteien ähnlich wie 1983 und 1976 vor der SPD. Bei den organisierten Angestellten hingegen hat die SPD keineswegs so stark verloren wie unter den organisierten Arbeitern. Bei

²⁴) Vgl. Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 22), S. 702 ff.

²⁵) Vgl. Franz Urban Pappi, Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift, 14 (1973) 2, S. 191–213; ders., Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht, in: Max Kaase (Hrsg.), Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976. (Politische Vierteljahresschrift, 18 [1977] 2–3), S. 195–229.

²⁶) Vgl. Russell J. Dalton/Scott C. Flanagan/Paul Allen Beck (Hrsg.), Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment, Princeton 1984.

²⁷) Vgl. Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 22).

²⁸) Bei den Nachwahlbefragungen 1976 bis 1987 handelt es sich um Face-to-face-Befragungen, bei der Nachwahlbefragung 1990 um eine telefonische Befragung. Auf die Einbeziehung der auch zur Verfügung stehenden Ergebnisse der Wahltagbefragung (im Westen) wurde verzichtet, weil sich diese Ergebnisse mit den früheren Umfrageergebnissen nur sehr bedingt vergleichen lassen.

²⁹) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 1990, Stuttgart 1990, S. 55.

Tabelle 8: Wahlentscheidung und Kirchenbindung in Westdeutschland (in Prozent)

Wahlentscheidung	Katholiken														
	stark					mäßig					keine				
	1976	1980	1983	1987	1990	1976	1980	1983	1987	1990	1976	1980	1983	1987	1990
CDU/CSU	82	74	78	70	75	58	54	65	53	53	36	36	50	40	35
FDP	2	7	3	6	9	9	10	8	7	11	3	5	4	7	15
SPD	16	19	16	19	12	32	36	26	35	32	60	56	33	40	44
GRÜNE	—	0	3	4	3	—	0	1	4	2	—	3	13	10	5
N =	239	171	152	306	125	149	128	110	255	162	142	141	143	257	101
Wahlentscheidung	Nichtkatholiken														
	stark					mäßig					keine				
	1976	1980	1983	1987	1990	1976	1980	1983	1987	1990	1976	1980	1983	1987	1990
CDU/CSU	60	43	54	51	63	45	40	48	35	40	30	27	35	31	34
FDP	11	18	10	12	19	10	19	3	13	16	10	15	4	9	10
SPD	30	36	36	27	11	45	41	45	47	36	60	56	54	47	45
GRÜNE	—	4	0	9	7	—	0	4	5	5	—	2	7	12	9
N =	41	40	52	67	36	168	129	134	241	238	297	305	292	502	186

Quelle: Nachwahlbefragungen vom November 1976, November 1980, März 1983 und Februar 1987; Dezember 1990 Politbarometerbefragung Forschungsgruppe Wahlen.

Tabelle 9: Wahlentscheidung und Gewerkschaftsmitgliedschaft nach Berufsgruppen in Westdeutschland (in Prozent)

Wahlentscheidung	Alle Befragten																			
	Mitglieder					Nichtmitglieder														
	1976	1980	1983	1987	1990	1976	1980	1983	1987	1990										
CDU/CSU	35	29	36	32	33	55	48	56	48	51										
FDP	9	10	3	3	9	8	13	5	11	15										
SPD	56	58	56	55	49	36	38	31	31	28										
GRÜNE	—	3	5	9	7	—	1	7	9	5										
N =	392	271	278	501	272	700	675	639	1 204	664										
Wahlentscheidung	Arbeiter										Angestellte und Beamte									
	Mitglieder					Nichtmitglieder					Mitglieder					Nichtmitglieder				
	1976	1980	1983	1987	1990	1976	1980	1983	1987	1990	1976	1980	1983	1987	1990	1976	1980	1983	1987	1990
CDU/CSU	35	29	34	29	37	48	36	51	40	49	35	29	41	36	31	55	47	61	50	47
FDP	6	8	3	1	5	5	11	2	5	4	12	14	4	5	11	10	13	4	12	19
SPD	58	62	64	60	52	47	53	42	47	39	52	55	48	51	47	34	37	26	26	27
GRÜNE	—	1	0	9	4	—	0	5	6	6	—	2	7	7	8	—	3	9	10	4
N =	204	153	163	300	95	241	181	205	358	128	161	100	99	168	158	282	312	264	550	374

Quelle: Vgl. Tabelle 8.

Tabelle 10: Wahlentscheidung und Konfession nach Berufsgruppen in Westdeutschland (in Prozent)

Wahlentscheidung	Arbeiter										Beamte und Angestellte										Selbständige									
	Katholiken					Nichtkatholiken					Katholiken					Nichtkatholiken					Katholiken					Nichtkatholiken				
	1976	1980	1983	1987	1990	1976	1980	1983	1987	1990	1976	1980	1983	1987	1990	1976	1980	1983	1987	1990	1976	1980	1983	1987	1990	1976	1980	1983	1987	1990
CDU/CSU	57	52	58	47	52	24	17	33	25	36	65	51	67	58	55	34	36	47	35	34	74	68	76	71	72	54	48	45	45	52
FDP	3	7	4	3	6	8	12	1	5	3	8	9	5	8	13	14	18	3	12	19	3	4	11	16	16	7	20	22	27	19
SPD	39	40	36	44	34	67	70	63	60	55	27	39	21	25	29	51	43	41	39	36	23	24	11	6	12	39	30	31	22	20
GRÜNE	—	0	2	6	5	—	0	3	9	5	—	2	9	6	2	—	2	8	13	8	—	0	2	6	—	—	3	2	6	9
N =	244	155	164	320	109	207	186	211	346	114	200	181	160	351	221	254	241	206	381	311	52	52	41	79	43	70	63	58	95	76

Quelle: Vgl. Tabelle 8.

organisierten wie nichtorganisierten Angestellten haben sich innerhalb des bürgerlichen Lagers die Gewichte zugunsten der FDP verschoben.

Betrachtet man die Berufsgruppen in einer Untergliederung nach Katholiken und Nichtkatholiken (vgl. Tabelle 10), so zeigen sich in der Arbeiterschaft wiederum vergleichsweise starke Veränderungen zu Lasten der SPD, wobei der Rückgang der SPD unter den katholischen Arbeitern besonders kräftig ausfällt. Unter den Angestellten und Beamten, und zwar sowohl unter katholischen wie nichtkatholischen, kann sich die SPD dagegen halten. Im bürgerlichen Lager ist dabei wiederum die Gewichtsverlagerung zugunsten der FDP deutlich erkennbar. Unter den Selbständigen kann sich die SPD offensichtlich zu Lasten der GRÜNEN deutlich verstärken, während ihre Position bei guter Behauptung der GRÜNEN unter den nichtkatholischen Selbständigen unverändert bleibt. Für das bürgerliche Lager gibt es unter den Selbständigen kaum Veränderungen.

Die theoretisch interessantesten Gruppierungen sind die organisierten und nichtorganisierten Arbeiter

in der Aufgliederung nach Konfession (vgl. Tabelle 11), weil sich hier die verschiedenen sozialen Einflußkreise zugunsten der SPD und zugunsten der Unionsparteien überschneiden. Auch hier bestätigt sich, daß die SPD — gleichgültig, ob man die organisierten und nichtorganisierten Arbeiter nach Religion unterscheidet oder nicht — jeweils Stimmenanteile verliert, wobei unter den organisierten Arbeitern auch die GRÜNEN zurückgehen. Das bürgerliche Lager (CDU/CSU und FDP) vergrößert seine Anteile durchweg in allen Untergliederungen, wobei im Falle der katholischen, organisierten Arbeiter die Verbesserung ausschließlich zugunsten der FDP geht. Die Homogenität des Rückgangs der SPD in den untersuchten Gruppierungen legt die Schlußfolgerung nahe, daß die dominanten Themen der Wahl die Wählerschaft sehr gleichförmig erfaßt haben. Insgesamt bestätigen sich frühere Befunde, daß die Arbeiterschaft in ihrer Wahlentscheidung sehr stark von politischen Rahmenbedingungen beeinflußt wird, also keinesfalls als sicheres Stimmenpotential der SPD betrachtet werden kann. Daß dieses Potential bei dieser Wahl nicht annähernd ausgeschöpft werden konnte, lag sicherlich auch daran, daß die SPD mit

Tabelle 11: Wahlentscheidung der Arbeiter nach Konfession und Gewerkschaftsmitgliedschaft in Westdeutschland (in Prozent)

Wahlentscheidung	Mitglieder										Nichtmitglieder									
	Katholiken					Nichtkatholiken					Katholiken					Nichtkatholiken				
	1976	1980	1983	1987	1990	1976	1980	1983	1987	1990	1976	1980	1983	1987	1990	1976	1980	1983	1987	1990
CDU/CSU	53	49	48	41	41	18	13	21	17	35	61	52	66	53	57	31	22	40	30	37
FDP	6	7	5	1	11	6	9	0	2	2	1	7	3	5	3	9	15	1	6	5
SPD	41	43	47	52	40	74	77	79	68	60	37	41	27	37	32	60	63	53	56	50
GRÜNE	—	1	0	7	5	—	1	0	12	3	—	0	4	4	4	—	0	6	8	8
N =	98	65	77	152	35	106	87	86	148	60	141	82	85	165	74	100	96	120	193	54

Quelle: Vgl. Tabelle 8.

Tabelle 12: Wahlentscheidung nach Konfession (in Prozent) und Differenzen zur Volkskammerwahl

	Katholisch	Evangelisch	Keine
CDU 1)	65,8 (-1,7)	53,4 (-1,7)	33,3 (+ 2,5)
FDP 2)	11,4 (+6,8)	15,4 (+9,6)	12,9 (+ 8,1)
SPD	11,5 (-0,6)	20,1 (-0,8)	28,7 (+ 5,2)
B 90/GRÜNE 3)	6,3 (+2,8)	6,1 (+2,5)	8,8 (+ 2,9)
PDS	1,5 (-3,0)	1,8 (-3,1)	12,9 (-11,7)

1) Bei der Volkskammerwahl: CDU und Demokratischer Aufbruch.

2) Bei der Volkskammerwahl: Bund Freier Demokraten.

3) Bei der Volkskammerwahl: getrennt ermittelt.

Quelle: Wahltagbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen.

Oskar Lafontaine einen Kanzlerkandidaten gewählt hatte, der nicht Repräsentant der „klassischen“ Arbeiterpartei SPD, sondern eher der „Neuen Linken“ in der SPD ist.

Im Hinblick auf das Wählerverhalten im Osten Deutschlands lassen sich die für Westdeutschland entwickelten sozialstrukturellen Erklärungsansätze aufgrund der langen Periode totalitärer politischer Herrschaft nicht ohne weiteres übertragen. Dennoch ist es von Interesse, zu beobachten, wie sich das Wählerverhalten in den sozialen Gruppierungen entwickelt, die in westdeutscher Theorieperspektive besondere Aufmerksamkeit finden. Um die Stabilität von eventuell sichtbar gewordenen Strukturen zu überprüfen, bietet sich ein Vergleich des Wählerverhaltens bei der Bundestagswahl 1990 und der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 an. Die Wahltagbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen eignen sich besonders für diesen Vergleich, weil sie wegen der hohen Befragtenzahlen sehr zuverlässige und auch tiefgegliederte Ergebnisse liefern. Bei der Volkskammerwahl hatten knapp 11 000 Befragte beim Verlassen der Wahllokale verwertbare Angaben über ihre Wahlentscheidung sowie über die Zugehörigkeit zu verschiedenen sozialen Gruppierungen gemacht. Anlässlich der Bundestagswahl wurden im östlichen Wahlgebiet über 8 000 Wählerinnen und Wähler in derselben Weise befragt.

Die atheistische Grundorientierung des SED-Regimes hatte dazu geführt, daß der größte Teil der Bewohner der ehemaligen DDR keine Konfessionsangehörigkeit mehr aufweist (ca. 55 Prozent). Von den verbleibenden 45 Prozent der Bevölkerung sind ca. 40 Prozent evangelisch und ca. 6 Prozent katholisch. Aufgrund der entschiedenen Ablehnung religiöser Inhalte durch das bisherige Regime kann bereits die Zugehörigkeit zu einer Kirche in der ehemaligen DDR als bedeutsame indivi-

duelle Entscheidung gelten, die eine religiöse Orientierung ausdrückt³⁰⁾.

Bei der Analyse der Volkskammerwahl hatte sich ergeben, daß sich religiös Orientierte in erster Linie für die CDU entscheiden, diese aber unter den Religionslosen ebenfalls eine (wenn auch knappe) Mehrheit besitzt. Dieser Befund hat sich auch für die Bundestagswahl bestätigt (vgl. Tabelle 12). In allen drei Gruppen verzeichnet die FDP starke Gewinne, während die SPD ihre Position vor allem unter Befragten ohne Religionszugehörigkeit verbessert. Die PDS kann sich praktisch nur auf Wähler ohne Religionszugehörigkeit stützen.

Der Vergleich der Wahlentscheidungen in den verschiedenen Berufsgruppen wird insbesondere unter den Angestellten durch den Umstand erschwert, daß anlässlich der Volkskammerwahl gemäß den in der DDR noch gültigen Berufskategorien gefragt wurde, die heute keine Bedeutung mehr haben. Über die starken Verluste der PDS unter den Arbeitern und den Angestellten sowie die erheblichen Gewinne der FDP in allen Gruppierungen hinaus ergeben sich keine Auffälligkeiten (vgl. Tabelle 13). Die stärksten Veränderungen gibt es unter denjenigen, die sich in der Ausbildung befinden, wobei hier besonders starken Verlusten der CDU besonders große Gewinne des Bündnis 90/GRÜNE gegenüberstehen. Als markantestes Ergebnis dieses Teils der Analyse bleibt festzuhalten, daß die CDU nach wie vor bei den Arbeitern – anders als in Westdeutschland – die mit Abstand stärkste Partei ist. Bei zukünftigen Wahlen wird von besonderem Interesse sein, inwieweit sich die Bindung zwischen der Arbeiterschaft und der CDU, die gleichsam gegen die klassische Theorie der Trennungslinien läuft, lockert und möglicher-

³⁰⁾ Vgl. W. G. Gibowski (Anm. 5), S. 14.

Tabelle 13: Wahlentscheidung nach Berufsgruppen¹⁾ (in Prozent) und Differenzen zur Volkskammerwahl in Ostdeutschland

	Arbeiter	Angestellte	Ltd. Angestellte ²⁾	Selbständige	in Ausbildung
CDU ³⁾	49,8 (+1,6)	37,0 (-2,5)	34,4**	50,3 (- 3,9)	18,1 (-11,5)
FDP ⁴⁾	11,0 (+7,3)	15,0 (+8,9)	19,4**	21,5 (+10,0)	11,9 (+ 6,0)
SPD	24,8 (+2,6)	25,1 (+4,5)	24,1**	16,2 (+ 3,4)	23,1 (+ 5,7)
B 90/GRÜNE ⁵⁾	5,0 (+1,9)	10,3 (+4,3)	6,0**	4,7 (+ 2,0)	25,0 (+10,1)
PDS	5,3 (-6,6)	9,9 (-9,3)	13,1**	4,3 (- 0,4)	16,4 (- 3,3)

1) Bei der Befragung zur Volkskammerwahl wurde auch nach der damals üblichen Einordnung „Leiter“ sowie „Intelligenz“ gefragt.

2) Hierzu gab es bei der Befragung zur Volkskammerwahl keine vergleichbare Kategorie.

3) Bei der Volkskammerwahl: CDU und Demokratischer Aufbruch.

4) Bei der Volkskammerwahl: Bund Freier Demokraten.

5) Bei der Volkskammerwahl getrennt ermittelt.

Quelle: Wahltagbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen.

weise — nicht zuletzt nach der Etablierung eines funktionsfähigen Gewerkschaftssystems — durch eine neue Bindung an die SPD ersetzt wird.

Vergleicht man die Wahlentscheidungen zur Bundestags- und zur Volkskammerwahl nach Altersgruppen (vgl. Tabelle 14), so zeigt sich insbesondere bei der CDU eine deutliche Akzentuierung der Unterschiede zwischen dem Verhalten der jüngeren und dem der älteren Wähler. Während bei der Volkskammerwahl die Unterschiede noch relativ gering waren, schneidet die CDU nun bei den ältesten Wählern um zwölf Prozentpunkte besser ab als in der jüngsten Altersgruppe. Im Gegensatz dazu kann sich die SPD vor allem unter den Wählern der Altersgruppe bis 49 Jahre verbessern. Die

FDP hat durchweg hohe Zugewinne, die ihr insbesondere in der Altersgruppe der Vierzig- bis Neun- undvierzigjährigen zu einem auffällig guten Ergebnis verhelfen. Bündnis 90 und GRÜNE können ihre Anteile bei den jungen Wählern verstärken, während die PDS aufgrund der starken Verluste unter den jüngeren Wählern nun eine weitgehend gleichmäßige Altersstruktur aufweist.

Insgesamt zeigen sich bezüglich des Wahlverhaltens der sozialen Gruppierungen im Osten Deutschlands leichte Tendenzen der Angleichung an das Wahlverhalten dieser Gruppen in Westdeutschland. Es ist jedoch sicherlich zu früh, daraus bereits Schlüsse auf eine immanente Automatik einer solchen Angleichung zu ziehen.

Tabelle 14: Wahlentscheidung zur Bundestagswahl nach Altersgruppen (in Prozent) und Differenzen zur Volkskammerwahl in Ostdeutschland

	bis 24 Jahre	25--29 Jahre	30--39 Jahre	40--49 Jahre	50--59 Jahre	60 und älter
CDU ¹⁾	36,3 (-2,1)	40,4 (+ 4,5)	39,1 (- 0,7)	43,2 (- 2,7)	46,4 (+1,8)	48,6 (+5,5)
FDP ²⁾	10,6 (+6,0)	12,3 (+ 7,4)	12,8 (+ 7,8)	17,4 (+11,4)	14,5 (+9,6)	12,4 (+6,1)
SPD	22,9 (+5,2)	24,1 (+ 3,1)	24,8 (+ 6,3)	22,9 (+ 3,4)	25,4 (-0,6)	25,6 (-1,8)
B 90/GRÜNE ³⁾	13,9 (+6,1)	10,6 (+ 3,7)	12,1 (+ 5,5)	5,2 (+ 0,8)	4,9 (+1,9)	2,2 (+0,2)
PDS	10,3 (-7,2)	8,3 (-10,6)	7,7 (-12,4)	8,4 (- 6,6)	6,2 (-7,1)	9,0 (-4,9)

1) Bei der Volkskammerwahl: CDU und Demokratischer Aufbruch.

2) Bei der Volkskammerwahl: Bund Freier Demokraten.

3) Bei der Volkskammerwahl getrennt ermittelt.

Quelle: Wahltagbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen.

V. Ausblick

Die Bundestagswahl 1990 ist von einer Vielzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen begleitet worden. Diese werden die Feinanalysen ermöglichen, die in diesem Überblicksbeitrag noch nicht enthalten sein können. Hier konnte es nur darum gehen, die Konturen herauszuarbeiten, in die das Wahlergebnis einzuordnen ist.

Angesichts der extremen Politisierung der öffentlichen Meinung in Deutschland seit dem Herbst 1989 durch die Vereinigungsdiskussion und des überragenden nationalen und internationalen Stellenwerts des Themas der deutschen Vereinigung hätte man erwarten können, daß deren Vollzug in der kurz darauf folgenden Bundestagswahl noch einmal ein überzeugendes Votum in Form einer hohen Beteiligung an der Wahl erfahren würde. Dies ist jedoch nicht geschehen.

Da an der umfassenden Legitimation für die Vereinigung kein Zweifel besteht, kann vermutet werden, daß die lang andauernde Aktivierung des politischen Systems die Bürger in gewisser Weise politisch überfordert hat. So wäre die geringe Wahlbeteiligung als ein Ausdruck des Wunsches zu deuten, sich endlich wieder den anderen, „normalen“ Dingen des Lebens zuwenden zu können, von denen man weiß, daß sie den Bürgern wichtiger sind als Politik: Beruf, Familie und Freizeit. Eine andere Interpretation, die stärker die schon 1987 sehr niedrige Wahlbeteiligung berücksichtigt, würde unter übergreifender partizipationstheoretischer Perspektive auf den gesicherten Forschungsbefund verweisen, daß im politischen Repertoire der Bürger zunehmend andere Beteiligungsformen als das Wählen an Bedeutung gewinnen, und zwar vor allem bei Jüngeren und formal Hochgebildeten. Vor diesem Hintergrund wäre der Rückgang der Wahlbeteiligung ein säkularer Trend, der — in Übereinstimmung mit den in diesem Aufsatz präsentierten Daten — in erster Linie jüngere Menschen ergreift, die nicht mehr die persönliche Beziehung zu der Zeit direkt nach dem Zweiten Weltkrieg besitzen, als Wählen als zentrale Ausdrucksmöglichkeit demokratischer Gesinnung galt.

In Ostdeutschland mag darüber hinaus eine Rolle gespielt haben, daß im Dezember die Euphorie der

Vereinigung einer gewissen Ernüchterung gewichen war, weil die Menschen die immensen, vor allem wirtschaftlichen Probleme zu realisieren begannen, die sich für sie aus der Vereinigung unzweifelhaft — neben den Chancen — ergeben.

Die zweite große Überraschung dieser Bundestagswahl ist sicherlich das schlechte Abschneiden der westdeutschen GRÜNEN. Die feste ideologische und wertmäßige Verankerung ihrer Wählerschaft im links-post-materialistischen Spektrum hätte an sich nahegelegt, daß die GRÜNEN trotz schlechter politischer Rahmenbedingungen — die „falschen“ Themen, die inneren Flügelkämpfe, die fortdauernde Ambivalenz gegenüber einem vorbehaltlosen Engagement in der demokratischen Tagespolitik — eine sichere Repräsentation im Bundestag erreichen würden. Bedenkt man, daß durchaus auch Teile der Anhängerschaft der GRÜNEN eine Ambivalenz zum System der parlamentarischen Demokratie aufweisen, dann ist zu vermuten, daß es den GRÜNEN nicht gelungen ist, ihre Anhängerschaft für diese besondere Wahl voll zu mobilisieren. In struktureller Perspektive allerdings gibt es wenig Grund zu der Annahme, daß mit dem Ausscheiden der westdeutschen GRÜNEN aus dem Bundestag bereits der Anfang vom Ende dieser Partei begonnen habe. Mit Interesse wird zu verfolgen sein, ob sich in der Normalität der politischen Tagesarbeit nicht auch eine nach ihrem Selbstverständnis basisdemokratische Partei auf lange Sicht entscheiden muß, ob sie sich der inneren Logik des politischen Prozesses in demokratischen Flächenstaaten stärker unterwirft als bisher.

Die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl markiert in vielerlei Hinsicht eine Zäsur von Politik und Gesellschaft in Deutschland. Die Ähnlichkeit bis Identität des Parteiensystems, der Wahlverfahren und der politischen Agenda konnte die notwendigerweise fortbestehenden tiefgreifenden Unterschiede zwischen den beiden Teilen Deutschlands nur für kurze Zeit überlagern. Sie treten schon jetzt wieder in voller Schärfe hervor und werden die deutsche Politik für die nächsten Jahre bestimmen.

Zur politischen Akkulturation der vereinten Deutschen

Eine Analyse aus Anlaß der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl

I. Die polarisierten Deutschen

Vereint – und doch gespalten. So lautet weithin die Diagnose über die vereinten Deutschen nach 40 Jahren Teilung und Zweistaatlichkeit. Trennlinien und Brüche durchziehen alle Ebenen des ungewohnten Zusammenlebens: von der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt bis zur Umwelt, von der sozialen Sicherung bis zum Gesundheitswesen, von der Wohn- und Lebensqualität in den Städten bis zur Finanzausstattung von Kommunen und Ländern, vom sozialen Klima bis zum Konsumstil, von der Selbstbestimmung in eigenen kulturellen Institutionen bis zum Selbstbewußtsein als Mitglieder einer Leistungsgesellschaft. In 40 Jahren Trennung war das Gefühl von deutscher Zusammengehörigkeit nicht verschwunden, wie Umfragen im Westen immer wieder belegt hatten. Es war wohl auch im Osten lebendig geblieben. Denn als sich in den Revolutionstagen vom Herbst 1989 die Parole „Wir sind das Volk“ in „Wir sind ein Volk“ wandelte, war es stark genug, die „Wende in der Wende“ zu erzwingen.

Trennung über die Dauer von zwei Generationen, politische Sozialisierung in konträren politischen Systemen, berufliche Anpassung und Eingliederung in unterschiedliche Wirtschaftssysteme, Teilhabe an politischer Entscheidung auf der einen, politische Bevormundung, ja Unterdrückung auf der anderen Seite haben allerdings zu unterschiedlichen Mentalitäten der Deutschen geführt – trotz des gemeinsamen Erbes, von dem aus die beiden deutschen Staaten jeweils ihren eigenen Weg nach dem Krieg nahmen. In seiner Studie über den autoritären Charakter hatte Adorno den deutschen Faschismus und den Aufstieg Hitlers mit dem deutschen Nationalcharakter in Verbindung gebracht¹⁾. Er sei psychosozial von Sekundärtugenden wie Ordnung, Sauberkeit, Pflichtbewußtsein und Gehorsam geprägt; seine politischen Dimensionen würden Autoritätsgläubigkeit, Intoleranz, Aggressivität, Gewaltbereitschaft bis zum Militarismus,

aber auch Selbstaufgabe und idealistische Maßstablosigkeit heißen.

Während nach Kriegsende und der Kapitulation des Dritten Reiches die westlichen Alliierten den autoritär geprägten Deutschen in ihren Besatzungszonen ein demokratisches Umerziehungsprogramm verordneten, verpflichtete sich der unter sowjetischem Einfluß stehende SED-Staat mit seiner Gründung als Volksdemokratie auf eine antifaschistische Widerstandskultur. Noch Anfang der sechziger Jahre kamen die amerikanischen Politologen Almond und Verba in einer interkulturell vergleichenden Studie²⁾ zu dem Schluß, die Westdeutschen akzeptierten zwar ihre demokratischen Institutionen, hätten also die demokratischen Lektionen gelernt; zur Demokratie und ihren Grundwerten hätten sie aber keine affektive Beziehung entwickelt und seien im Alltagsleben arm an demokratischer Kultur geblieben. Zu diesem Zeitpunkt bezeichnete die SED-Staatsführung den Bau der Berliner Mauer, der die Flüchtlingsströme von Ost nach West unterbinden sollte, als antifaschistisches Bollwerk. Auch die intellektuelle Klasse in der DDR schloß sich weitgehend dieser Perspektive an.

Jahre später wurde – wiederum in einer amerikanischen Untersuchung – das Urteil über die Bonner Demokratie, nun gewandelt durch den Geist der Studentenunruhen und die anschließende Reformpolitik, revidiert³⁾. Westdeutschland galt jetzt als Modell stabiler, sicherer Demokratie westlicher Prägung, die von einem breiten liberalen Konsens getragen wurde. Wachsender politischer Partizipationsdruck und die Herausbildung neuer postmaterieller Werte hatten nicht nur das alte Parteienkartell aus CDU/CSU, SPD und FDP gesprengt und eine neue Partei (Die GRÜNEN) entstehen lassen,

¹⁾ Vgl. Theodor W. Adorno, et al., *The Authoritarian Personality*, New York-London 1950.

²⁾ Vgl. Gabriel A. Almond/Sidney Verba, *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton-New York 1963.

³⁾ Vgl. David P. Conradt, *Changing German Political Culture*, in: Gabriel A. Almond/Sidney Verba (Hrsg.), *The Civic Culture Revisited*, Boston 1980.

sondern hatten auch insgesamt die Demokratie um eine streitbare Protestkultur bereichert, die sich in einer Vielzahl von sozialen Bewegungen und Forderungen nach politischer Mitbestimmung manifestierte.

Umgekehrt fand die politische Opposition in der DDR kein Sprachrohr gegen den alles beherrschenden Staatsapparat. Intellektuelle und künstlerische Eliten verließen freiwillig oder unfreiwillig das Land und berichteten von außen über die politischen Binnenverhältnisse. Eine Dissidentenbewegung, wie etwa in Polen oder in der Tschechoslowakei, trat in der DDR nicht in Erscheinung, wohl aber entwickelten sich in dem Freiraum der Kirchen Bewegungen für den Frieden, für Menschen- und Bürgerrechte. Sie waren es, die im Herbst 1989 vorübergehend die geistige Führung der Revolution übernahmen, bis sich die zuvor apathischen Massen in den Prozeß einschalteten.

Ist nun durch das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten zu befürchten, daß der demokratische Fortschritt, den die Westdeutschen über Jahrzehnte erarbeitet und den sich die Ostdeutschen in einer friedlichen Revolution erkämpft haben, Schaden erleidet? In einer Studie über die „heutigen Deutschen“, die sich der international vergleichenden Umfragen der EG-Kommission bedient und die demokratische Kultur der Bundesrepublik im Kontext ihrer Nachbarn analysiert, kommt Erwin Scheuch zu dem Schluß, nach Grundeinstellungen und -orientierungen seien die Bundesbürger eine „mittlere“ Bevölkerung, ihr Staat ein eher „unauffälliges Objekt, bei dem in einem Zustand leicht apathischer und milder Mißvergnügtheit dennoch die Grundprinzipien seines politischen Systems und der Gesellschaft eindeutig akzeptiert werden“⁴⁾. Deutsche Überheblichkeit und Größenwahn seien heute eher Projektionen aus der Vergangenheit als reale Phänomene. Im Zuge des sich politisch vereinigenden Europas habe sich nicht vorrangig der deutsche Nationalstaat wiedervereinigt, vielmehr sei Europa um einige neue Regionen erweitert worden.

Folgt man Scheuchs Normalitätsthese, oder läßt man sich eher von der heute — angesichts des Golfkriegs — wieder aktuellen Furcht vor einem deutschen Sonderweg leiten, ist zunächst zu untersuchen, was die Deutschen in Ost und West nach 40 Jahren Trennung spaltet und was sie zugleich verbindet. Wie unterscheiden sich die Deutschen in ihrem Politikverständnis? In einer solchen komparativen Analyse wird die politische Kultur zu einem

zentralen Erklärungsansatz. Die beiden deutschen Staaten haben mit ihren jeweils gültigen gesellschaftlichen Werten und Normen ihre Bürger politisch sozialisiert, so daß deren kollektive Erfahrungen und Lernerlebnisse nun das individuelle Politikverständnis prägen und prädisponieren. Die These ist, daß der getrennte Weg in der Nachkriegsgeschichte mentale Spuren hinterlassen hat, weshalb man im vereinten Deutschland durchaus von zwei politischen Kulturen auszugehen hat, unabhängig von unterschiedlichen Parteimilieus und deren Subkulturen.

Auf den ersten Blick mag es scheinen, als habe diese These weniger Bedeutung, da nach der staatlichen Einheit mit der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl auch so etwas wie eine politische Vereinigung vollzogen wurde. Bei oberflächlicher Betrachtung sieht es nämlich so aus, als sei das westdeutsche Parteiensystem nach Osten exportiert worden und unterstünde damit den Parametern, die sich im Laufe der bundesdeutschen Wahlgeschichte herausgebildet haben, als sei die DDR wie dem Grundgesetz auch unserer Wahldemokratie beigetreten. Tatsächlich kommen aber die meisten Wahlanalysen zu gegenteiligen Befunden und vermerken dabei in der ostdeutschen Eigenart des Wählerverhaltens eine beachtenswerte Kontinuität von der ersten freien Wahl zur Volkskammer über die Kommunal- und Landtagswahlen bis hin zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl⁵⁾.

Ostdeutschland unterscheidet sich vom Westen insbesondere in folgenden Punkten:

— Im Grad der *Parteibindung*. Nur ein Fünftel der Wahlberechtigten in Ostdeutschland fühlt sich an eine Partei gebunden. Dagegen sind es in der alten Bundesrepublik, auch durch die Kontrolle politischer Vorfeldorganisationen wie Kirchen und Gewerkschaften bedingt, nahezu zwei Drittel. Mithin war das Votum in der ehemaligen DDR jeweils „rationaler“ und weniger „sozial“ determiniert als im Westen.

— In der *sozialen Basis* der Parteien. Im Unterschied zu Westdeutschland mobilisieren CDU und auch FDP in der früheren DDR große Teile der industriell arbeitenden Bevölkerung, integrieren also Stimmen aus einem ihnen wesensfremden Milieu. Umgekehrt hat die SPD keine spezifisch sozialen Schwerpunkte und fußt in der DDR mit ihrer klassenlosen Vergangenheit nicht auf den Traditionen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Die GRÜNEN, im Westen die Protestpartei der

⁴⁾ Erwin K. Scheuch, Die Suche nach der Besonderheit der heutigen Deutschen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 42 (1990) 4, S. 750.

⁵⁾ Vgl. Dieter Roth, Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Der Versuch einer Erklärung, in: Politische Vierteljahresschrift, 31 (1990) 3, S. 369–393.

jungen, gut ausgebildeten Schichten, haben im Osten ein weniger scharfes Profil.

— In der *Zersplitterung* der Parteien links der Mitte. Während sich im Westen nur SPD und die nunmehr geschwächten GRÜNEN⁶ dieses Wählerspektrum teilen, konkurrieren im Osten SPD, PDS, GRÜNE sowie Bürgerbewegungen (Bündnis '90 und Neues Forum) um das Wählerpotential links der Mitte, wobei offensichtlich die PDS als Nachfolgerin der SED für Koalitionen tabu ist, aber voraussichtlich die zweitstärkste linke Kraft bleibt.

— In der Funktion einer *parlamentarischen Opposition*. Als einzige kleine Oppositionsparteien schafften es PDS und Bündnis '90/GRÜNE dank der in den beiden Wahlgebieten getrennt geltenden Fünfprozentklausel, in den Bundestag zu gelangen. Nicht westdeutsche, sondern zwei ostdeutsche Parteien, die ihre DDR-Identität betonen, haben damit Gelegenheit zur Entwicklung einer neuen, unkonventionellen Protestkultur im Deutschen Bundestag. Dabei ist unterstellt, daß die westdeutsche Linke Liste aufgrund ihrer mageren Wahlergebnisse in der parlamentarischen Gruppe von PDS/Linke Liste weniger stark den Ton angibt.

Angesichts der vielfältigen Diskrepanzen stellt Konrad Schacht fest: „Die deutsche Vereinigung hat zwei Gesellschaften aneinander gekoppelt, die sich vierzig Jahre lang antagonistisch zueinander entwickelt haben. Mit der formalen Übernahme von verwaltungstechnischen Regelungen und Parteistrukturen im Osten ist noch lange keine ‚Akkulturation‘ erreicht.“⁶

Die nachfolgende Analyse konzentriert sich auf die Frage, unter welchen Voraussetzungen die Deut-

schon ihre Akkulturation vollziehen. Die Daten, die hier vorgestellt werden, stammen aus je drei Untersuchungen von etwa 1 000 Wahlberechtigten in der alten Bundesrepublik sowie in der ehemaligen DDR, die in den Monaten September bis November 1990 durchgeführt worden sind. Der Integration der Daten sind somit Grenzen gesetzt. Dieser offensichtliche Mangel wird aber kompensiert durch den Vorzug, daß diese Daten eine Bestandsaufnahme zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung darstellen. Als zentrale Elemente des Demokratie- und Politikverständnisses werden Fragen zu folgenden drei Bereichen untersucht:

- Gesellschaftliche Wertvorstellungen,
- Vertrauen in Institutionen,
- Einstellungen zu politischer Partizipation und Mitsprache.

Anhand von Faktorenanalysen wird nach dem Gemeinsamen in den Reaktionen auf die Befragungsinstrumente geforscht und zugleich das Trennende dargestellt. Speziell für die Demokratieskala wird die Betrachtung auch auf die politischen Lager in Ost und West ausgedehnt.

Mit dem Rekurs auf Wertorientierungen als Richtschnur für politisches Handeln, auf Vertrauen in Institutionen (unter deren Einfluß der demokratische Prozeß abläuft) und auf Einstellungen zu politischer Teilnahme an Entscheidungen als Gradmesser für Selbstbestimmung und Demokratisierung lehnt sich die Untersuchung konzeptionell an die Tradition der „Civic-Culture-Studien“ an. „Bundesrepublik“ und „DDR“ stehen in diesem Zusammenhang für die Kategorien der komparativen Systembetrachtung.

II. Wertvorstellungen

Mit Inglehart⁷) ist die Debatte um den Wertewandel in den Industriegesellschaften verknüpft, demzufolge materialistische Interessen wie Einkommen, soziale Versorgung, äußere und innere Sicherheit an Gewicht verlieren würden gegenüber postmateriellen Bedürfnissen wie Partizipation, Selbstentfaltung, Mitsprache und Emanzipation. In Anlehnung daran hat das Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) eine Skala entwickelt, auf der verschiedene Wertbereiche unabhängig voneinander abgefragt werden. Dabei wird jeweils gefragt, wovon es in einer zukünftigen Gesellschaft mehr geben sollte.

Die Schwerpunkte dieser Werteskala sind:

- autoritär (Pflichtbewußtsein, Sitte/Moral),
- konservativ (Ordnung/Sicherheit),
- sozial (Solidarität, soziale Gleichheit, soziale Gerechtigkeit),
- ökonomisch (Wohlstand, Wachstum, Leistung),
- gesellschaftsidealistisch (Demokratie, Freiheit für Andersdenkende, grundlegende Gesellschaftsreformen),
- individualistisch (Freizeit, Selbstverwirklichung).

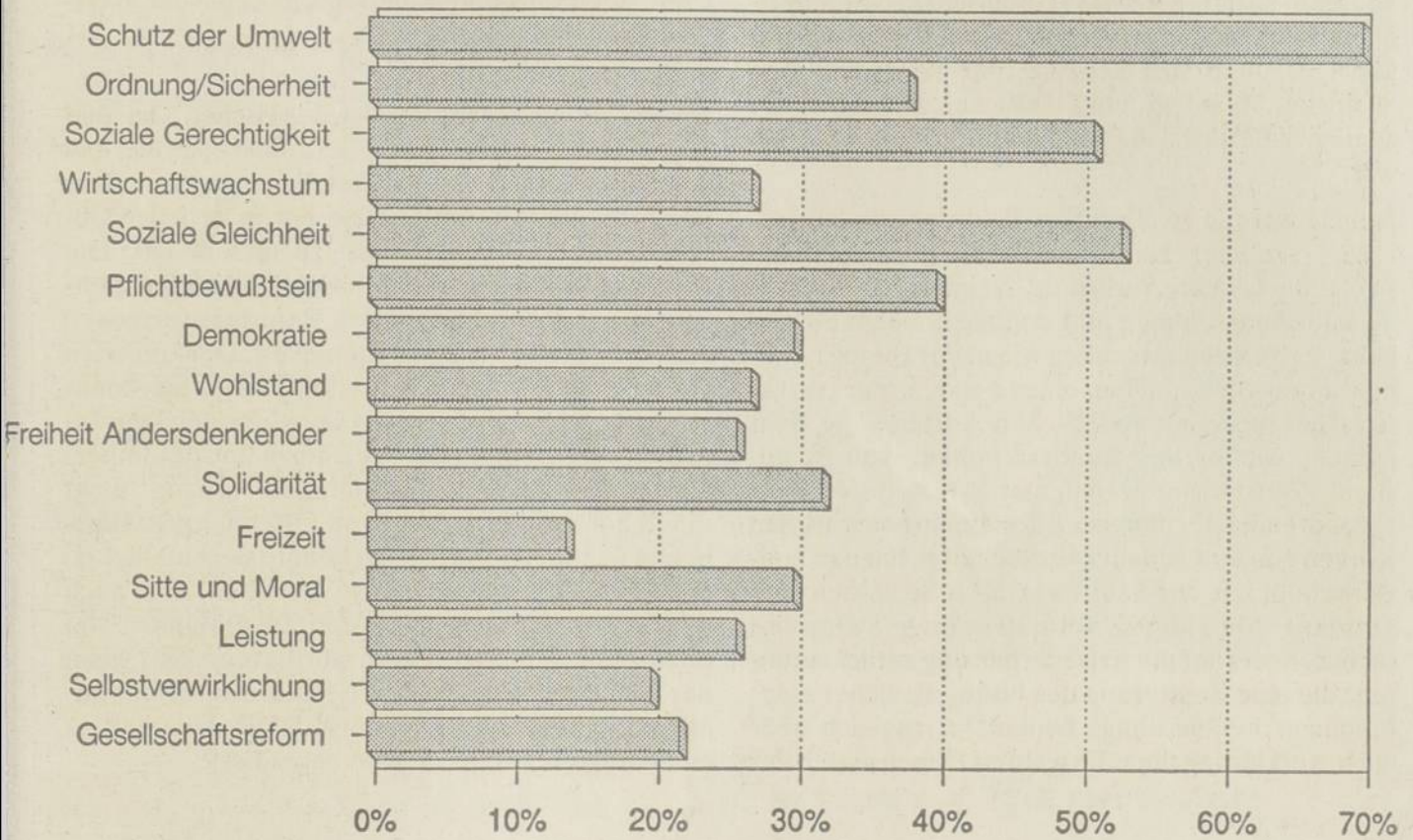
Bei 15 abgefragten Items ergaben sich für Ost und West mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten (vgl. Abb. 1, S. 25). Denn die Befragten in der

⁶) Konrad Schacht, Droht eine Polarisierung der deutschen Gesellschaft?, in: Die tageszeitung vom 7. Januar 1991, S. 14.

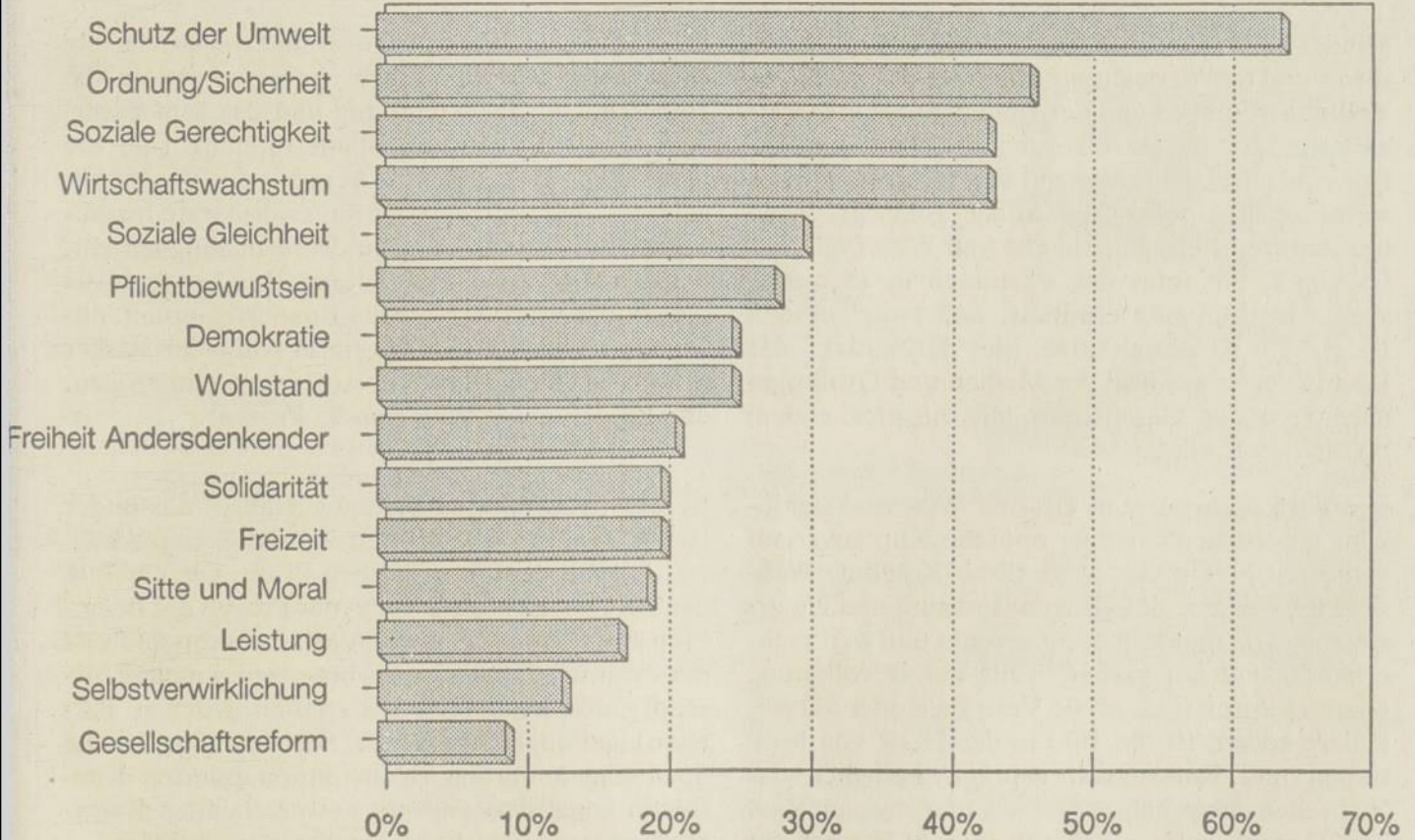
⁷) Ronald Inglehart, The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton 1977.

Abbildung 1: Wertorientierungen

Westen



Osten



Quelle: infas Deutschland-Politogramm 34/1990.

Demokratisierung und Sozialstaatlichkeit. Im Unterschied zur Bundesrepublik ist hier der Gesellschaftsidealismus mit konkreter Politikererwartung an eine sozial gerechte Gesellschaft verknüpft. Dem steht ein rein ökonomischer Faktor gegenüber, bei dem sich Leistung mit Wachstum und Wohlstand bündeln, ein Denkschema, das im Westen eher für die siebziger Jahre und früher typisch war.

Isoliert werden zwei weitere Faktoren, die auf geringe Tendenz zu demokratischer Mitsprache schließen lassen: Autoritäre Neigungen, die sich verselbständigt haben und sich nicht einem Sicherheits- und Ordnungsdenken wie in der Bundesrepublik unterordnen, neben einer Tendenz zum privaten Rückzug, einer apolitischen Attitüde, die nicht einmal, wie in der Bundesrepublik, von Wohlstandserwartungen begleitet ist. Als weiteres, eher verblüffendes Denkmuster kombiniert sich in den Köpfen einiger Ostdeutscher die Sorge um den Umweltschutz mit der Sehnsucht nach Sicherheit und Ordnung. Man könnte vermuten, diese Sichtweise sei besonders auf die Krisenerfahrung zurückzuführen, die eine Zerstörung des bisher als sicher empfundenen Lebensalltags bedeutete, zugleich aber auch Aufklärung über die wahren Dimensionen der

ökologischen Existenzgefährdung in der DDR mit sich brachte. Soziale Gleichheit, die das ideologische Dogma des SED-Staates war, löst heute kein Credo mehr aus und prägt folglich keine der Wertvorstellungen.

Resümiert man den Vergleich zwischen Ost und West, so ist sicher ein Modernitätsvorsprung bei den Westdeutschen festzustellen, insbesondere durch die klare Formulierung postmaterieller Gesellschaftsbilder im Kontrast zu materiellen. Die Perspektiven in der früheren DDR verweisen demgegenüber neben bestimmten Reformervorstellungen auf eine Reihe von traditionellen Denkmustern (ökonomische, autoritäre, apolitische). Sie könnten in der politisch-geistigen Entwurzelung begründet sein, die trotz staatlicher Einheit und des Importes demokratischer Institutionen bislang nicht durch eine neue Bindung und Orientierung aufgehoben wurde. Entsprechend könnten sie Anfälligkeiten erzeugen für anomisches Verhalten, aber auch die Bereitschaft stärken, autoritäre Lösungen von oben zu akzeptieren. Diese würde verstärkt, wenn der Streß der Wirtschaftskrise und des soziopolitischen Umbruchs die ehemalige DDR dauerhaft zu einer Region zweiter Klasse degradiert.

III. Vertrauen in Institutionen

Mit der Übernahme des Regelwerkes des Grundgesetzes und der Verwaltungsordnung, der Wahl von Volksvertretungen und der Einführung der Marktwirtschaft hat die Bevölkerung im Osten Deutschlands auch Bekanntschaft mit den Institutionen des westdeutschen politischen Alltags gemacht. In einer weiteren Befragung in Ost und West (vgl. Abbildung 2) hat infas das Vertrauen in 15 ausgesuchte Institutionen ermittelt, und zwar aus den Bereichen der Legislative, der Exekutive, der Rechtsprechung sowie der Medien und Großorganisationen der Gesellschaft mit entsprechendem politischen Einfluß.

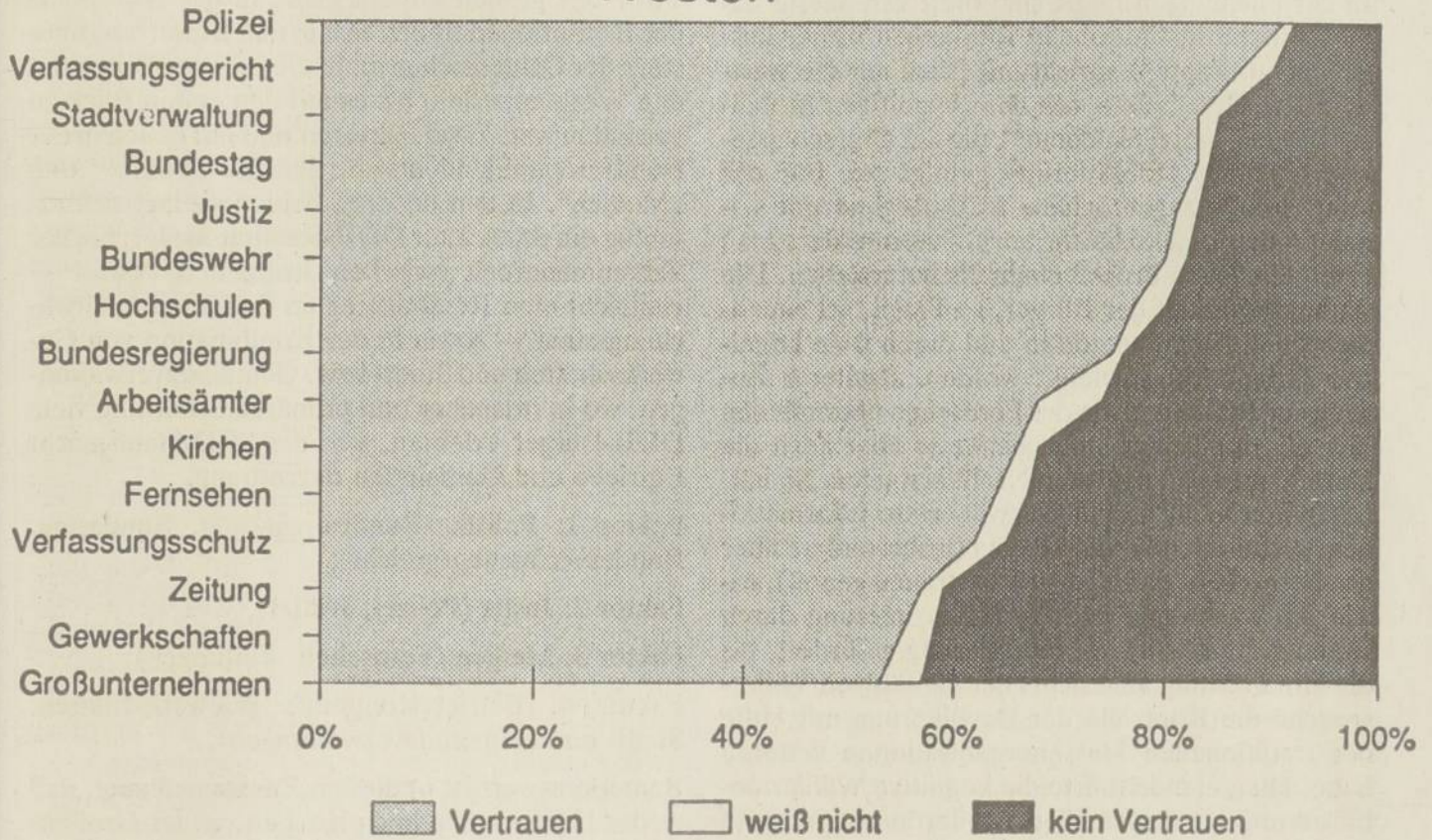
Die Vertrauenswerte in Ost und West sind signifikant unterschiedlich. Der optische Kurvenverlauf vermittelt bereits das wesentliche Resultat. Während im Westen alle erfragten Institutionen Unterstützung von mindestens 50 Prozent und weit mehr erfahren und nur geringe Teile der Bevölkerung unentschlossen sind, ob sie Vertrauen oder Skepsis äußern sollen, ist das Bild in der DDR von Mißtrauen und Ratlosigkeit geprägt. Lediglich das Fernsehen, über Jahre das Schaufenster zur Welt des Westens, erfreut sich mit über 70 Prozent der Nennungen breiten Vertrauens. Um die 50 Prozent

liegen die Meßwerte für die Bundesregierung, die Polizei und die Zeitungen, knapp darunter die Hochschulen, der Bundestag und das Bundesverfassungsgericht. In der Bundesrepublik sind die höchsten Vertrauenswerte bei über 80 Prozent angesiedelt und beziehen sich auf so disparate Institutionen wie Polizei, Bundesverfassungsgericht, Stadt- und Gemeindeverwaltung, Bundestag, Justiz und Bundeswehr. Selbst die Bundesregierung, obwohl durch die Politisierung ihrer Aufgaben stärker in die gesellschaftliche Polarisierung einbezogen, erhält noch einen Wert von 75 Prozent.

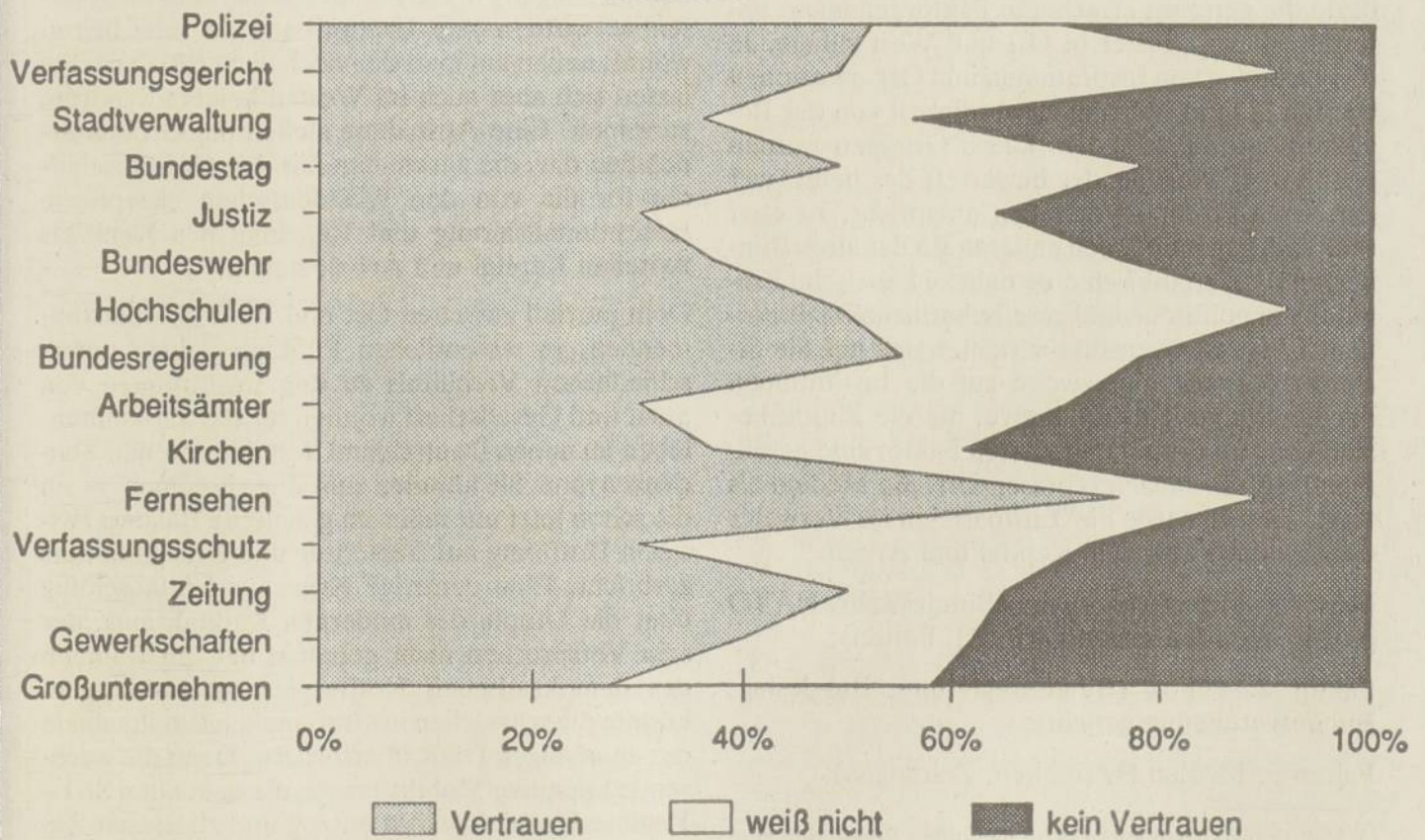
Bei dem verbreiteten Systemvertrauen, das in der Bundesrepublik anzutreffen ist und eklatant kontrastiert mit dem ostdeutschen Profil, kann man in der Tat davon sprechen, daß der Prozeß der demokratischen Bindung an die Verfassungsorgane und der externen Mobilisierung über traditionelle Massenorganisationen (Gewerkschaften, Kirchen, Parteien) hier abgeschlossen ist. Soziale und politische Spannungen werden zu institutionalisierten Konflikten kanalisiert und mit entsprechenden Regelmechanismen verarbeitet, wobei immer wieder Legitimationskrisen entstehen, wenn bestimmte so-

Abbildung 2: Vertrauen in Institutionen

Westen



Osten



Quelle: infas Deutschland-Politogramm 39-40/1990.

ziale Gruppen sich in diesen Konsens nicht mehr eingebunden fühlen.

In der ehemaligen DDR sind breit verankerte demokratische institutionelle Bindungen bisher ausgeblieben. Pappi⁸⁾ spricht mit Blick auf die westdeutsche Gesellschaft von der „kognitiven Mobilisierung auf Individualebene“, die der abgeschlossenen externen Mobilisierung gefolgt sei. Für das alte, zusammengebrochene SED-Regime mit seiner totalen gesellschaftlichen Steuerung darf man einen ähnlichen Prozeß ebenfalls unterstellen. Die Aufmerksamkeit der Bürger, so Pappi, sei zunehmend den Eliten entglitten und durch freie kognitive Orientierung gelenkt worden. Breiterer Zugang zur Bildung sowie das Fernsehen übernahmen hier eine Leitrolle, möglicherweise aber auch die Vorbilder in den östlichen Nachbarstaaten. So hätten immer mehr und unkontrolliertere Informationen, vermittelt über die Medien (insbesondere über das Fernsehen, das höchstes Vertrauen genoß), sowie die wachsende geistige Emanzipierung durch Bildung die kognitive Mobilisierung gefördert, bis die alte Führung angesichts der vielfältigen Widersprüche die Kontrolle der Bevölkerung mit Hilfe der traditionellen Massenorganisationen verloren habe. Hierzulande führte die kognitive Wählermobilisierung zu wachsender Wählerfluktuation und vermehrt zu unkonventionellem Wahlverhalten.

Auch im Falle des Vertrauens in Institutionen förderte die getrennt errechnete Faktorenanalyse unterschiedliche Muster in Ost und West zutage. Je vier Gruppen von Institutionen und Organisationen werden in ihrer Vertrauenswürdigkeit von der Bevölkerung unterschieden. Diese Gruppen werden unabhängig voneinander bewertet; das heißt, wer der einen Gruppe Vertrauen ausspricht, ist eher skeptisch gegenüber den anderen. In der alten Bundesrepublik ergibt sich eine nahezu klassische Einteilung in politische und gesellschaftliche Institutionen. Ein Vertrauensfaktor richtet sich auf die Sicherheitsorgane, der zweite auf die Institutionen der Legislative und Exekutive, die die Politik bestimmen. Im dritten und vierten Faktor sind gesellschaftliche Instanzen repräsentiert, die Medien als vierte Gewalt sowie die Tarifparteien als Vertreter des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit.

Faktor 1: Sicherheitsorgane (Bundeswehr, NATO [nur in Westdeutschland erfragt], Polizei);

Faktor 2: Politik (Bundesregierung, Bundestag, Bundesverfassungsgericht);

Faktor 3: Medien (Fernsehen, Zeitungen);

⁸⁾ Vgl. Franz Urban Pappi, Von der stillen Revolution zum kulturellen Umbruch: Nimmt die Dramatik des Wertewandels zu?, in: Soziologische Revue, 14 (1991) 1, S. 21–26.

Faktor 4: Tarifpartner (Gewerkschaften, Großunternehmen).

Trotz der großen Unterschiede in der Akzeptanz der Institutionen finden sich in den Bewertungsmustern der Ostdeutschen mehr Gemeinsamkeiten mit den Westdeutschen, als es auf den ersten Blick zu vermuten war. Zwei Faktoren sind mit denen in der Bundesrepublik identisch, nämlich „Politik“ und „Medien“. In den anderen beiden schlägt sich offenbar ein Stück alter DDR-Realität nieder: bei der Zusammenarbeit zwischen Justiz und Polizei – vielleicht eine Reminiszenz an den alten Überwachungsstaat – sowie in der Kombination von Gewerkschaften und Stadt- bzw. Gemeindeverwaltungen, wo in ortsnaher und primärer Erfahrung viele DDR-Bürger erlebten, wie die SED-Staatsmacht Betriebe und Gemeinden durchdrang.

Faktor 1: Politik (Bundesregierung, Bundestag, Bundesverfassungsgericht);

Faktor 2: Justiz (Polizei, Justiz);

Faktor 3: Medien (Fernsehen, Zeitungen);

Faktor 4: Betrieb/Kommune (Gewerkschaften, Stadt- und Gemeindeverwaltungen).

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß weder Hochschulen noch Kirchen, weder Großunternehmen noch Arbeitsämter, ganz zu schweigen vom Verfassungsschutz, als bestimmende Komponenten Eingang in die Faktorenanalyse fanden. Offenbar wurden alte Institutionen zu sehr beargwöhnt, neuen hat man sich noch nicht genähert. Sie lassen sich aber auch im Westen keinem Syndrom zuordnen. Eine Ausnahme stellen die Großunternehmen dar, die zusammen mit den Gewerkschaften für die von den Westdeutschen akzeptierte Institutionalisierung und Regelung des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit stehen.

Dem partiell zwischen Ost und West übereinstimmenden, in wesentlichen Punkten jedoch unterschiedlichen Verhältnis zu den Institutionen von Staat und Gesellschaft wohnen für das Zusammenleben im neuen Deutschland destabilisierende Tendenzen inne. Sie könnten zum Zuge kommen, wenn die schon jetzt nur mühsam gehaltene Balance zwischen Hoffnung auf Besserung und Krisentoleranz zerbricht. Eine derartige Krise aus Enttäuschung über die Utopie des modernen Kapitalismus, der sein Versprechen nicht gehalten hat, im Rahmen des demokratischen Kräftespiels zu bewältigen, könnte die schwachen institutionellen Bindungen in der ehemaligen DDR überfordern. Denn die wachsende kognitive Mobilisierung, die dem alten SED-Regime Massenloyalität entzog und zu dessen Zusammenbruch führte, aus dem eine demokratische Befreiung hervorging, könnte auch ihre unliebsame

Kehrseite zeigen. Das auffällige Kennzeichen wäre eine große politische Entfremdung und Distanz dem Neuen gegenüber, die gesellschaftlich schwer steuerbar ist und Ausbrüche in Widerstand und Radikalität ebenso begünstigen könnte wie den Rückzug in Apathie. Die extrem niedrige Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen im Oktober 1990 gab davon bereits einen ersten Vorgeschmack, aber auch die jüngsten Kinderdemonstrationen in der ehemaligen DDR gegen den Golfkrieg, die deutlich auch Züge des Protests gegen den Westen, seine kapitalistischen Interessen und seinen zerstörerischen

Way of Life tragen. Umgekehrt ermöglichte im Westen das trotz gewisser Legitimationskrisen stabile Systemvertrauen in die Funktionsfähigkeit des Staates und seiner Institutionen die Weiterentwicklung politischer Emanzipation, nämlich ein größeres Maß an Wählerfluktuation und rationalem Wählerverhalten, mithin mehr Freiheitsgrade bei politischen Entscheidungen und damit mehr Demokratie. Allerdings kann diese in eine ungewünschte Richtung tendieren, wenn man an die Erfolge von NPD und Republikanern in der jüngeren Vergangenheit denkt.

IV. Demokratieverständnis

Mit der demokratischen Umerziehung nach dem Zweiten Weltkrieg sollten die Westdeutschen nicht nur lernen, die demokratischen Institutionen formal zu akzeptieren und sie damit stabil in der Gesellschaft zu verankern. Vielmehr sollte auch ein kultureller Wandel die innere Verfassung Deutschlands demokratisieren. Zur Debatte stand nicht nur, ob sich die Bonner Republik auf einen breiten demokratischen Konsens stützen können, sondern vielmehr, welche Demokratie sich in der Bundesrepublik entwickeln würde. Wie die Nachfolgegenerationen der westdeutschen Studentenbewegung für sich in Anspruch nehmen, eine neue demokratische Qualität erkämpft zu haben, so verweisen auch die ostdeutschen Revolutionäre vom Herbst 1989 auf ihre demokratische Leistung, sich auf friedlichem Weg aus politischer Vormundschaft selbst befreit zu haben. Die Avantgarde der einen oder anderen Seite kann allerdings nicht repräsentativ sein für das Demokratieverständnis, das die Massen an den Tag legen.

Mit einer Skala von zehn Statements, die zum Teil international verwendet werden, wurde in Ost und West der Grad an Zustimmung zu Prinzipien der politischen Partizipation ermittelt. Die Positionen mischen basisdemokratische Demokratieverstellungen mit Modellen der Delegation von politischen Interessen und der Prinzipien der politischen Führung von (unwissenden) Massen durch (aufgeklärte, kompetente) Eliten. Lange bevor die Bevölkerung verbreitet und chancengleich Zugang zu Bildungseinrichtungen hatte und Ideen der sozialen Gleichheit und das Prinzip allgemeiner Wahlen sich durchgesetzt hatten, war ohne Frage das Elitenmodell Vorbild für die Organisation des politischen Prozesses. Das westdeutsche Grundgesetz verpflichtete sich aus den Erfahrungen mit der Weimarer Republik heraus auf das Prinzip der Repräsentation von politischen Interessen und ließ breite Volksbeteiligung nur bei Parlamentswahlen zu. Ba-

sisdemokratische Bewegungen, als die sich die GRÜNEN verstehen, haben an dieser Beschneidung politischer Mitsprache von Anfang an Kritik geübt.

Die Reaktionsmuster in Ost und West (vgl. Abbildung 3) sind auf den ersten Blick nicht vollkommen voneinander abweichend, aber auch nicht übereinstimmend. So erlangt die Befürwortung von Volksentscheiden ähnlich große Zustimmung wie das Delegationsprinzip. Am stärksten abgelehnt werden Forderungen nach Einschränkung der demokratischen Mitsprache, sei es aufgrund der komplexen Materie oder wegen mangelnder Information. Größere Unterschiede zwischen Ost und West ergeben sich bei vier Statements: Die Bürger der ehemaligen DDR sprechen sich häufiger für den Schutz von Minderheiten aus (weil sie sich vielleicht selbst als solche begreifen), befürworten allerdings auch häufiger Einschränkungen des Wahlrechts aufgrund mangelnder Information und halten auch das Führungsprinzip durch Eliten eher für angemessen. Die Westdeutschen betonen konsequenterweise stärker das Prinzip „One Man – One Vote“, ohne Ansehen der Person und ihrer Qualifikation.

Getrennt errechnete Faktorenanalysen widerlegen die durch den Kurvenverlauf suggerierte Vermutung, das Demokratieverständnis in Ost und West sei im Prinzip sehr ähnlich. Auch hier gibt es grundlegende Diskrepanzen zwischen den beiden Teilen Deutschlands, wenn auch eine wesentliche Übereinstimmung.

Die Demokratieverstellungen in der alten Bundesrepublik lassen sich auf drei voneinander unabhängige Perspektiven zurückführen, die sich um folgende Prinzipien des politischen Zusammenlebens bündeln: Führung, Delegation, Partizipation. Das Faktorenmodell deckt damit – in deutlicher Abgrenzung von einer Stufe zur anderen – die ganze Spanne der Demokratieentwicklung ab, von der

Abbildung 3: Einstellungen zur politischen Partizipation

Stimme zu (völlig/eher)

Bei allen wichtigen Fragen, die die Öffentlichkeit angehen, sollte es die Möglichkeit zu einem Volksentscheid geben.

Das beste für die Demokratie ist, wenn die Bevölkerung ihre politischen Anliegen und Interessen durch allgemeine Wahlen auf gewählte Vertreter überträgt.

Es darf nicht nur die Entscheidung der Mehrheit gelten. Was Minderheiten wollen, muß ebenfalls berücksichtigt werden.

Breite Beteiligung an politischen Entscheidungen führt oft zu unerwünschten Konflikten.

Politische Entscheidungen sollten im allgemeinen dem Urteil der Experten überlassen bleiben.

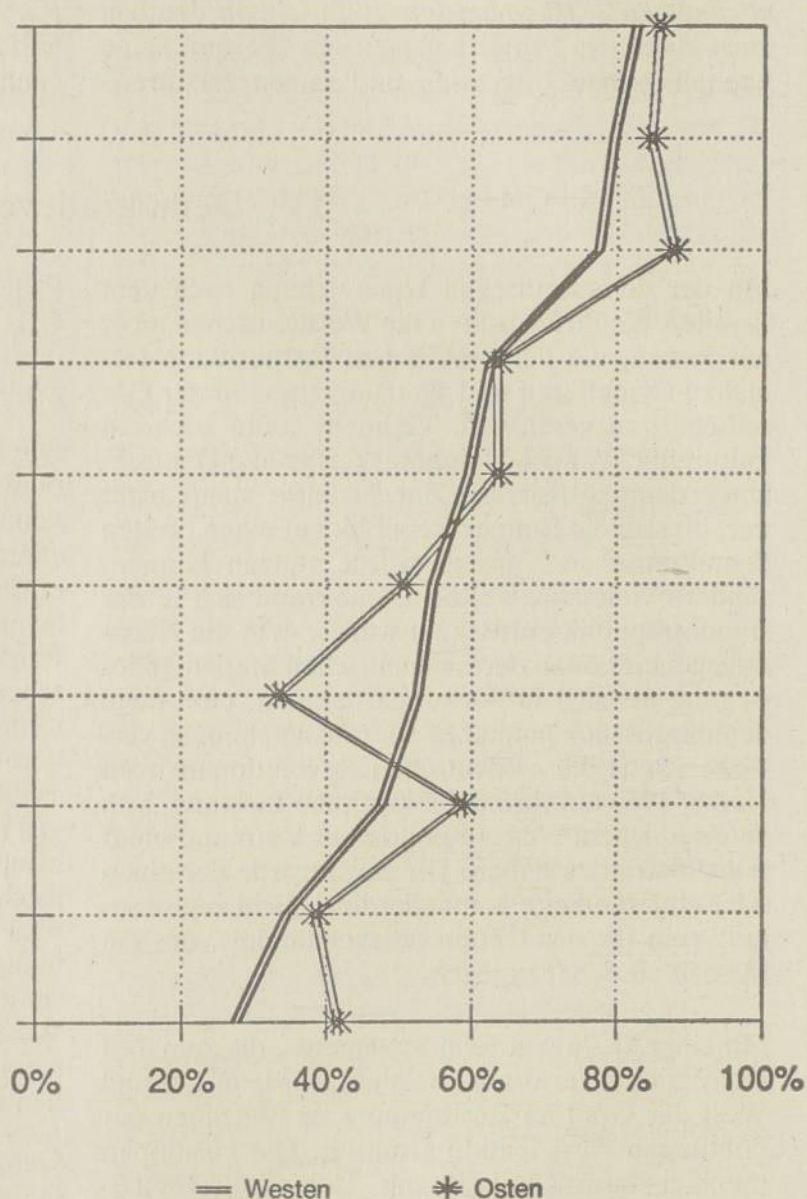
Das beste für die Demokratie ist, wenn die Leute ihre politischen Anliegen und Interessen selbst vertreten.

Das beste ist, jedem zu erlauben, an politischen Entscheidungen teilzunehmen, unabhängig davon, ob er die Probleme versteht.

Die Beteiligung des Volkes an politischen Entscheidungen ist so lange nicht erforderlich, wie die politische Führung fähig ist und das Vertrauen der Bevölkerung genießt.

Die Probleme unserer modernen Gesellschaft sind sehr schwierig. Daher sollte die Meinung des Volkes nur bei einfachen Dingen beachtet werden.

Nur wer vollkommen über ein Problem informiert ist, sollte wählen dürfen.



Quelle: infas Deutschland-Politogramm 38-41/1990.

Bevormundung durch Eliten (Klassen oder Stände) über die anwaltschaftliche Interessenvertretung hin zur demokratischen Mitbestimmung. Wer dem einen Demokratiemodell huldigt, lehnt die anderen ab und umgekehrt. Damit sind die Positionen der Westdeutschen klar abgesteckt.

Während in der Bundesrepublik drei historisch unterschiedliche Modelle abgebildet werden, nämlich Führungsprinzip, Delegationsprinzip und Mitsprache der Basis, sind es im Osten nur zwei: Dabei finden sich die Dimensionen Führung und Delegation auf einem einzigen Faktor. Offenbar gelten diese beiden Prinzipien als wünschenswert und mischen sich folglich. Die basisdemokratische Mitsprache ist jedoch als eigenständiger Faktor in beiden politischen Kulturen anzutreffen – ein Hinweis auf die Konvergenz von politischen Gruppen in beiden Teilgebieten Deutschlands, die eine solche demokratische Selbstbestimmung fordern und mit ihrem praktischen Beispiel durchgesetzt haben.

In der Tat finden die unterschiedlichen Demokratiekonzepte in den einzelnen politischen Lagern unterschiedlich starke Zustimmung, wie eine Analyse nach Parteianhängern zeigt. Dabei wurde für jeden Befragten errechnet, wie sehr er mit den einzelnen Faktoren übereinstimmt. Die Führung durch Eliten wird am nachhaltigsten von den westdeutschen GRÜNEN abgelehnt (vgl. Tabelle 1). In den Reihen der beiden großen Volksparteien gibt es ebensoviel Zustimmung wie Reserven gegenüber solchen veralteten Demokratievorstellungen, während FDP-Anhänger stärker die mittlere Position betonen. Das Repräsentationsmodell erfreut sich eines weitreichenden Konsenses bei CDU/CSU-, SPD- und GRÜNEN-Anhängern gleichermaßen. In diesem Fall streuen die Präferenzen der FDP-Sympathisanten stärker.

Die einzigen, die sich deutlich von dem gültigen Repräsentationsmodell distanzieren, sind bemerkenswerterweise Wahlberechtigte ohne parteipolitische Bindung, die damit ihre Skepsis gegenüber dem Etablierten zum Ausdruck bringen. Offen bleibt, ob die politische Praxis ihre Bindungsschwäche mitverursacht, oder ob sie aus Mißtrauen gegenüber den Parteien eine Interessendelegation für unzumutbar halten und sie deshalb verweigern. Die Forderung nach Plebiszit und Selbstvertretung schließlich ist in erster Linie ein Anliegen der GRÜNEN-Anhänger, während sich im Lager der übrigen Parteien Zustimmung und Reserve eher die Waage halten.

Auch im Osten (vgl. Tabelle 2) sind die Demokratie Modelle mit den politischen Lagern assoziiert. Hohe Zustimmung erfährt das Prinzip Führung durch Eliten und Delegation von Interessen bei den

Tabelle 1: Demokratieverständnis im Westen (Zustimmung in Prozent)

Anhänger von ...	Faktor 1: Führung durch Eliten		
	Hoch	Mittel	Niedrig
CDU/CSU	31	36	33
SPD	32	36	32
FDP	23	57	20
GRÜNE	7	39	54
Übrige	23	47	30
Anhänger von ...	Faktor 2: Repräsentation und Delegation von Interessen		
	Hoch	Mittel	Niedrig
CDU/CSU	27	45	28
SPD	34	42	24
FDP	33	31	36
GRÜNE	29	50	21
Übrige	12	37	50
Anhänger von ...	Faktor 3: Plebiszit und Selbstvertretung		
	Hoch	Mittel	Niedrig
CDU/CSU	24	43	33
SPD	36	36	28
FDP	31	36	33
GRÜNE	60	24	16
Übrige	30	50	20

Tabelle 2: Demokratieverständnis im Osten (Zustimmung in Prozent)

Anhänger von ...	Faktor 1: Führung durch Eliten und Delegation von Interessen		
	Hoch	Mittel	Niedrig
CDU/DSU	45	38	17
FDP	20	48	32
SPD	22	49	29
PDS	12	35	53
GRÜNE	7	27	66
Bündnis '90/ Neues Forum	13	31	56
Übrige	24	46	30
Anhänger von ...	Faktor 2: Plebiszit und Selbstvertretung		
	Hoch	Mittel	Niedrig
CDU/DSU	17	41	42
FDP	19	16	65
SPD	32	41	27
PDS	42	39	19
GRÜNE	31	54	15
Bündnis '90/ Neues Forum	51	37	12
Übrige	50	29	21

Quelle Tabellen 1 und 2: infas Repräsentativerhebung 9-10/1990.

CDU/DSU-Anhängern; überwiegend skeptisch wird es beurteilt von Anhängern der kleinen Oppositionsparteien PDS und Bündnis '90/GRÜNE, die sich mehr und mehr als genuine DDR-Opposition verstehen. SPD- und FDP-Anhänger liegen in der Mitte. Umgekehrt verhält es sich mit der Zustimmung zu basisdemokratischen Prinzipien. Die Anhänger von CDU/DSU, am stärksten aber die der FDP, lehnen diese Form demokratischer Mitsprache ab. Sie findet dagegen starke Resonanz in Kreisen der Bürgerbewegungsparteien sowie der PDS, aber auch bei den zahlreichen politisch Ungebundenen. GRÜNE in der DDR und Anhänger der SPD

reagieren mit ähnlichen Zustimmungsraten, wobei die Sozialdemokraten tendenziell etwas mehr Abneigung gegen eine basisdemokratische Praxis der Politik bekunden.

Größerer Partizipationsdruck geht also im Westen wie im Osten von den Anhängern der kleinen, oppositionellen Parteien aus, die sich durch diesen gemeinsamen Nenner wohl leichter zusammenfinden können als CDU, CSU, DSU, FDP und SPD, deren Anhänger in Ost und West recht unterschiedliche Demokratieerwartungen hegen.

V. Ost- und Westdeutschland im Vergleich

Zieht man aus den drei Parallelbefragungen in Ost und West ein Fazit, so sind mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten festzuhalten. Sie signalisieren einen gewissen Modernitätsvorsprung und eine größere Krisenfestigkeit der Westdeutschen. Auf der Ebene der gesellschaftlichen Werte ist der kulturelle Wandel in Richtung Postmaterialismus in der alten Bundesrepublik weiter fortgeschritten. Im Verhältnis zu den Institutionen fehlt es den Bürgern in Ostdeutschland großenteils an Vertrauen, das eine Voraussetzung für eine demokratische, im Westen weitgehend abgeschlossene Integration ist. Während in bezug auf demokratische Mitbestimmung die Politikalternativen in Westdeutschland als Ergebnis eines langandauernden demokratischen Diskurses klar profiliert sind, konkurrieren und vermischen sich in der ehemaligen DDR moderne Vorstellungen über die Demokratie noch stärker mit traditionellen Denkschemata über politische Führung. Sie stehen Forderungen nach mehr basisdemokratischer Mitsprache gegenüber, die insbesondere von den ehemaligen Trägern der Revolution und von der gewendeten PDS erhoben werden. So könnten sich in Ostdeutschland Konflikte innerhalb der Bevölkerung anbahnen, weil mittlere und vermittelnde Positionen fehlen.

Begegnen sich in der deutschen Einheit eine stabile, sich perfektionierende, besserwisserische Demokratie und ein unterlegenes, sozialistisches Politikexperiment, das ökonomisch, ökologisch und sozial versagt hat? Dessen Bürger sich gefallen ließen, daß sie politisch eingeschüchtert und terrorisiert wurden und die nun deshalb auch selbst Versager sind?

⁹⁾ Vgl. Werner Harenberg, Vereint und verschieden, in: SPIEGEL Spezial, (1991) 1, S. 12, 16.

¹⁰⁾ Vgl. infas, Repräsentativerhebung im Bundesgebiet, November 1990.

Aus der rechthaberischen und demütigenden Attitüde vieler Westdeutschen gegenüber ihren Landsleuten läßt sich eine solche Sichtweise unschwer ablesen. Sie prägt inzwischen auch ‚Underdog‘-Gefühle der Bevölkerung in der ehemaligen DDR. Ein Drittel der Westdeutschen pflichtete der Aussage bei, die Bürger der ehemaligen DDR würden noch für einige Zeit Bürger zweiter Klasse bleiben. Sogar 75 Prozent in der ehemaligen DDR hielten dieses Statement für richtig. Bei 16 von 20 Eigenschaften schätzten sich die Westdeutschen als die besseren Deutschen ein⁹⁾. 91 Prozent im Westen waren überzeugt, die Menschen im Osten könnten sehr viel (38 Prozent) oder wenigstens einiges (53 Prozent) von ihnen lernen. Sie selbst hielten umgekehrt nur zu 9 Prozent sehr viel bzw. zu 55 Prozent einiges an ihren Landsleuten für beherzigenswert¹⁰⁾. Selbst innerhalb der PDS/Linken Liste stehen sich West- und Ostdeutsche, Berichten vom jüngsten Berliner PDS-Parteitag zufolge, fremd und mißtrauisch gegenüber, weil sie unüberwindliche kulturelle Barrieren verspüren¹¹⁾. Der Vorsitzende Gregor Gysi prägte den Begriff von den westdeutschen Besatzer-Allüren. Eine Frau bekannte in einem Interview, sie sei es satt, ständig von den Westdeutschen zu hören: „Ihr müßt alle noch viel lernen“.

Keine Frage, Ost- und Westdeutschland trennen heute große Mentalitätsunterschiede, die sich krisenhaft zuspitzen und das demokratische Zusammenleben gefährden können. Eine weitere Phase demokratischer und emotionaler Erziehung steht bevor, die die Deutschen — angesichts der Weltlage — wohl kaum noch introvertiert unter sich allein ausmachen werden.

¹¹⁾ Vgl. Carl Christian Kaiser, Tiefe Risse am Rande, in: Die Zeit, Nr. 6 vom 1. Februar 1991, S. 13.

Konsequenzen einer bundesweiten Kandidatur der CSU bei Wahlen

Eine in die unmittelbare Vergangenheit gerichtete Prognose

I. Fragestellung und Materialgrundlage

Es kann kein Zweifel daran bestehen: Durch die Wiedervereinigung hat die CSU auf Bundesebene politisch an Gewicht verloren. Dies wurde bereits am Abend der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl deutlich, als sich herausstellte, daß die CSU bundesweit nur 7,1 Prozent der gültigen Stimmen erhalten hatte. Im Jahre 1987 waren es (auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik) noch 9,8 Prozent gewesen. Damit wurde sie von der FDP deutlich überflügelt, der es gelang, ihren Stimmenanteil von 9,1 auf 11 Prozent zu steigern.

Selbst wenn sie in Bayern nicht so viele Stimmen verloren hätte (sie schnitt dort um 3,3 Prozentpunkte schlechter ab als 1987), wäre unter sonst gleichen Umständen¹⁾ allein durch die Vergrößerung des Bundestags um 160 Abgeordnete ihr Mandatsanteil um etwa ein Viertel gesunken. Wären 1990 nicht so viele Wählerstimmen wegen der Sperrklausel von der Mandatsverteilung ausgeschlossen worden, läge der Anteil der CSU-Abgeordneten aufgrund des deutlich zurückgegangenen Wähleranteils ihrer Partei in dieser Legislaturperiode sogar noch niedriger als 7,7 Prozent. Er nahm jedoch aufgrund der vielen nicht in die Mandatsverrechnung einbezogenen Stimmen „nur“ um rund 22 Prozent ab. Das geringere bundespolitische Gewicht der CSU schlug sich prompt im Ergebnis der Koalitionsverhandlungen nieder, an deren Ende die CSU nicht nur einen Ministerposten an die FDP verlor, sondern auch zwei allgemein als wichtiger empfundene gegen zwei weniger wichtige Ministerien eintauschen mußte.

¹⁾ Damit ist ein in etwa gleichgroßer Anteil von Wählerstimmen wie 1987 gemeint, die aufgrund der Fünfprozentklausel nicht in die Mandatsverteilung einbezogen werden. Der Anteil der aus diesem Grund nicht einbezogenen Stimmen war jedoch 1990 aufgrund des Scheiterns der westdeutschen GRÜNEN sowie der Republikaner, die knapp eine Mio. Stimmen erhielten, mit 3,7 Mio. gut zweieinhalbmal höher als 1987.

Dieser Bedeutungsverlust war bereits im Frühjahr und Frühsommer 1990 von der Parteiführung der CSU prognostiziert worden. Die Frage möglicher Gegenstrategien wurde zunächst im CSU-Parteivorstand, dann aber zunehmend auch in der Öffentlichkeit diskutiert, wobei sich eine Gruppe um Minister Stoiber und den damaligen Staatssekretär Gauweiler für eine bereits vor Jahren von Franz Josef Strauß ins Spiel gebrachte bundesweite Kandidatur der CSU aussprach, während eine andere Gruppe um den Parteivorsitzenden Waigel und Generalsekretär Huber angesichts der absehbaren politischen Kosten eines solchen Schrittes für eine Unterstützung der DSU in den östlichen Bundesländern plädierte, die als inoffizieller CSU-Ableger das Gewicht der Partei im kommenden Gesamtdeutschland vergrößern helfen sollte. Bekanntlich hat sich die zweite Linie durchgesetzt. Durch das Scheitern der DSU bei den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern und der ersten gesamtdeutschen Wahl kam es dennoch zu dem befürchteten Bedeutungsverlust der CSU.

Im folgenden wird in Form eines fiktiven Gutachtens, d. h. einer wahlsoziologischen Analyse ohne Auftraggeber, Financier und Abnehmer untersucht, was eine bundesweite Kandidatur der CSU im Jahre 1990 erbracht hätte. Insbesondere wird geprüft, mit welchem Zugewinn, falls überhaupt, zu rechnen gewesen wäre, wo mögliche Gewinne und Verluste der beiden Schwesterparteien aufgetreten wären, welche Konsequenzen eine CDU-Kandidatur für die Position der CSU innerhalb Bayerns gehabt hätte und worin sich die Wähler der beiden miteinander konkurrierenden christlichen Parteien unterschieden hätten. Abschließend wird im Lichte einiger zusätzlicher partei- und organisationssoziologischer Überlegungen abgewägt, ob eine bundesweite Kandidatur der CSU zu dem gewünschten Ergebnis geführt hätte oder ob angesichts der nicht intendierten Konsequenzen dieses Schrittes

die bedingte Empfehlung²⁾ angebracht gewesen wäre, lieber zum damaligen Zeitpunkt auf eine Ausweitung der CSU über die Grenzen Bayerns hinaus zu verzichten.

Die nachstehende Analyse stützt sich auf die Daten einer Umfrage, die im Frühjahr 1990 im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projektes über „Erklärungsmodelle von Wählerverhalten“ auf dem Gebiet der (damaligen) Bundesrepublik einschließlich West-Berlins durchgeführt worden ist. Es handelt sich um eine Zufallsstichprobe von

insgesamt 2 003 deutschen Staatsbürgern über 18 Jahren, von denen rund 1 850 in die Auswertung für diese Untersuchung gelangten. Die Umfrage wurde vom Bielefelder EMNID-Institut getätigt. Innerhalb des üblichen statistischen Fehlerpielraums können die Daten dieser Umfrage als repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung der alten Bundesländer und West-Berlins angesehen werden. Eine analoge Untersuchung auf dem Gebiet der neuen Bundesländer wird zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Studie durchgeführt.

II. Parteipolitische Verschiebungen bei einer Ausdehnung der CSU

Für eine Ausdehnung der CSU über Bayern hinaus sprach nach Ansicht der Befürworter die tendenziell zutreffende Befürchtung, daß eine auf Bayern beschränkte CSU im vereinten Deutschland zwangsläufig an Gewicht verlieren müßte. Zwar würde sie auf absehbare Zeit nicht in Gefahr geraten, an der Sperrklausel des Bundeswahlgesetzes zu scheitern, da es ihr immer möglich sein sollte, mit Hilfe ihrer Direktmandate als Partei selbst dann in den Bundestag einzuziehen, wenn sie einmal – deutschlandweit – unter fünf Prozent der gültigen Stimmen geraten sollte; doch wäre selbst bei steigenden Stimmenanteilen in Bayern ihr Mandatsanteil im vergrößerten gesamtdeutschen Bundestag zwangsläufig beträchtlich geringer als bisher. Die Protagonisten einer bundesweiten Kandidatur argumentierten, daß die CSU zusammen mit der CDU bundesweit mehr Stimmen mobilisieren könne als dies beim jetzigen Gebietsmonopol beider Parteien der Fall sei. Zugunsten dieser Position spreche, so das Argument weiter, daß eine deutschlandweit kandidierende CSU das christlich-konservative und nationalkonservative Lager besser abdecke, als dies die CDU zur Zeit vermag, da sich die CSU derzeit als umfassende – wenn auch auf Bayern begrenzte – Volkspartei in ihrer Programmatik und praktischen Politik stärker an den Wählern der Mitte und der rechten Mitte orientieren müsse. Es erscheine mehr als plausibel, daß im Falle einer Ausdehnung die Republikaner auch in

Bayern nicht mehr in der Lage wären, so viele nationalkonservative und protestorientierte Wähler zu mobilisieren wie bisher, was wiederum die CSU stärken könnte.

Im Gegenzug sei eine auf dem konservativen Flügel gewissermaßen durch die CSU entlastete CDU in der Lage, sich intensiver um die liberale und liberalchristliche Klientel zu kümmern, was im Klartext vermutlich zu einer Durchsetzung der in der Öffentlichkeit als Geißler-Süssmuth-Linie apostrophierten Öffnung der Partei zur linken Mitte führen würde. Der Hauptleittragende wäre voraussichtlich die FDP, die dann auch bundesweit Schwierigkeiten hätte, die Fünfprozenthürde zu überspringen. Sie würde, so das Kalkül der Ausdehnungsbefürworter weiter, wohl längerfristig daran scheitern und allmählich mit ihrem sozialliberalen Flügel in der SPD, ihrem wirtschaftsliberalen in der CDU und ihrem nationalliberalen in der CSU aufgehen. Insgesamt würde folglich eine bundesweite Kandidatur der CSU zu einer stärkeren Ausschöpfung des liberalen, christlichen und nationalkonservativen Lagers durch die beiden Schwesterparteien führen. So plausibel diese Überlegungen zunächst klingen mögen, so unsicher ist doch ihre faktische Basis, wie sich im folgenden herausstellen wird.

In der genannten Umfrage wurden die Untersuchungspersonen unter anderem nach ihrem Verhalten im Falle einer bundesweiten Kandidatur der CSU (und, im Gegenzug, einer Kandidatur der CDU innerhalb Bayerns) befragt³⁾. Tabelle 1 zeigt, daß die beiden Unionsparteien zusammen im

²⁾ Als bedingt wird eine Empfehlung verstanden, in der sich der Gutachter nicht die Werte seiner Auftraggeber zu eigen macht, sondern ihre Gültigkeit lediglich hypothetisch unterstellt. Eine solche bedingte Empfehlung hat die Form: „Wenn Sie das und das erreichen wollen, müssen Sie unter den gegebenen Bedingungen dieses oder jenes unternehmen, was möglicherweise bestimmte, nicht intendierte Konsequenzen haben wird . . . Ob Sie unter diesen Umständen an Ihrem Vorhaben festhalten, können nur Sie entscheiden.“ Zu mehr als solchen, bedingten Empfehlungen sind empirische Gutachten nicht in der Lage.

³⁾ Diese Frage lautete: „Wenn die CSU bei der kommenden Bundestagswahl bundesweit kandidieren würde, dann wäre die CSU auch außerhalb Bayerns, die CDU wiederum in Bayern wählbar. Welche Partei würden Sie unter diesen Voraussetzungen bei der nächsten Bundestagswahl, also im Dezember 1990, wählen?“

Tabelle 1: Die Stärke von CDU und CSU im (alten) Bundesgebiet im Falle des Status quo und einer bundesweiten Kandidatur der CSU sowie einer Kandidatur der CDU innerhalb Bayerns (Angaben in Prozent)

	CSU kandidiert nur in Bayern	CSU kandidiert auch außerhalb
CDU	35	37
CSU	10	11
Union insgesamt	45	48

Lesehilfe: Im Falle des Status quo hätte die CDU bundesweit rund 35 Prozent der Stimmen erhalten, die CSU rund 10 Prozent. Im Falle einer bundesweiten Kandidatur wäre die CDU auf 37 Prozent, die CSU auf 11 Prozent gekommen.

Quelle: Eigene Repräsentativumfrage unter der wahlberechtigten Bevölkerung der alten Bundesländer einschließlich West-Berlins aus dem Frühsommer 1990 mit insgesamt 2 003 Befragten.

Tabelle 2: Die Stärke von CDU und CSU innerhalb und außerhalb Bayerns im Falle einer bundesweiten Kandidatur der CSU und einer Kandidatur der CDU innerhalb Bayerns (in Prozent)

	in Bayern	außerhalb Bayerns
CDU	23	40
CSU	41	4
Union insgesamt	64	44

Lesehilfe: Innerhalb Bayerns würde die CDU rund 23 Prozent, die CSU ca. 41 Prozent der Stimmen erzielen. Außerhalb Bayerns läge der CDU-Anteil bei 40 Prozent, der CSU-Anteil bei 4 Prozent.

Quelle: Vgl. Tabelle 1.

Falle einer bundesweiten Kandidatur der CSU um die 48 Prozent der gültigen Stimmen erhalten hätten, im Falle des Status quo dagegen nur rund 45 Prozent. Was zunächst wie ein kleiner Stimmengewinn des Unionslagers aussieht, ist jedoch nur mit gewagten Zusatzannahmen als eine Erweiterung des Stimmenpotentials zu deuten, denn die Vertrauensintervalle beider Werte überlappen sich aufgrund des statistischen Fehlers, der solchen Zufallsstichproben notwendigerweise anhaftet. Weiter weisen die Werte (vgl. Tabelle 1) darauf hin, daß sich auch bei einer Expansion der CSU über die bayerischen Grenzen hinaus die Gewichte zwischen den beiden C-Parteien nicht nennenswert verschieben dürften. In beiden Fällen würde die CSU ein knappes Viertel aller Unionsstimmen umfassen.

Dies deutet auf ein sogenanntes Nullsummenspiel hin, in dem der eine Partner immer nur so viel gewinnen kann, wie der andere verliert. Daß diese Vermutung zumindest der Tendenz nach zutrifft, belegt Tabelle 2, in der die Stärke von CDU und CSU für den Fall einer bundesweiten Kandidatur beider Parteien innerhalb und außerhalb Bayerns

wiedergegeben wird. Es zeigt sich, daß es der CSU durchaus gelingen könnte, auch außerhalb Bayerns Fuß zu fassen, der Preis dafür wäre jedoch ein deutlicher Rückgang innerhalb Bayerns, von dem in erster Linie die bayerische CDU profitieren würde. Etwa ein Drittel der bayerischen Unionsstimmen entfielen unserer Umfrage zufolge auf die CDU. Dagegen würde die CSU außerhalb Bayerns (zumindest in den alten Bundesländern) nur rund zehn Prozent der Unionsstimmen auf sich vereinen.

Das Süd-Nord-Gefälle der CSU-Stimmen ist unübersehbar: Nördlich der Mainlinie erhielte die CSU nur sehr niedrige Stimmenanteile. Nur in Süd- und Südwestdeutschland hätte sie, wie Tabelle 3 belegt, wohl eine gewisse Chance, bei Landtagswahlen über die Fünfprozenthürde zu kommen. In den norddeutschen Küstenländern, aber auch im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen, wären ihre Aussichten, in den Landtag einzuziehen, dagegen äußerst gering. Aus der Perspektive der alten Bundesländer läge ihr Schwergewicht nach wie vor in Bayern, von wo auch nach einer bundesweiten Ausdehnung der Partei über

Tabelle 3: Der Anteil tatsächlicher und präsumtiver CDU- und CSU-Wähler in den alten Bundesländern (in Prozent)

	CDU und CSU kandidieren bundesweit		CSU kandidiert nur in Bayern (Status quo)	
	CSU	CDU	CSU	CDU
Schleswig-Holstein/Hamburg/(West-)Berlin	4	39	—	38
Niedersachsen/Bremen	1	48	—	49
Nordrhein-Westfalen	3	34	—	35
Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland	7	47	—	49
Baden-Württemberg	5	38	—	40
Bayern	41	23	57	—
Bund insgesamt	11	37	10	35

Quelle: Vgl. Tabelle 1.

Tabelle 4: Der Anteil tatsächlicher und präsumtiver CDU- und CSU-Wähler in den bayerischen Landes- teilen (in Prozent)

	CDU und CSU kandidieren beide in Bayern			CSU kandidiert nur in Bayern (Status quo)
	CSU	CDU	CSU+CDU	CSU
Altbayern	39	26	65	58
Neubayern	43	20	63	57
Bayern insgesamt	41	23	64	57

Anzahl der Befragten in Bayern: 344.

Quelle: Vgl. Tabelle 1.

zwei Drittel ihrer Wähler kämen. Unter Berücksichtigung der neuen Bundesländer, für die demnächst analoge Ergebnisse vorliegen werden, würde sich das Gewicht stärker zugunsten der außerbayerischen Gebiete verschieben, falls die CSU dort ein umfangmäßig ähnliches Potential mobilisieren könnte wie in Westdeutschland. Eine solche Entwicklung würde nicht ohne Rückwirkungen auf den Charakter und die Politik der CSU bleiben. Wir werden darauf, ebenso wie auf den ebenfalls aus Tabelle 3 ersichtlichen Verlust der Mehrheitsposition der Partei innerhalb Bayerns, am Ende dieser Analyse zurückkommen.

Innerhalb Bayerns deutet, wie Tabelle 4 zeigt, einiges darauf hin, daß eine getrennte Kandidatur von

CSU und CDU zwar zu erheblichen Einbußen der CSU führen würde, daß aber beide Unionsparteien zusammen sich möglicherweise noch einmal leicht gegenüber dem jetzigen Stand steigern könnten. Unsere Umfrageergebnisse erlauben den vorsichtigen Schluß⁴⁾, daß das Unionspotential innerhalb Bayerns größer ist als das der CSU allein. Erstaunlicherweise scheint dabei die CDU in den drei altbayerischen Regierungsbezirken sogar etwas besser abzuschneiden als in den Neubayerischen Gebie-

⁴⁾ Angesichts der sehr niedrigen Befragtenzahlen in Bayern ist der Stichprobenfehler so groß, daß die wahren Bevölkerungswerte für die (alte) CSU und die beiden Unionsparteien durchaus zusammenfallen können.

Tabelle 5: Die parteipolitische Herkunft der neuen CSU- und CDU-Wähler

	in Prozent	CDU	CSU	SPD	FDP	GRÜNE	Repub.	Sonst.	Nichtw.
Außerhalb Bayerns									
CSU (neu)	100	74	—	16	0	1	6	0	2
CDU (neu)	100	95	—	1	1	+0	+0	+0	1
Innerhalb Bayerns									
CSU (neu)	100	—	92	7	0	0	1	0	1
CDU (neu)	100	—	93	2	2	0	0	0	3
Bund insgesamt									
CSU (neu)	100	32	55	9	0	+0	3	0	1
CDU (neu)	100	92	3	1	1	+0	+0	+0	2

Reihenprozent. Lesehilfe: von 100 CSU-Wählern außerhalb Bayerns kommen knapp 75 Prozent von der CDU, 16 Prozent von der SPD, 6 Prozent von den Republikanern. +0: Einige Befragte, jedoch weniger als 0,5 Prozent der jeweiligen Gruppe, geben an, im Falle einer bundesweiten Kandidatur der CSU für die CDU stimmen zu wollen.

Quelle: Vgl. Tabelle 1.

ten⁵⁾. In beiden Landesteilen könnte sie sich voraussichtlich auf rund ein Viertel bis ein Fünftel der Wähler stützen und würde so zwangsläufig zum Dauerkoalitionspartner der CSU auf Landesebene⁶⁾.

Es ist zu fragen, welche Parteien besonders von einer bundesweiten CSU-Kandidatur betroffen wären. Regional verlaufen die CSU-Zugewinne und CDU-Verluste außerhalb Bayerns sowie die CDU-Gewinne und CSU-Verluste innerhalb Bayerns weitgehend parallel. Um auf der Ebene der einzelnen Wähler die vermutlichen Stimmenabflüsse und -gewinne zu ermitteln, bietet es sich an, die in Anmerkung 3 zitierte Fragestellung mit der nach dem Stimmverhalten, wenn demnächst Bundestags-

wahlen stattfänden (der üblichen Wahlsonntagsfrage also), zu kreuzen. Dies geschieht in Tabelle 5.

Aufgrund des von Franz Josef Strauß geprägten Bildes der CSU in der Öffentlichkeit könnte man vermuten, daß sich innerhalb Bayerns eine Reihe von SPD- und wohl auch FDP-Wählern der neugegründeten bayerischen CDU anschließen würden. Denn für viele Liberalkonservative dürfte die CSU wegen ihres betont christlich-konservativen Kurses und ihrer Politik des starken Staates bisher nicht wählbar gewesen sein. Ihnen bliebe innerhalb Bayerns gar nichts anderes übrig, als nicht zur Wahl zu gehen oder der SPD, FDP oder einer der anderen kleineren Parteien die Stimme zu geben. So plausibel diese Überlegung zunächst erscheinen mag, so wenig stimmt sie mit unseren Daten überein: Nur jeder fünfzehnte bayerische Befragte mit CDU-Wahlabsicht im Falle einer bundesweiten CSU-Kandidatur optierte bei der „normalen“ Wahlsonntagsfrage für die SPD oder die FDP oder gab sich als Nichtwähler zu erkennen. Über 90 Prozent dagegen bezeichneten sich als CSU-Wähler. Von den übrigen Parteien gab es nach unseren Umfrageergebnissen überhaupt keinen Wechsel zur neuen bayerischen CDU. Im Gegenzug würden kaum Anhänger der Republikaner (die jedoch bezeichnenderweise in der Umfrage sehr viel schwächer vertreten waren, als sie bei den Wahlen im Herbst tatsächlich abschnitten), wohl aber einige SPD-Wähler zur CSU stoßen — ein Ergebnis, das mit der skizzierten Überlegung

⁵⁾ Als „altbayerisch“ bezeichnet man die Landesteile, die bereits zu Zeiten des Heiligen Römischen Reiches zu Bayern gehörten, das sind die heutigen Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz, als „neubayerisch“ dagegen die Landesteile, die erst nach der Säkularisation bzw. dem Wiener Kongreß an Bayern fielen, also die Regierungsbezirke Ober-, Mittel- und Unterfranken sowie Schwaben.

⁶⁾ Daß ein Teil der bayerischen CSU-Wähler in Wirklichkeit verkappte CDU-Wähler sind, belegen neben den Ergebnissen einer weiteren, von S. Schumann im Herbst 1990 in Bayern durchgeführten postalischen Befragung auch die nachstehenden, anhand der kumulierten Politbarometer 1989/90 der Forschungsgruppe Wahlen berechneten Parteiidentifikationswerte der insgesamt 1 349 CSU-Wähler, von denen immerhin knapp 10 Prozent sich nicht mit der CSU, sondern der CDU identifizierten und weitere knappe 15 Prozent sich als längerfristige Anhänger von CDU und CSU gemeinsam zu erkennen gaben.

von den verhinderten bayerischen Christdemokraten schlecht zusammenpaßt. Derartige unerwartete Resultate machen einen nicht geringen Teil des Charmes von Meinungsbefragungen aus.

Außerhalb Bayerns könnte man vermuten, daß verstärkt Anhänger der kleineren Parteien, vor allem der Republikaner, für die erstmals zur Wahl stehende CSU votieren würden. Knapp 10 Prozent der CDU-Wähler der Wahlsonntagsfrage würden unseren Ergebnissen zufolge CSU wählen; das wären rund drei Viertel aller außerbayerischen CSU-Anhänger. Etwa ein Siebentel käme von der SPD, die nach unserer Umfrage knapp 2 Prozent ihrer Anhänger an die CSU verlieren würde. Nur etwa jeder zwanzigste CSU-Wähler außerhalb Bayerns stammte von den Republikanern. Keinerlei Austauschbeziehungen träten zwischen der FDP und der Bundes-CSU auf. Dagegen könnte, was nicht ganz unplausibel erscheint, die CDU einige wenige Wähler von den Liberalen und der SPD abziehen. Es handelt sich hierbei jedoch um verschwindend

geringe Wähleranteile, die nicht nur prozentual sehr viel niedriger liegen, als von der Ausgangshypothese unterstellt wird, sondern auch wegen der äußerst geringen Fallzahlen in ihrer Aussagefähigkeit außerordentlich vorsichtig interpretiert werden sollten.

Als Fazit kann festgehalten werden, daß die Austauschbeziehungen zwischen den Parteien wahrscheinlich komplexer verlaufen würden als zunächst angenommen. Den Löwenanteil machten Verschiebungen innerhalb des Unionslagers aus. Es würden vermutlich keine nennenswerten Zugewinne der beiden C-Parteien zu Lasten der anderen politischen Lager auftreten. Wahrscheinlich käme nur jeder fünfte bis zehnte CSU-Neuwähler und sogar nur jeder zwanzigste neue CDU-Wähler von außerhalb des Unionslagers. Es scheint sich in der Tat um ein — zumindest approximatives — Nullsummenspiel zu handeln, das aus der Sicht der Union keinen eindeutigen Gewinner kennt.

III. Soziale und mentale Unterschiede zwischen den Anhängern einer „neuen“ CDU und CSU

Im nächsten Schritt des Gutachtens wird die Zusammensetzung der beiden präsumtiven Unionsklientelen sowie eventuelle Einstellungsunterschiede zwischen „neuer“ CSU und „neuer“ CDU untersucht. Hierdurch werden Hinweise darauf erhofft, welche Einflußfaktoren die Entscheidung von Unionsanhängern, der einen oder der anderen Partei die Stimme zu geben, bestimmen; zum anderen werden Indizien dafür erarbeitet, ob aufgrund der sozialen und mentalen Struktur ihrer Anhängerschaft die CSU wirklich verstärkt konservative, die CDU im Gegenzug liberalere Positionen einnehmen würde als bisher. Derartige Informationen könnten zugleich den Ausgangspunkt für eine gezielte Wählerpolitik der Parteien darstellen, also einen Fingerzeig dafür liefern, welche Gruppen man in Wahlkämpfen bevorzugt ansprechen und welche Positionen man gegebenenfalls prononciert vertreten sollte.

Zunächst wird ein Blick auf eventuelle sozialstrukturelle Unterschiede der beiden hypothetischen Unionswählerschaften geworfen, bevor mögliche Einstellungsunterschiede untersucht werden. Dabei sind verschiedene Vergleichsperspektiven denkbar, etwa die Konfrontation von (jeweils neuer) Bundes-CDU und -CSU, von neuer und alter CSU, neuer bayerischer und neuer außerbayerischer CSU, alter und neuer bayerischer CSU etc. Es erfolgt eine Konzentration auf die erstgenannte Perspektive,

also den Vergleich von Bundes-CSU und Bundes-CDU, um zu sehen, ob sich anhand sozialstruktureller und mentaler Unterschiede tatsächlich Hinweise für die aufgrund des Parteiimages und der symbolischen Politikdarstellung von CDU und CSU zu erwartende Ausdifferenzierung der Unionsanhängerschaft in eine eher katholisch-konservative und eine stärker liberal-konservative Richtung ergeben.

1. Sozialstrukturelle Unterschiede

Tabelle 6 enthält zwei Typen von Informationen: Zum einen bietet sie in den ersten beiden Wertespalten einen Vergleich zwischen der Anhängerschaft der (neuen) CDU und der (neuen) CSU im Bund; die Prozentuierung erfolgt hier spaltenweise. Zum anderen gibt sie die Affinität der verschiedenen Sozialgruppen zu beiden Parteien wieder, wobei die Prozentuierung in diesem Falle zeilenweise stattfindet. Uns interessiert zunächst nur die aus den ersten beiden Spalten abzulesende soziale Zusammensetzung der Anhänger beider Parteien.

Es zeigt sich, daß im Bundesdurchschnitt zwischen CDU (neu) und CSU (neu) nur relativ geringe sozialstrukturelle Unterschiede bestehen. Im Vergleich zu den CDU-Wählern erweist sich die CSU-Anhängerschaft als deutlich katholischer, doch bestehen hinsichtlich der Kirchenbindung ebensowe-

Tabelle 6: Die soziale Zusammensetzung von „neuer“ CDU und CSU und die Wahl der Unionsparteien durch die verschiedenen Sozialgruppen

	Prozent der Parteianhänger		Prozent der jew. Sozialkategorie		Anzahl der Befragten
	CSU (100)	CDU (100)	CSU	CDU	
<i>Altersgruppe</i>					
18–25 Jahre	6	13	2	34	257
25–45 Jahre	26	25	9	33	604
45–60 Jahre	38	30	14	41	447
60 und älter	30	32	13	44	473
<i>Konfession</i>					
evangelisch	24	38	6	32	735
katholisch	70	57	16	44	800
andere / keine	7	5	10	24	124
<i>Kirchgang</i>					
jeden/fast jeden Sonntag	24	22	17	52	253
ab und zu/an kirchl. Feiertagen	48	45	13	42	645
zu familiären Anlässen	21	24	7	29	497
nie	7	10	5	25	242
<i>Gewerkschaftsmitgliedschaft</i>					
ja	10	13	5	24	334
nein	90	87	12	40	1 309
<i>Schulabschluß</i>					
Hauptschule	51	51	10	35	889
Mittelschule	32	29	13	40	453
Höhere Schule/Universität	18	20	10	40	312
<i>Beruf</i>					
Selbständige, Freiberufler, Bauern	11	17	14	55	122
einfache Angestellte u. Beamte	28	21	11	32	394
qualifiz. Angestellte u. Beamte	36	31	13	36	424
un- und angelernte Arbeiter	9	10	9	33	138
Facharbeiter	16	16	9	28	287
<i>monatl. Haushaltsnettoeinkommen</i>					
bis 2 000 DM	15	17	10	37	243
2 000–3 000 DM	14	17	8	31	293
3 000–5 000 DM	48	36	14	33	572
über 5 000 DM	24	30	11	47	341
<i>Wohnorttyp</i>					
Dorf, Einzelgehöft	31	36	11	44	507
Klein- oder Mittelstadt	43	33	12	33	650
Großstadt	25	31	9	36	526
<i>Flüchtling/Heimatvertriebener</i>					
ja (selbst oder Eltern)	24	22	12	40	345
nein	76	78	10	36	1 322
Anzahl der Befragten	180	618	(11 Prozent)	(37 Prozent)	

Kleinere Abweichungen von 100 basieren auf Rundungsfehlern. Prozentuierung auf „gültige Stimmen“. Anzahl der Befragten jeweils ohne die Kategorien „Nichtwähler“, „Weiß nicht“ und „Keine Antwort“.

Quelle: Vgl. Tabelle 1.

nig signifikante Differenzen wie hinsichtlich der Gewerkschaftsmitgliedschaft, dem Schulabschluß, dem Beruf, dem Flüchtlingsstatus oder dem Alter. Signifikante Unterschiede zwischen beiden Gruppen treten lediglich noch in einzelnen Kategorien des Wohnorttyps und des Haushaltsnettoeinkommens auf. Diese Differenzen sind jedoch in erster Linie darauf zurückzuführen, daß etwa zwei Drittel der CSU-Anhänger aus Bayern stammen, wo deutlich mehr Katholiken und Bewohner von Klein- und Mittelstädten leben als im Durchschnitt der übrigen Bundesländer. Beschränkt man seinen Vergleich zwischen den beiden Unionsparteien auf die außer-bayerischen Gebiete der alten Bundesrepublik, was schon wegen der geringen Fallzahlen und abnehmenden statistischen Genauigkeit nicht durch eine eigene Tabelle dokumentiert wird, so verschwinden diese Unterschiede fast vollständig. Das gleiche gilt der Tendenz nach für einen Vergleich beider Parteien innerhalb Bayerns.

Daraus ergibt sich, daß von der sozialen Zusammensetzung der Anhänger her gesehen keine nennenswerten Differenzen zwischen den beiden Parteien auftraten. Dieses wird auch durch Tabelle 7 belegt, wo die Wähler der zwei Unionsparteien noch einmal nach der Überlagerung der wichtigsten Sozialmerkmale aufgegliedert sind, was sehr viel realitätsgerechter sein dürfte als die in Tabelle 6 erfolgte bloße Darstellung einfacher Zusammenhänge; denn kein Wähler ist *nur* Katholik oder Protestant, *nur* Arbeiter oder Selbständiger bzw. *nur* Mitglied einer Gewerkschaft oder Nicht-Mitglied, sondern er ist gleichzeitig Katholik, Arbeiter und Gewerkschaftsmitglied oder Protestant, Mittelschichtangehöriger und nicht Mitglied einer Gewerkschaft. Es zeigt sich, daß die Anhängerschaft von Bundes-CDU und Bundes-CSU auch bei stärkerer Untergliederung sehr ähnlich strukturiert sein würde. Die meisten Prozentpunktdifferenzen sind zu gering, um noch statistisch signifikant zu sein, und dort, wo etwas größere Differenzen auftreten wie etwa bei Mittelschichtangehörigen mit starker Kirchenbindung, sind diese vermutlich wieder auf das Übergewicht kirchentreuer Bayern unter den CSU-Wählern zurückzuführen⁷⁾.

Was die Affinität der unterschiedlichen Sozialgruppen zu beiden Parteien angeht, zeigen sich die üblichen, aus vielen Wahlstudien bekannten Muster der Unionsnähe und -ferne: Ältere Wähler stimmen

⁷⁾ Überdies ist die größte in Tabelle 7 auftretende Differenz von acht Prozentpunkten zwischen CSU- und CDU-Anhängern aus der Mittelschicht mit starker Kirchenbindung ebenfalls nicht signifikant. Denn die Werte beziehen sich auf eine relativ kleine Unterstichprobe, so daß bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent eine Überlappung beider Wertebereiche möglich ist.

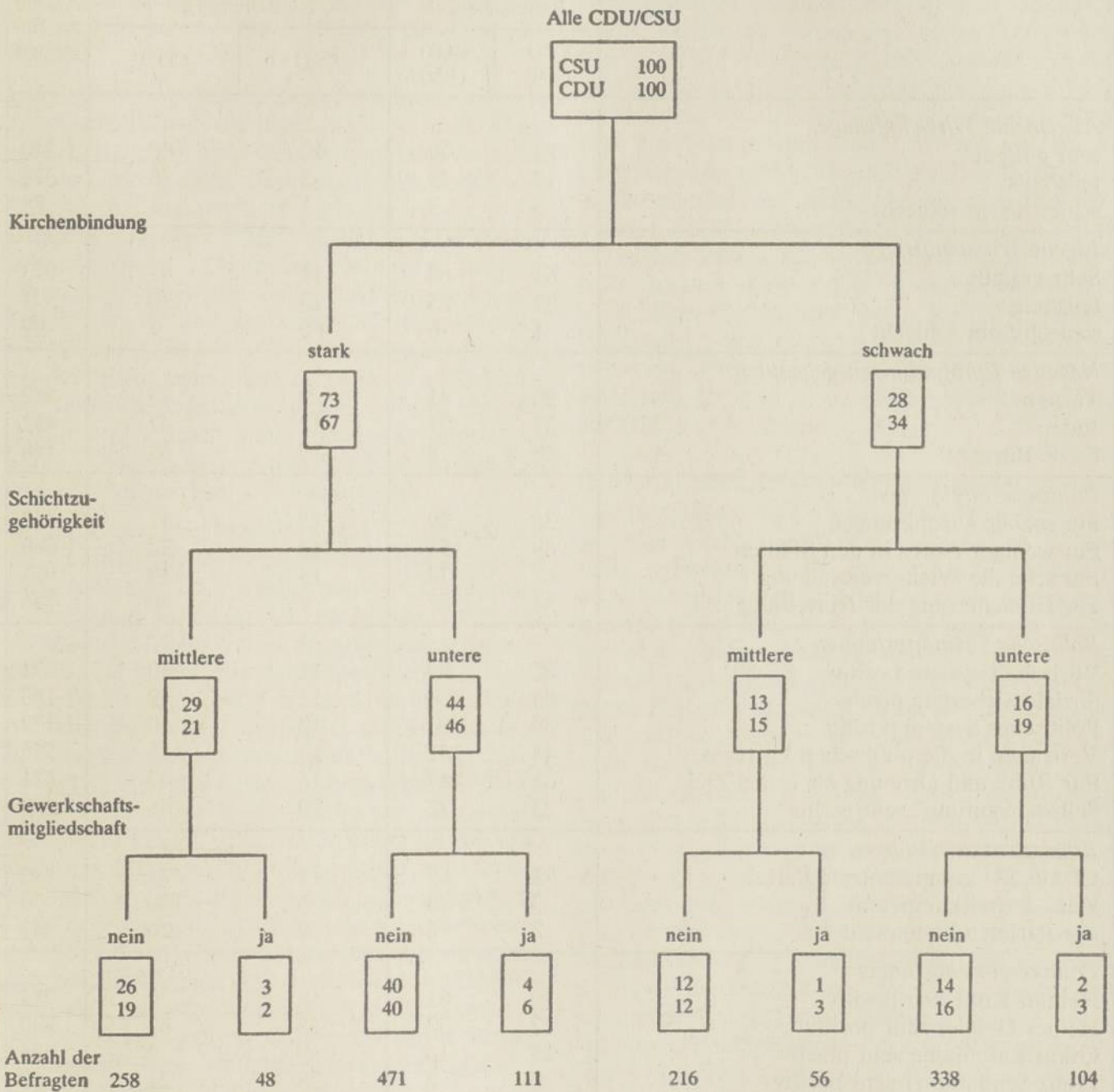
deutlich häufiger als jüngere Wähler für die CDU und CSU, wobei die relative Differenz zwischen den Altersgruppen im Falle der CSU sogar noch deutlich höher ist als bei der CDU; Katholiken votieren prozentual sehr viel stärker für die Unionsparteien als Protestanten, praktizierende Christen häufiger als nicht-praktizierende. Das gleiche gilt für Selbständige, Freiberufler und Bauern, die eine fast doppelt so starke Unionsaffinität äußern wie Facharbeiter, ebenso für besser und schlechter Verdienende, die stärker als Personen mit mittlerem Einkommen den C-Parteien zuneigen. Es versteht sich angesichts der nun schon über ein Jahrhundert bestehenden Konfliktlinien der deutschen Politik fast von selbst, daß Personen, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind, sehr viel häufiger CDU oder CSU wählen als Gewerkschaftsmitglieder. Die Affinität der einzelnen Sozialgruppen zur CDU und CSU unterscheidet sich somit, wie Tabelle 6 belegt, zwar in der Größenordnung, nicht jedoch hinsichtlich der jeweiligen Tendenz: Sozialgruppen, die überdurchschnittlich zur CDU neigen, tendieren dazu, auch der CSU überdurchschnittlich die Stimme zu geben und umgekehrt.

Als Fazit dieses Unterabschnitts läßt sich folglich festhalten, daß im Falle einer bundesweiten Kandidatur der CSU ein sozialstrukturell beschreibbarer Einbruch in die Kernklientel der jeweils anderen Unionspartei nicht stattfände. CDU wie CSU blieben auch bei einer Ausdehnung in das bisherige Monopolgebiet des anderen von der Zusammensetzung ihrer Anhänger her die Parteien, die sie jetzt sind. Indizien für einen größeren Konservatismus der CSU-Anhängerschaft und einen größeren Liberalismus der CDU-Wähler ergeben sich aus dem von uns durchgeführten Sozialstrukturvergleich nicht.

2. Einstellungsunterschiede zwischen CSU und CDU

Die soziale Lage des einzelnen scheint es folglich nicht zu sein, die für die (zunächst natürlich nur hypothetische) Entscheidung zugunsten der einen oder anderen Unionspartei den Ausschlag gibt. Sind vielleicht eher tiefgreifende Einstellungsunterschiede sozial ansonsten gleich gelagerter Personen für die Wahl der CSU oder CDU verantwortlich? Dieser Möglichkeit wird durch Blick auf eine Batterie von Einstellungen zur Wirtschaftslage, zu grundlegenden politischen Streitfragen, zu politischen Grundpositionen, zu prominenten Politikern und zum Image der Parteien nachgegangen. Dieses geschieht mit Hilfe von Tabelle 8, in der analog zur Aufgliederung von Tabelle 6 wiederum in den ersten beiden Spalten die Wähler von „neuer“ CDU und CSU hinsichtlich der ausgewerteten Einstel-

Tabelle 7: Die präsuntiven Wähler der CSU und der CDU nach ihrer Kirchenbindung, Schichtzugehörigkeit und Gewerkschaftsmitgliedschaft – ein Kontrastgruppenvergleich (Angaben in Prozent)



„Weiß nicht“, keine Antwort und Nichtwähler wurden ebenso wie in den vorangegangenen Tabellen proportional auf die einzelnen Parteien aufgeteilt.

Lesebeispiel: von 100 Befragten mit CSU-Wahlabsicht waren 26 kirchlich gebunden, Mittelschichtangehörige und nicht in einer Gewerkschaft, von den Befragten mit CDU-Wahlabsicht dagegen nur 19.

Tabelle 8: Politische Einstellungen von präsidentiven CDU- und CSU-Anhängern

	Prozent der Parteianhänger		Prozent des jeweiligen Einstellungstyps		Anzahl der Befragten
	CSU (100)	CDU (100)	CSU	CDU	
<i>Allgemeine Wirtschaftslage</i>					
sehr gut/gut	84	79	12	40	1 240
teils/teils	12	13	2	6	319
schlecht/sehr schlecht	3	3	1	1	35
<i>Eigene Wirtschaftslage</i>					
Sehr gut/gut	61	64	11	41	973
teils/teils	37	25	13	30	521
schlecht/sehr schlecht	1	6	+0	7	99
<i>Negative Empfindungen gegenüber</i>					
Türken	30	41	9	45	572
Juden	31	31	12	42	452
DDR-Bürgern	13	8	16	35	148
<i>Politische Streitfragen</i>					
Für soziale Einsparungen	38	29	15	41	432
Für weniger Autos in den Städten	69	55	12	32	1 069
Für schnelle Wiedervereinigung	67	74	13	48	951
Für Erleichterung der Abtreibung	31	37	7	30	746
<i>Politische Grundpositionen</i>					
Wirtschaftssystem positiv	83	89	11	40	1 371
Soziale Sicherung positiv	84	80	13	42	1 166
Politisches System positiv	80	84	12	43	1 177
Vertrauen in die politischen Parteien	44	41	14	45	556
Für Ruhe und Ordnung als erstes Ziel	51	47	15	47	611
Selbsteinstufung „sehr rechts“	23	22	20	66	208
<i>Kompetenzzuweisungen</i>					
CDU/CSU kompetenteste Partei	71	87	17	71	730
keine Partei kompetent	3	4	5	30	76
alle Parteien kompetent	2	2	9	26	47
<i>Politikereinschätzungen</i>					
Helmut Kohl sehr positiv	70	81	18	70	714
Heiner Geißler sehr positiv	27	32	15	62	320
Oskar Lafontaine sehr positiv	25	16	7	9	675
Franz Schönhuber sehr positiv	6	2	23	21	53
Theo Waigel sehr positiv	71	43	27	59	449
<i>Parteiorientierungen</i>					
Parteiidentifikation CSU	47	3	81	19	104
Parteiidentifikation CDU	20	82	7	91	552
„kompromißlos“ paßt zu CSU	18	11	13	27	244
„kompromißlos“ paßt zu CDU	10	24	6	49	294
„klare Verhältnisse“ paßt zu CSU	43	9	36	25	219
„klare Verhältnisse“ paßt zu CDU	34	72	10	70	636
beste Interessenvertretung für Frauen: CSU	22	4	46	29	85
beste Interessenvertretung für Frauen: CDU	17	37	11	82	277
Halte viel von der CSU	78	72	22	70	634
Halte viel von der CDU	69	89	17	73	742
Anzahl der Befragten	180	618	(11 Prozent) (37 Prozent)		

Quelle: Vgl. Tabelle 1.

lungsdimensionen miteinander verglichen werden, während die nächsten zwei Spalten die Affinität von Personen zu den beiden Unionsparteien wiedergeben, welche die jeweils aufgeführte Einstellung äußerten.

Hinsichtlich der Einschätzung der allgemeinen und der eigenen Wirtschaftslage bestehen ebenso wenig statistisch signifikante Unterschiede zwischen den beiden Unionswählerschaften wie hinsichtlich der politischen Grundpositionen und der meisten in der Umfrage angesprochenen politischen Streitfragen. Bemerkenswert ist sicherlich die nahezu perfekte Übereinstimmung der Selbsteinstufung als „sehr rechts“: Jeweils zwischen einem Viertel und einem Fünftel der CDU- und CSU-Anhänger trugen sich auf der elfstufigen Links-Rechts-Skala auf den drei am weitesten rechts liegenden Positionen ein. Insgesamt ergeben sich wenig Indizien für einen größeren Konservatismus oder gar eine grundlegend andere Weltsicht von CSU-Anhängern.

Bedeutsamere Unterschiede treten lediglich bei stark parteibezogenen Einstellungen auf. So stufen CSU-Anhänger im Vergleich zu den CDU-Anhängern Helmut Kohl deutlich weniger, ihren Parteivorsitzenden Theo Waigel dagegen sehr viel häufiger als sehr positiv ein, betrachten mehr CDU- als CSU-Wähler die Union als kompetenteste Partei für die Lösung der wichtigsten politischen Sachprobleme, identifizieren sich vier Fünftel der CDU-Anhänger mit ihrer Partei, während sehr viel weniger, nämlich nur etwa die Hälfte der präsumtiven CSU-Wähler, eine affektive Bindung an die CSU äußerten. Immerhin 20 Prozent der hypothetischen CSU-Wähler bezeichneten sich als längerfristige Anhänger der CDU. Auch bei den meisten anderen parteibezogenen Einstellungen ergeben sich deutliche, manchmal sogar sehr starke Unterschiede zwischen den Anhängern der beiden C-Parteien, z. B. bei der Frage, ob zur CDU oder zur CSU das Schlagwort „klare Verhältnisse“ besser passe.

Ein solches Ergebnis stellt eine eindrucksvolle neuerliche Bestätigung der Wichtigkeit des Merkmals „Parteibindung“ und damit verbundener parteibezogener Einstellungen für die Erklärung von Wählerverhalten dar. Wie groß die Bedeutung dieser Merkmalsgruppe für die Entscheidung zugunsten der CSU oder CDU wäre, belegt auch der perspektivisch etwas andere Blick auf die Affinität von

Personen mit bestimmten Einstellungspositionen zur einen oder anderen Unionspartei. Signifikante Abweichungen vom Durchschnitt aller Befragten treten, wie aus der dritten und vierten Wertespalte von Tabelle 8 abzulesen ist, fast ausschließlich bei den parteibezogenen Einstellungen auf. So gab mehr als ein Viertel der Befragten, die Theo Waigel sehr positiv einstufen, eine CSU-Wahlabsicht zu erkennen; das sind rund zweieinhalb mal mehr als im Durchschnitt der Stichprobe. Vier von fünf Personen mit CSU-Parteidentifikation wollten dieser Partei ihre Stimme geben. Schließlich kam die CSU bei Befragten, die der Ansicht waren, das Schlagwort „klare Verhältnisse“ passe zur CSU, auf eine Wahlabsicht von rund 36 Prozent. Die wenigen Personen, welche die CSU als die beste Interessenvertretung für Frauen einstufen, wollten sogar fast zur Hälfte CSU wählen.

Insgesamt schätzen CSU-Anhänger die CDU und CDU-Anhänger die CSU deutlich schlechter ein als ihre eigene Partei. Wird eine – zumindest tendenzielle – Rationalität des politischen Handelns unterstellt; wird ferner für einen Moment davon ausgegangen, daß Einstellungen und politische Präferenzen das Wahlverhalten bestimmen; wird schließlich unberücksichtigt gelassen, daß auch vorhergehende Verhaltensentscheidungen die Einstellungen aufgrund irrationaler Prozesse prägen können, dann dürfte es sich bei der Parteibindung und, Hand in Hand damit gehend, bei der Einschätzung der Leistungsfähigkeit von CDU und CSU sowie ihres Führungspersonals um den ausschlaggebenden Grund für die Entscheidung zugunsten der einen oder der anderen Unionsalternative handeln. Welche der beiden Parteien im Falle einer bundesweiten Kandidatur gewählt würde, hinge folglich weder von der sozialen Lage des einzelnen noch von seinen politischen Grundeinstellungen oder seiner Haltung gegenüber bestimmten politischen Streitfragen ab, sondern primär von dem Bild, das er sich von der jeweiligen Partei, ihrer Entschlossenheit und Handlungskompetenz, ihrem Führungspersonal und dessen Durchsetzungsfähigkeit macht⁸⁾.

⁸⁾ Dieses wird noch sehr viel deutlicher, wenn man sich auf die außerbayerischen CSU-Anhänger konzentriert, was jedoch angesichts der geringen Fallzahl dieser Gruppe bestenfalls in impressionistischer Manier geschehen kann.

IV. Schlußfolgerungen

Im Jahre 1990 stand die CSU im Zusammenhang mit dem Wiedervereinigungsprozeß vor der strategischen Grundsatzentscheidung, ob sie weiterhin auf Bayern begrenzt bleiben oder eine Ausdehnung über die Grenzen Bayerns hinaus anstreben sollte. Die vorliegende Untersuchung hat sich zum Ziel gesetzt, in einer Art retrospektivem, in die Vergangenheit hinein prognostizierenden Gutachten die Vor- und Nachteile eines solchen Schrittes aus der Perspektive der Wahlforschung zu analysieren. Als erste und wichtigste Frage war zu prüfen, ob überhaupt die Grundvoraussetzung eines solchen Schrittes, ein Anstieg der Wahlchancen der CSU durch eine außerbayerische Kandidatur, zutrifft. Daneben galt es, die Erfolgsaussichten einer CDU-Kandidatur in Bayern und damit die zu erwartenden Stimmenverluste der CSU in ihrem Stammland abzuschätzen. Diesen Problemstellungen wurde im Frühjahr 1990 mit Hilfe einer Umfrage unter den Wahlberechtigten der damaligen Bundesrepublik (einschließlich West-Berlins) nachgegangen, die neben der üblichen Wahlsonntagsfrage auch eine Frage nach der Wahl der CSU außerhalb Bayerns und der CDU innerhalb Bayerns im Falle einer bundesweiten Kandidatur der CSU enthielt.

Als Ergebnis kristallisierte sich heraus, daß außerhalb Bayerns keine nennenswerte Verbreitung der Unionsbasis erfolgt wäre. Die zu erwartenden CSU-Gewinne wären fast ausschließlich zu Lasten der CDU gegangen. Überdies wären sie durch die innerbayerischen Verluste der CSU an die CDU praktisch kompensiert worden. In Bayern wäre der Unionsanteil insgesamt möglicherweise leicht angewachsen. Allerdings sind die Prozentdifferenzen zwar optisch durchaus eindrucksvoll, statistisch aber sind sie nicht signifikant. Unzweifelhaft ist jedoch, daß die zugunsten der CDU auftretenden beträchtlichen CSU-Verluste ein sicheres Ende aller Chancen der Christlich-Sozialen auf absolute Mehrheiten bei künftigen bayerischen Landtagswahlen bedeuten würden. Die derzeitige CSU-Klientel würde sich etwa im Verhältnis zwei zu eins auf die CSU und die neue CDU aufteilen. Das würde wahrscheinlich einen CSU-Anteil in Bayern von etwas unter 38 Prozent und einen CDU-Anteil von rund 20 Prozent bedeuten. Eine Koalition aus CDU und CSU wäre damit unumgänglich. Sie besäße in Bayern zwar unzweifelhaft die realistische Chance einer dauerhaften sicheren Mandatsmehrheit, aber die CSU wäre nicht mehr *die* bayerische „Staatspartei“.

In den übrigen alten Bundesländern — aus den neuen Bundesländer liegen zum Zeitpunkt der Nie-

derschrift dieses Beitrags noch keine einschlägigen Umfragedaten vor — sprachen sich zwar vor einiger Zeit in einer Untersuchung der Forschungsgruppe Wahlen über 50 Prozent der Befragten für eine bundesweite Kandidatur der CSU aus; wählen jedoch würde sie nur jeder zwanzigste oder fünf- undzwanzigste Bürger. Der Stimmenanteil der CSU läge also vermutlich außerhalb Bayerns bei nur vier bis fünf Prozent. Da die außerbayerischen CSU-Wähler analog zu den bayerischen CDU-Wählern hauptsächlich aus dem Unionslager stammten, würde dies tendenziell eine Schwächung der CDU bedeuten. Denn bei Landtags- und wohl auch den meisten Kommunalwahlen würde die CSU nördlich des Mains nur relativ geringe Chancen haben, aus eigener Kraft die Fünfprozenthürde zu überwinden. Sie würde zum Beispiel in den norddeutschen Küstenländern, voraussichtlich aber auch in Nordrhein-Westfalen, nicht in den Landtag einziehen. Die bei solchen Wahlen für sie abgegebenen Stimmen gingen dem Unionslager mithin verloren. Überdies würde wahrscheinlich der erwartete Effekt einer Schwächung von FDP und SPD nicht eintreten, so daß die Grundvoraussetzungen für eine außerbayerische Kandidatur der CSU zumindest in den alten Bundesländern nicht hinreichend erfüllt wären.

Die weitere Analyse hat gezeigt, daß sich die Anhängerschaften der beiden Unionsparteien bundesweit weder sozialstrukturell noch weltanschaulich nennenswert unterscheiden dürften. Die Übereinstimmung zwischen den beiden Unionsklientelen ist geradezu verblüffend. Differenzen bestehen praktisch nur im Bereich der Parteibindungen und Parteiwahrnehmungen, d. h. im Bereich der zugeschriebenen Parteieigenschaften. Damit ist auf der Anhängerebene weder eine soziale noch eine mentale Basis für einen Rechtsruck der CSU oder einen Linksruck der CDU gegeben. Als Konsequenz für die Wählerpolitik der beiden Unionsparteien würden aller Voraussicht nach die Wahlkämpfe — mit den üblichen Spannungen und Verwerfungen — vor allem gegeneinander geführt werden müssen; es würde um das gleiche Wählerpotential gerungen, ohne daß die Union insgesamt nennenswert zunähme.

Eine bundesweite Kandidatur der CSU müßte überdies zu erheblichen organisatorischen Friktionen führen: Ganze Orts- und Kreisverbände der CSU würden sich nahezu geschlossen der bayerischen CDU angliedern. Im übrigen Bundesgebiet erfolgte mit umgekehrten Vorzeichen ein Einbruch der CSU in die CDU-Organisationsstruktur. Ohne

eine detaillierte, aufeinander abgestimmte Vorarbeit beider Parteien müßte eine solche gegenseitige Landnahme zunächst einmal zu einer Lahmlegung der Parteiarbeit in weiten Gebieten führen. Selbst dann wäre es fraglich, ob beide Parteien, vor allen Dingen aber die prozentual erheblich stärker in Mitleidenschaft gezogene bayerische CSU, angesichts der Abwanderung wichtiger Eliten zum christdemokratischen Konkurrenten, eines zumindest teilweisen Verlustes ihrer Großstadtbasis und einer organisatorischen Ausdünnung in ganzen Regionen, diesen Schritt unbeschadet überstehen könnte.

Schließlich wäre zu bedenken, daß eine über Bayern hinausgreifende CSU notwendigerweise einen Teil ihrer bayerischen Identität verlieren müßte, die nicht zuletzt ihre Stärke ausmacht. Außerbayerische Kräfte würden schnell auf der Wähler- und Führungsebene der Partei an Gewicht gewinnen und so möglicherweise die bayerische Kern-CSU längerfristig in die Minderheit drängen. Damit verschwände ein nicht gering zu schätzendes Element der *raison d'être* der CSU. Hinzu käme auf-

grund des Wählerrückgangs ein geradezu zwangsläufiger Verlust des Charakters einer Quasi-Staatspartei mit allen damit verbundenen Funktionsvorteilen. Absehbare Folge wäre eine künftige Dominanz bundespolitischer, außerbayerischer Themen. Damit jedoch liefe die CSU Gefahr, zu einer rein konservativen Partei nach Art der DSU zu werden, d. h. einer Partei ohne sichere Regionalbasis mit ungewissem politischem Schicksal.

Als Gesamtfazit dieser Untersuchung ist festzuhalten, daß die Probleme einer bundesweiten CSU-Kandidatur erheblich größer wären als es von den Protagonisten eines solchen Schrittes zunächst wohl vermutet worden war. Sie wäre mit so vielen, schwer zu lösenden organisatorischen Problemen und Wahlrisiken verbunden, daß die bedingte Empfehlung dieses zugleich fiktiven und retrospektiven Gutachtens folglich lauten müßte: Unter der Voraussetzung, daß man den bayerischen Sondercharakter der CSU erhalten und die Basis ihrer Parteilstärke sichern wollte, ist auf die Ausdehnung über die bayerischen Grenzen hinaus wohl zurecht verzichtet worden.

Die Parteitage der GRÜNEN

Parteitage der GRÜNEN¹⁾ gelten als chaotisch oder doch als „nahezu chaotisch“²⁾. Sieht man genauer hin, finden sich — wie bei anderen Parteien auch — irrational anmutende Momente. Auffallend aber ist das Ausmaß rationalen Handelns bei so vielen unterschiedlichen Akteuren. Allerdings fügen sich die rationalen Tätigkeiten der einzelnen Akteure kaum zu einer Gesamtrationalität. Parteitage der GRÜNEN sind strapaziös. Kreisverbän-

den gelingt es häufig nicht mehr, alle ihnen zustehenden Mandate zu besetzen; nicht alle, die gewählt wurden, fahren auch zum Tagungsort; vor Ort kommt es zum Tagungsmarathon: ohne Mittagspause, bis in den späten Abend, dafür mit viel Papier und Worten. Hunderte von Delegierten verlassen den Parteitag, ohne einen Redebeitrag gehalten zu haben — sie ertragen den Streß passiven Engagements.

I. Akteure

„Die Bundesversammlung ist oberstes Organ der Partei“, heißt es im Statut. Aber wer nimmt es ernst? Auf jeden Fall, so scheint es, die Anwesenden. Wer sind nun die Akteure dieser Großveranstaltungen? 1) Das Präsidium ist das offizielle Leitungsgremium, die Antragskommission assistiert ihm. 2) Die Delegierten sind die vom Statut vorgesehenen Hauptakteure — aber sie sind weder ein geschlossen handelndes Kollektiv noch eine Ansammlung unverbundener und unberechenbarer Individuen. 3) Die Parteiführung und die Bundestagsfraktion haben keine formellen Rechte auf Parteitag, ihre Mitglieder sind selten auch Delegierte, und dennoch sind ihre Interventionen relevant für den Ablauf. 4) Das gilt noch stärker für die Strömungen, deren Mitglieder zwar gleichzeitig durch die anderen Akteursgruppen tätig werden, nachhaltig aber auch durch die kollektive Identität dieser Richtungsgruppen bestimmt sind.

1. Präsidium

Bevor der Parteitag beginnt, hat das Präsidium der Delegiertenversammlung schon gearbeitet. Seine Mitglieder haben die Vielzahl von Anträgen durchgesehen und sich — arbeitsteilig — mit den Materialien des Parteitags vertraut gemacht. Das Präsidium ist die wichtigste Institution der Versammlung: Es steuert den Verlauf und strukturiert die Anträge sowie die Antragsdebatte. Es vereint in sich die Aufgaben, die normalerweise zwischen dem — verfahrenssteuernden — Präsidium und der Antragskommission getrennt sind. Das Präsidium wird auf Vorschlag des Bundeshauptausschusses per Akkla-

mation von der Versammlung bestätigt. Die Vorabstimmung mit den Landesverbänden führt zur gleichmäßigen Berücksichtigung der regionalen Interessen. Aufgrund der bekannten regionalen Verteilung der Strömungen wird so auch der richtungspolitische Pluralismus des Präsidiums sichergestellt.

Das Präsidium sieht es nicht als seine Aufgabe an, dem Vorstand Mehrheiten zu beschaffen. In diesem Sinne ist das Präsidium autonom gegenüber dem Vorstand. Das zeigt sich u. a. daran, daß häufig Anträge unterliegen, an denen Vorstandsmitglieder beteiligt sind. Andererseits gehören dem Präsidium auch meist zwei Vorstandsmitglieder an; wie die Vertreter der innerparteilichen Strömungen versuchen sie, kleinere interessengeleitete Strukturierungen vorzunehmen, aber die Gegengewichte im Pluralismus des Gesamtgremiums und bei den bemerkenswert wachsam und interventionsbereiten Delegierten bleiben wirksam.

Im allgemeinen entwickelt das Präsidium eine aufgabenbezogene Professionalität. In kritischen Situationen werden gelegentlich weniger geübte bzw. weniger erfolgreiche Präsidiumsmitglieder im fliegenden Wechsel abgelöst: Effizienz ist dann wichtiger als formale Gleichheit. Die Kontrolle des Präsidiums durch die Versammlung ist stark. Fast regelmäßig gibt es zu Verfahrensvorschlägen des Präsidiums alternative Geschäftsordnungsanträge. Auch wenn das Präsidium in den Verhandlungen schon fortgefahren ist, Widerspruch zum Verfahren aber ex post entsteht oder aufrechterhalten wird, kehrt es nicht selten zum vorhergehenden Tagesordnungspunkt zurück. Das Präsidium wird nur akzeptiert, wenn es eine Verbindung von Bestimmtheit und Flexibilität praktiziert; das ist eine beachtliche Leistung, vor allem, wenn man sich die Bedingungen grüner Versammlungsdemokratie verge-

¹⁾ Der Beitrag steht im Zusammenhang mit der aktuellen Publikation: Joachim Raschke, *Krise der Grünen. Bilanz und Neubeginn*, Marburg 1991.

²⁾ Süddeutsche Zeitung vom 21. September 1987.

genwärtigt: Aus den ersten Reihen oder von gut positionierten Antragstellern gibt es eine Fülle von Zwischenrufen, Protesten und Beschimpfungen des Präsidiums; Antragsteller umringen den Präsidiumstisch; Debattenredner überschreiten die Redezeit und müssen vom Präsidium gedrängt werden, zu Ende zu kommen — notfalls durch Abstellen des Mikrofons. Das Präsidium muß auch mit gezielten Einflußnahmen kleiner Delegiertengruppen fertig werden, und in turbulenten Situationen hilft nur die Autorität des richtigen Wortes, während die reine Amtsautorität nicht weit trägt.

Die (kleine Antragskommission, die in den etablierten Parteien eine zentrale Institution des Parteitag ist, hat bei den GRÜNEN lediglich einige technische Aufgaben zur Unterstützung des Präsidiums. Sie prüft den formgerechten Eingang von Anträgen, sortiert sie nach Sachbereichen und lost die Redeliste aus. Sie ist nie der verlängerte Arm des Vorstands. In dieser Form erscheint die Antragskommission einerseits als ein Demokratisierungsschritt gegenüber den Verhältnissen bei den etablierten Parteien, aber andererseits werden so die inhaltlichen Strukturierungsaufgaben dem Präsidium und dem Plenum aufgeladen, die dann bei komplexeren Materien an die Grenze der Versammlungsdemokratie stoßen.

2. Delegierte

Die Delegierten stehen permanent unter dem Diktat von Zahl und Zeit und versuchen, dies abzuschütteln. Die Zahl von 500–800 Delegierten ist zugleich Ausdruck und Grenze von Basisdemokratie. Die große Delegiertenzahl³⁾ gilt als ein Zeichen von Basisnähe: Jeder Kreisverband schickt — je nach Größe — einen oder mehrere Delegierte, die manchmal vor jedem Parteitag im Kreisverband gewählt werden. Die große Teilnehmerzahl symbolisiert auch Bewegungselemente: Mit den vielen dezentralen Einheiten vermittelt der Parteitag ein Gefühl von Volksversammlung, mit ihren vielen unbekanntem Teilnehmern und dem Eindruck von Spontaneität und Unberechenbarkeit.

Die GRÜNEN veranstalten durchschnittlich zwei Parteitage pro Jahr. Die große Zahl an Delegierten ist stets eine unaufhebbare Barriere für die direkte Beteiligung vieler. Ist sie der demokratische Kern, kann Demokratie aus Zeitmangel nicht stattfinden. Diskussion ist auf Sequenz angelegt, und das heißt bei vielen Beteiligten: Schlangestehen. Zeit ist nicht demokratisierbar. Durcheinander und Stimmengewirr, das große Palaver — es sind eher irreführende Außeneindrücke. Der Parteitag hat seine festen

³⁾ Heute umfaßt der Parteitag in der Regel etwa 600 gemeldete Delegierte; durchschnittlich 10 Prozent dieser in den Kreisverbänden gewählten Delegierten treten die Reise nicht an.

Strukturen, wenig sichtbare, aber dennoch wirksame. Zum Beispiel gibt es eine Sitzordnung. Die Delegierten sitzen geordnet nach Landesverbänden. Wegen der Dominanz einer Strömung in den meisten Landesverbänden hat das Konsequenzen für das politische Verhalten von Delegierten. Es ermöglicht rasche direkte Kommunikation über richtungspolitische Manöver und stärkt somit die Konformität der Gruppe.

Folgenreich für die Delegierten ist auch das permanente Plenarprinzip als Ausdruck der Versammlungsdemokratie. Von 9 Uhr bis nicht selten 23 oder 24 Uhr ist der Platz der Delegierten im großen Saal. Der Parteitag kennt keine Arbeitskreise, keine Form offizieller Arbeitsteilung. Kleingruppen gibt es — außer mit den unmittelbaren Tischnachbarn — allenfalls für diejenigen, die ins Geschäft der Vorbereitung oder informellen Verhandlung von Anträgen involviert sind. So entsteht im Grunde eine eher restringierte und monotone Kommunikationssituation für die einzelnen Delegierten, die deshalb für Abwechslung vom Präsidium oder Rednerpult immer dankbar sind. Hinzu kommt, daß die große Zahl und die starke Rotation zur Anonymität vieler Delegierter führen.

Alle Delegierten sind gleichberechtigt, ihre Ressourcen sind es nicht. Die Kompetenzen polarisieren sich zwischen den Delegierten, und einige egalitäre Verfahren machen das besonders deutlich. Das gilt für beide Dimensionen von Kompetenz: für den Sachverstand und für jene politisch-sozialen Fertigkeiten („Skills“), die die Rede-, Organisations- und Kontaktfähigkeiten einschließen. Die Sachverstandskluft wird deutlich, wenn beispielsweise die Laienrede einer pauschalen Ablehnung jeder biotechnologischen Forschung durch den Zufall des Loses unmittelbar vor den sachkundig-differenzierten Beitrag eines anderen Delegierten gesetzt wird, der als Beschäftigter in einem biologischen Forschungsinstitut täglich gentechnologische Manipulationen vornimmt.

Die offenkundige und sich erweiternde Kluft in den Skills der Parteitagsakteure zeigt sich nicht zuletzt an den ungleichen Fähigkeiten, dieses große Publikum durch die Rede zu bewegen. Ihre Erfahrungen verschaffen den Berufspolitikern Vorteile hinsichtlich der Aufmerksamkeit des Auditoriums und der Wirkung ihrer Ausführungen, die von den „Sonntagsrednern“ bzw. Amateuren in der Regel nicht ausgeglichen werden können.

Entsprechend solcher Unterschiede der Kompetenz, des Aktivitätsgrades und inzwischen auch der Position in der strömungspolitischen Richtungsgruppe und der Bekanntheit, zu der Massenmedien Entscheidendes beitragen, verläuft die informelle Struktur von Parteitagen. In der Sprache der Grup-

pensoziologie⁴⁾: Den „Passiven“, die so etwas wie die „Galerie“ bilden und lediglich „passive Resonanz“ beisteuern, steht die Führung gegenüber, die „Hauptsprecher“ genannt werden kann, bei den GRÜNEN – aufgrund besonderer Verfahrensweisen – auf Parteitaggen allerdings häufig nicht zu Wort kommt. Zwischen beiden steht eine „interaktive Mittelschicht“, die bei GRÜNEN wahrscheinlich größer ist als bei anderen Parteien, also Delegierte aus Vorständen und Fraktionen, aus Arbeitsgemeinschaften und Strömungen. Deren Aktivität ist für den Löwenanteil der Anträge verantwortlich und steuert die Geschäftsordnungs- und Antragsdebatte, kurz: Sie ermöglicht es, daß zwei Parteitage in einem stattfinden, nämlich derjenige, der „lange andauernden Gespräche der prominenten Grünen auf den Gängen“ und der andere der „zumeist brav auf ihren Plätzen sitzenden Delegierten.“⁵⁾

Die Parteitagsdelegierten sind stark an Abstimmungen beteiligt, dagegen prozentual wenig an Debatten und Initiativen. Bis zum Karlsruher Parteitag im Dezember 1988, bei dem ein sehr hoher Anteil der Delegierten parallel zum Plenum an Strömungssitzungen teilnahm, wurde die geringe Plenumsaktivität des normalen Delegierten durch die Strömungsaktivitäten nicht kompensiert. Zwar tagten diese Gruppen häufiger vor, während oder auch unmittelbar nach dem Parteitag, bisher aber fast stets mit kleinerer Besetzung.

Zu rühmen ist die hohe „Verarbeitungsleistung“ des durchschnittlichen Delegierten. Sein Verantwortungsgefühl zwingt ihn zur Aufmerksamkeit, denn er will wissen, worüber er entscheidet, er will und muß im Kreisverband, der ihn geschickt hat, zusammenhängend vom Parteitag berichten. Er entwickelt über die Stunden und Tage so etwas wie zerstreute Aufmerksamkeit, er liest, unterhält sich, ißt und schläft auch zwischendurch an seinem Platz, aber er hat dabei immer sein Augenmerk auf Erscheinungen gerichtet, die es nicht zu verpassen gilt.

Sicherlich kann sich der „rasende Aktivist“, der „davon überzeugt ist, daß er nicht nur das Ergebnis formen kann, sondern daß ein Unglück hereinbricht, falls er sich nicht beteiligt“⁶⁾, auf grünen Parteitaggen entsprechend betätigen. Wie aber werden die anderen mit ihrem – zum Teil freiwilligen, häufig aber auch unfreiwilligen – Aktivitätsverzicht fertig, der doch im eklatanten Widerspruch steht zum normativen Ideal der Basisdemokratie

4) Vgl. Herbert Rauch, Partizipation und Leistung in Großgruppen-Sitzungen. Qualitative und quantitative Vergleichsanalyse von 20 Fallstudien zum Sitzungsprozeß entscheidungsfindender Großgruppen, in: Friedhelm Neidhart (Hrsg.), Gruppensoziologie, Opladen 1983, S. 256–274.

5) Die Tageszeitung (taz) vom 4. Mai 1987.

6) Robert A. Dahl, Und nach der Revolution? Herrschaft in einer Gesellschaft freier Menschen, Frankfurt/M.–New York 1975, S. 42.

und sicherlich nicht selten auch zum Selbstbild vieler Mitglieder einer Bewegungspartei? Einerseits schaltet er um auf die passive Partizipation an den vielen Abstimmungen, andererseits verstärkt er sein Orientierungsbedürfnis, und schließlich hat er einige wenige Mechanismen zur Umlenkung frustrierter individueller Bedürfnisse zur Verfügung.

Wer als einfacher Delegierter wirklich informiert den Parteitag verlassen will, muß ungeheuer aufpassen: Die Antragsflut, komplexe Geschäftsordnungs- und Antragsdebatten sowie unbekannte Kandidaten für Vorstandsämter erfordern hohe Aufmerksamkeit; sichtbare Partei- und Fraktionsführung steht nur begrenzt zur Verfügung. Einige Journalisten sind über die informellen Prozesse besser informiert, sie verfügen über den direkten Zugang zu den signifikanten Personen der Richtungsgruppen, die häufig mit Journalisten und der aktiven Mittelschicht der eigenen Strömung, aber wenig mit einfachen Delegierten sprechen. Bei der Orientierung helfen kann die unmittelbare Umgebung und der Block des Landesverbandes. Allerdings gibt es auf grünen Parteitaggen normalerweise keine Pausen, die zur Klärung und Kommentierung des Geschehens genutzt werden könnten.

Auch manche Emotionalisierungen grüner Parteitage können als Umlenkung individueller Bedürfnisse interpretiert werden: der häufige Beifall, heftige Mißfallensbekundungen, Zwischenrufe, gelegentlich rhythmisches Klatschen oder auch schon mal „Jauchzen“ – wie es im Protokoll heißt – über Abstimmungs- oder Wahlsiege; die individuelle Unterbrechung des Parteitages; die Dankbarkeit gegenüber einem witzigen Präsidium oder kauzigen Debattenrednern bzw. Kandidaten; die gelegentliche Abwechslung durch eine abendliche Kulturveranstaltung (dagegen fehlen die Entlastungen, die sich Delegierte der etablierten Parteien auf „geselligen Abenden“ gönnen). Es gibt also eine Reihe von „Umlenkungen“, aber es gibt keine Möglichkeit, dem Dilemma zwischen kollektiven Erfordernissen und individuellen Bedürfnissen⁷⁾ zu entrinnen. Im Gegenteil: Die Zumutungen an das Individuum sind bei den GRÜNEN besonders groß – trotz ihrer Fähigkeit im Ertragen von „Unordnungsstreß“. Verstärkt wird die Frustration durch eine höhere Erwartung an direkte Kommunikation und durch die Enttäuschung über das soziale Elend von Basisdemokratie in großen Kollektiven.

3. Parteiführung

Auf Parteitaggen der etablierten Parteien ist die Parteiführung der zentrale Akteur; hier sucht sie um Zustimmung für ihre Politik und erhält sie in der Regel auch. Diese privilegierte Stellung kommt auch rechtlich und symbolisch zum Ausdruck. An-

7) Vgl. H. Rauch (Anm. 4).

ders ist das bei den GRÜNEN. Das Statut gibt der Parteiführung kein Ex-officio-Stimmrecht, und da die Mitglieder des Bundesvorstandes meist kein Delegiertenmandat ihres Kreisverbandes vorweisen können, sind sie nicht stimmberechtigt. Der Bundesvorstand als Gremium verfügt auch nicht über das Antragsrecht. Der spätere Versuch, ein solches Antragsrecht in die Satzung aufnehmen zu lassen, scheiterte am Votum des Parteitag (Hagen 1985). Einzelne Vorstandsmitglieder sind an Anträgen beteiligt, aber nie kommt es zu Verknüpfungen von Amt und Antrag, die Vertrauensfragen ähnlich sind.

Die Parteiführung beherrscht auch nicht symbolisch den Parteitag. Bei den GRÜNEN steht am Kopf des Saales ein tuchbedeckter Tisch für die Versammlungsleitung, etwa wie bei der Jahresversammlung eines größeren Vereins, daneben ein Rednerpult, an der Stirnseite hängen großformatige politische Gebrauchsgrafiken. Bei den etablierten Parteien ist die terrassenförmig auf dem Podium platzierte Parteiführung der eigentliche Blickfang für Teilnehmer und Medien; bei den GRÜNEN sind in der ersten Reihe des Tagungssaales einige Plätze für den Vorstand reserviert.

Solche Beobachtungen sprechen dafür, daß der Parteivorstand bei den GRÜNEN keine Orientierungsgröße für die Delegierten ist wie bei den etablierten Parteien. Soweit entspricht die Praxis basisdemokratischen Intentionen. Aber der Machtkampf sucht sich seine eigenen Wege. Es ist üblich geworden, daß die Grußworte des Bundesvorstands am Beginn der Tagung zu einer längeren politischen Grundsatzrede ausgebaut werden. Gibt es relevante Differenzen unter den drei Vorstandssprechern, können es auch zwei Vorstandsreferate werden. Durch ihren Platz in der ersten Reihe sind die Vorstandsmitglieder immer schon am Mikrofon, um einem Tagesordnungs- oder Geschäftsordnungsantrag zu widersprechen oder in der Antragsdebatte die Gegenrede zu halten; bei einer Versammlung von 600 Personen und den dabei sich ergebenden räumlichen Entfernungen ein nicht unwichtiges Moment. Hinzu kommt natürlich deren Amtswissen, das häufig auch von der Sache her schnellere Reaktionen und Initiativen möglich macht.

Der entscheidende Vorteil des Vorstandes auch bei den GRÜNEN resultiert aus dessen starker Verflechtung mit den innerparteilichen Gruppenbildungen (Faktionalismus). Die Aufmerksamkeit, die inner- und außerparteilich die Gruppenkämpfe auf sich ziehen, erhalten durch Vorstandsämter einen Verstärkungseffekt. Die „zweite Realität“ des Parteitags, die begleitenden Aktivitäten vor, wäh-

rend und nach der Versammlung, wird, außer von den innerparteilichen Oppositionsführern, ganz wesentlich vom Bundesvorstand bzw. von dessen Sprechern getragen. Hier ist nicht der Parteitag der Resonanzboden (außer für die Steuerungsversuche etwa qua Interview vor dem Parteitag), sondern es sind Journalisten, Medien und die weitere Öffentlichkeit, die durch parteibegleitende Kommentierung und Pressekonferenzen bzw. Interviews nach dem Parteitag erreicht werden sollen.

4. Innerparteiliche Strömungen

Die innerparteilichen Strömungen (Faktionen) als wichtigste Akteure grüner Parteitage profitieren von der Diffusität, die gerade aus den egalitären Strukturen hervorgeht. Die Parteitage sind seit 1984 zunehmend strömungspolitisch durchstrukturiert, und die „zweite Realität“ ist die Domäne der Faktionen.

Der Anteil der richtungspolitisch Identifizierbaren auf den grünen Parteitagen ist gestiegen. Das läßt sich am Abstimmungsverhalten zeigen, insbesondere an den Überschneidungen zwischen dem Verhalten richtungspolitisch dominierter Landesverbände und den Gesamtfaktionen. Nicht ungewöhnlich sind überregionale Vorbereitungstreffen der Strömungen, auf denen Strategien, Wahlvorschläge etc. besprochen werden. Parallel zum Parteitag kommt es zu Gruppentreffen, die bisher allerdings – von der Ausnahme in Karlsruhe 1988 abgesehen – „unvollständig“ (kleine bis mittlere Teilnehmerkreise), zeitlich begrenzt (häufig – wegen der zeitraubenden Versammlungsdemokratie – in den späten Abend- oder frühen Nachtstunden), nicht allgemein zugänglich (ohne offizielle Ankündigung, in Kneipen oder Hotels stattfindend) und unregelmäßig stattfanden.

Grenzen der richtungspolitischen Steuerung der Parteitage liegen darin, daß erstens die Faktionen bisher nicht institutionalisierter Teil der Versammlungsstruktur sind⁸⁾ und daß zweitens angesichts der großen Zahl und der starken Fluktuation der Delegierten immer wieder mit Akteuren zu rechnen ist, die sich mit den bestehenden faktionalistischen Strukturen nicht auskennen oder auch einfach auf einer unabhängigen Art der Meinungsbildung beharren. Drittens lassen die egalitären Formalstrukturen, wie etwa das Los, keine systematische, alle Delegierten sofort erreichende Intervention von Faktionsführern zu.

⁸⁾ In Karlsruhe 1988 gab es nach der Abwahl des Bundesvorstands zum ersten Mal auf einem Parteitag offizielle Statements von Vertretern aller Strömungen.

II. Aufgaben der Parteitage

Ein Parteitag hat Aufgaben der Debatte, Abstimmung, Wahl und Kontrolle zu erfüllen. Nachfolgend wird untersucht, wie die verschiedenen Akteure unter Anwendung (oder Umgehung) bestimmter Regeln diesen Aufgaben nachzukommen suchen.

1. Debatte

Die GRÜNEN gelten als diskussionsfreudige Partei, bis hin zur pejorativen Einschätzung, nichts als ein Debattierclub zu sein. Auf dem Hamburger Parteitag z. B. gab es zum Tagesordnungspunkt „Perspektiven“ 115 Wortmeldungen (85 von Männern, 30 von Frauen). Nun bedarf es bei großer Teilnehmerzahl und großer Diskutierfreudigkeit strenger Regeln, um auch zum Ergebnis zu kommen. Die Quotenregel (Frauen und Männer wechseln einander auf der Redeliste ab) und das Losverfahren sind die wichtigsten Regeln zur Verteilung der Redezeit bei den GRÜNEN. In der Satzung heißt es: „Die Bundesversammlung ist mitgliedertöffentlich“. Diese basisdemokratisch gemeinte Regel bedeutet u. a. Rederecht für alle Mitglieder – wobei die Praxis natürlich keine zufällige Verteilung zu Tage fördert.

Für drei Parteitage⁹⁾ wurde die Verteilung der Redezeit errechnet: Im Durchschnitt konnten die sogenannten einfachen Delegierten¹⁰⁾ nur 24 Prozent der Redezeit auf sich vereinen (das Präsidium kam auf einen durchschnittlichen Anteil von 25 Prozent). Das entsprach einem Anteil von etwa 20 Prozent aller auf einem Parteitag getätigten Beiträge. Auf einem Parteitag normaler Länge kommen etwa 8 Prozent aller Delegierten zu Wort.

Die Egalisierungseffekte der Regelungen sind also sehr begrenzt. Die Parteilite verliert durch Lospech nicht ihren privilegierten Medienzugang, auf dem Oldenburger Parteitag 1987 zum Beispiel ließen nicht ausgeloste Parteiprominente (wie Jutta Ditfurth und Christian Schmidt) ihre Redemanuskripte ausdrucken und verteilen.

Ein beliebtes Mittel, sich außerhalb der Regeln zusätzliche Redezeit zu verschaffen, sind die „persönlichen Erklärungen“. Anfangs erinnerte das Präsidium noch an den Sinn persönlicher Erklärungen, sich aufgrund eines persönlichen Angesprochen- und Betroffenseins in der vorhergehenden Debatte „erklären“ zu dürfen. Gelegentlich gab es auch den Widerstand des Plenums gegen schlimme Formen des Mißbrauchs, aber im allgemeinen hat sich eine

⁹⁾ Es handelt sich um die Parteitage in Offenburg 1985, Hagen 1986 und Hannover 1986.

¹⁰⁾ Als einfache Delegierte werden diejenigen verstanden, für die kein weiteres Amt auf Landes- oder Bundesebene angegeben wurde.

Praxis der Umfunktionierung dieser Einrichtung herausgebildet. Reden werden nachgeholt, Repliken auf vorherige Debattenbeiträge nachgereicht, Kommentierungen zum Ablauf des gerade abgeschlossenen Tagesordnungspunktes werden abgegeben¹¹⁾.

Auch die Überflutung der Parteitage mit Anträgen zur Tages- bzw. Geschäftsordnung und zu Sachfragen erklärt sich mindestens teilweise aus dem Bemühen, überhaupt zu Wort zu kommen¹²⁾. Bei Tages- und Geschäftsordnungsdebatten hat jeder Rederecht, bei Einreichung von Anträgen erhalten die Antragsteller das Rederecht zur Begründung des Antrags. So kommt es häufig zur inhaltlichen Aufladung von Diskussionsbeiträgen, die sich auf die Tages- bzw. Geschäftsordnung beziehen.

Sicherlich repräsentiert die Debatte nach Los und unter der Bedingung von Zeitknappheit nur einen Teil der vorhandenen Ansichten. Am günstigsten für eine solche Meinungsrepräsentanz ist es, wenn die Positionen zum Thema klar polarisiert sind, und wenn die Debatte nach dem Verfahren von Rede und Gegenrede organisiert wird¹³⁾. Schon in der Koalitionsfrage aber gibt es wesentlich mehr Positionen und Differenzierungen, als es sich in einem einfachen Gegensatz ausdrücken ließe. Die entsprechenden Debatten in Hamburg 1984 und Hagen 1985 waren deshalb nach dem Los- (und Quoten-)Prinzip organisiert. Generell wird man das Losverfahren für zu schematisch und zufällig halten müssen im Vergleich zu einem Verfahren, bei dem „man alle Standpunkte vorher einholt und sicherstellt, daß alle durch einen Sprecher vertreten werden“¹⁴⁾.

Auch die Repräsentativität der existierenden Richtungsgruppen wird bei Los- und Quotenverfahren häufig verfehlt¹⁵⁾. Am wirksamsten sind die Regeln bei den Geschlechtergruppen – allerdings zeigt sich auch hier, daß viele Positionen im Meinungsstreit nicht geschlechtsspezifisch determiniert sind. Bei sogenannten Frauenfragen kommt es meist zu einer Monopolisierung der Rede durch Frauen.

¹¹⁾ An der Spitze lag der Parteitag in Hannover 1986 mit 15 persönlichen Erklärungen, bei einem Durchschnitt von etwa acht persönlichen Erklärungen pro Parteitag.

¹²⁾ So benutzte etwa Hubert Kleinert in Ludwigshafen 1988 einen Antrag zur Änderung der Tagesordnung, um die Delegierten inhaltlich einzustimmen auf die politische Bedeutung der Fragen einer Arbeitsumverteilung.

¹³⁾ In Hagen 1985 kam so eine bemerkenswerte, organisiert kontroverse Debatte über das Thema Tierversuchsverbote zustande.

¹⁴⁾ R. A. Dahl (Anm. 6), S. 61 f.

¹⁵⁾ In Hagen 1985 bei der offenen Debatte über Perspektiven kamen z. B. – nach meiner Zurechnung – acht realpolitische, drei linke, vier mittlere bzw. vermittelnde und fünf nur schwer oder gar nicht einzuordnende Positionen zu Wort.

Die Qualität von Debatten ist sicherlich schwierig zu beurteilen. Die Trennung von Sach- und Antragsdebatten ist (auch) den GRÜNEN nicht immer gelungen, und die Begrenzung der Redebeiträge auf drei- oder fünf Minuten trägt eher zu einer gewissen Sprechblasenkultur bei. Eine transparente Strukturierung der Debatte, die Zentrierung auf Hauptaspekte oder die wechselseitige Bezugnahme der Redner — das alles ist auf einem Parteitag schwer zu erreichen. Daß auch öffentliches Reden eine Kunst ist, die nicht jeder beherrscht, wird durch die egalitären Verfahrensformen noch deutlicher. Gerade in Debatten, die auch wissenschaftlich-technische Kenntnisse voraussetzen, wird das Gefälle zwischen Fachleuten und Laien klar ersichtlich. Bei allgemeineren Fragen ist es die mangelnde Rhetorik, die zur „Bestrafung“ der Laienredner durch den steigenden Lärmpegel des Plenums führt.

Parteitage sind im allgemeinen nicht die Foren, die besondere Anreize für Differenzierung und Innovation bieten. Auch die grüne Debattenkultur scheint sich konträr zum positiven Selbstbild der Partei zu entwickeln, vor allem wohl aufgrund der Verschärfung des Richtungsstreits. Tumultartige Szenen finden sich oft in den Protokollen wieder. Grüne Parteitage sind lebhaft, aber auch diese „Lebhaftigkeit“ scheint nicht zufällig verteilt¹⁶⁾. Statt von großen Debatten kann eher von heißen Debatten mit Spannung gesprochen werden, weil die genaue Zusammensetzung des Parteitags und das voraussichtliche Abstimmungsergebnis in wichtigeren Fragen ja meist noch offen sind, wenn die Debatten stattfinden.

2. Abstimmung

Bevor es zu Entscheidungen über Sachfragen kommt, kann man auf grünen Parteitagen zeitraubende Geschäftsordnungsdebatten erleben. Das einzig Positive, was sich zu dieser Unsitte sagen ließe, ist, daß in der Regel keine inhaltlichen Optionen auf formalem Wege gekippt werden. Die politische Selbstblockierung durch das viele Jahre lang schwer erträgliche Ausmaß von Verfahrensfragen hat verschiedene Ursachen: Mangel an Erfahrung, Kontinuität und Routine; Ventilfunktion für die Restriktionen inhaltlicher Debatten (sichtbar an der häufigen inhaltlichen Aufladung von Verfahrensfragen); wechselseitiges Mißtrauen und der

¹⁶⁾ Nach meinen Beobachtungen und der Protokollektüre richtete sich diese lautstarke Emotionalität besonders häufig gegen Redner, die dezidiert realpolitische Positionen vertraten. Insbesondere die Hamburger Linken schrien häufiger, versuchten massiv und gezielt, die Redner zu stören. Es war jedenfalls kein alphabetisch oder sonstwie nachzuvollziehender Zufall, daß der Hamburger Block häufiger als andere Landesverbände nahe zum Redepult plazierte wurde. Inzwischen ist es auch in dieser Hinsicht etwas ruhiger geworden bei den GRÜNEN.

Versuch, durch verfahrensmäßige „Vorsorge“ einen ideologischen Sieg wahrscheinlicher zu machen. Das Strukturierungsdefizit der Partei, das auch hier als Fehlen verlässlicher Abläufe seinen Ausdruck findet, ist vielleicht doch mehr als nur ihre Kinderkrankheit¹⁷⁾.

Es ist nicht die absolute Zahl der Anträge, die jeden Parteitag in Schwierigkeiten bringt, sondern die ungefilterte Plenarbehandlung der Anträge und vor allem die beträchtliche Zahl von Dringlichkeitsanträgen, die ad hoc eingebracht werden. Eine Schwelle für diese Initiativanträge besteht faktisch nicht: Die im Statut vorgesehene Möglichkeit der Mehrheit, solche Anträge abzulehnen, wird nicht genutzt. Was urdemokratisch aussieht und Bewegungsspontaneität suggerieren könnte, wird faktisch auch von Routiniers angewendet und führt zur selbsteingestandenem Überforderung der Delegierten, zu Intransparenz und zu Ineffizienz.

Abgesehen von der Zweidrittelmehrheit für Satzungsänderungen bzw. für die Rückholung bereits entschiedener Anträge und vom Vetorecht für Frauen ist das Prinzip der einfachen Mehrheit die normale Entscheidungsregel. Es gibt viele Fragen, bei denen eine Mehrheit eine Minderheit überstimmt, und nicht wenige, bei denen die Mehrheit sehr knapp ist. Das Besondere bei den GRÜNEN liegt im Ausmaß informeller Konsenssuche. Diese hat auch ihr festes Instrumentarium:

— Das *Meinungsbild* ist „die grüne Erfindung zur Vermeidung unkorrigierbarer Entscheidungen“¹⁸⁾. Erst nach der Feststellung des Meinungsbildes als Probeabstimmung findet die formelle Abstimmung statt, manchmal ist erst danach der Antrag auf Debatte möglich, oder es werden dadurch Verständigungsprozesse zwischen verschiedenen Antragstellern eingeleitet. Positiv gesehen ist das regelmäßig angewendete Meinungsbild ein Mittel, die Selbstreflexivität einer großen, heterogenen, sich selbst in ihrer Meinungsverteilung unbekanntem Versammlung zu erhöhen. Sie kann aber auch als Mittel zur Manipulation einer zuvor eindeutigeren Mehrheit benutzt werden. Eine zusätzliche Erfindung war das regionale Meinungsbild, das bisher nur einmal praktiziert wurde. Dabei hatten sich in Nürnberg 1986 die bayerischen Delegierten kurz vor der Landtagswahl mit 80 : 21 für eine Unterstützung der verbotenen Anti-WAA-Demonstration in München ausgesprochen — der Parteitag folgte dann diesem Meinungsbild, das in einem separaten Sitzungssaal abgegeben worden war.

— Die *Verhandlung* zwischen verschiedenen Antragstellern (und zum Teil zwischen Präsidium und

¹⁷⁾ In der letzten Zeit ist der Zeitanteil der Verfahrensdebatte allerdings rückläufig.

¹⁸⁾ Die Zeit vom 20. Dezember 1985.

Antragstellern) ist naturgemäß bei politisch weniger polarisierten Fragen einfacher als bei den stark kontroversen Themen des Strömungskonfliktes.

— Neben Meinungsbild und Verhandeln gibt es eine spezifisch grüne Variante des Durchwurstelns, die man *paritätische Nicht-Entscheidung* nennen kann. In der Annahme eines ungefähren Kräftegleichgewichts und beeinflusst durch den Wunsch nach (oder: den Druck der) „Konsensgemeinschaft“ (Dahl) einigen sich die Akteure, nicht bzw. nicht wirklich zu entscheiden. Ein Punkt wird vertagt; zwei Beschlüsse mit unterschiedlichen Akzenten, aber ohne direkten Widerspruch bleiben nebeneinander stehen; es wird der „Kampf um Revision eines einmal beschlossenen Textes“ durch Änderungsanträge geführt, eine Prozedur, die so oft das grüne „Zwei-Schritt-vor-einer-zurück“ hervorbringt.

Solche Praktiken informeller Abschwächung des Mehrheitsprinzips können umso eher eingesetzt werden, je geringer der „Entscheidungsdruck“¹⁹⁾ für die Versammlung ist. Auf Bundesparteitagen gab es bisher objektiven Entscheidungsdruck nur durch Wahltermine. So mußte das Wahlprogramm für die Bundestagswahl an Pfingsten 1986 in Hannover beschlossen werden. Entsprechend hart waren die Prozeduren am letzten Tag der Versammlung. Das Durchpeitschen des Programms bestätigt die Hypothese von Pfetsch, daß das „Diktat der Majorität“ umso wahrscheinlicher wird, je weniger Zeit zur Verfügung steht. Eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene müßte bei den GRÜNEN zum Einbau eines Zeiträfers führen, wenn ihre Form von Basisdemokratie auch nur annäherungsweise dem Zeithorizont von Parlaments- und Regierungshandeln folgen soll.

3. Wahlen

Im Statut gibt es einige folgenreiche Regelungen, die die Voraussetzungen der Wahl festlegen: Unvereinbarkeit von Amt und Mandat; Rotation nach höchstens zwei Wahlperioden; Geschlechterparität und „angemessene“ Beteiligung von Minderheiten. Auf diese Regelungen ist u. a. zurückzuführen, daß der Frauenanteil im Bundesvorstand der GRÜNEN höher ist als er je in einer deutschen Partei war und ist, daß die Fluktuation von Vorstandsmitgliedern Spitzenwerte erreicht, daß auf Bundesebene die Realpolitiker ihren Schwerpunkt in der Fraktion, die Linken im Bundesvorstand hatten.

Die ausführlichen Bewerbungsunterlagen sowie mündliche Vorstellungen und Befragungen in der Versammlung machen einige der relevanten Auswahlkriterien sichtbar:

¹⁹⁾ Frank Pfetsch, Politische Theorie der Entscheidung in Gremien, in: Journal für Sozialforschung, 27 (1987), S. 258.

1. Basisanbindung: Ohne das Votum der Basis gibt es keine erfolgreiche Kandidatur. In der Regel ist das positive Votum des Kreisverbandes vorzuweisen.

2. Bewegungsbezug: Engagement in einem der Zweige der neuen sozialen Bewegungen wird sehr häufig angegeben. Es ist allerdings kein unabdingbares Kriterium, da es ad hoc nicht überprüfbar ist. Umgekehrt kann auch der Hinweis auf langjähriges Engagement in der autonomen Frauenbewegung nicht das positive Votum bzw. die längere Mitarbeit in einem Kreisverband ersetzen.

3. Bekanntheitsgrad: Gerade auch aufgrund der Unvereinbarkeit von Amt und Mandat kandidieren für die Beisitzerpositionen häufig überregional wenig bekannte Personen, die — ohne die Unterstützung einer Strömung — einer großen Versammlung schwer zu vermitteln sind.

4. Kompetenz: Da der Vorstand weder Führungsorgan noch Expertengremium, kein Bewegungsausschuß oder ähnliches sein soll, ist dieses Kriterium eher diffus. Vorsichtig läßt sich nur formulieren, daß irgendwelche besonderen Qualifikationen bzw. ausweisbaren Erfahrungen günstig für die erfolgreiche Kandidatur sind.

5. Faktionszurechnung: Spätestens seit 1984 ist das Interesse der Delegierten immer deutlicher geworden, eine richtungspolitische Zuordnung der Bewerber vornehmen zu können. Man wird die Empfehlung der Richtungsgruppe inzwischen für das dominierende Auswahlkriterium halten müssen.

6. Landesverband: Kleinere Effekte gehen von der Unterstützung der Bewerber durch den eigenen Landesverband aus; insgesamt bleibt dieses Kriterium aber eng verbunden mit dem richtungspolitischen und wird durch dieses auch gefiltert.

7. Gesamtproporz: Ein häufig zu hörendes Kriterium, das wohl vor allem auf richtungspolitisch weniger festgelegte und Personen mit stärkeren Integrationsbedürfnissen zielt und zusätzlich die Legitimation für „monokolare“ Personalentscheidungen schaffen soll, lautet, daß der Parteivorstand links sein müsse, als Gegengewicht zur realpolitisch dominierten Bundestagsfraktion.

4. Kontrolle

Grüne Parteitage sind vergleichsweise kontrollfreudig und doch in vieler Hinsicht — wie alle Parteitage — unfähig zur Kontrolle. Die Delegierten teilen erfreulicherweise nicht den in der deutschen politischen Kultur verbreiteten Glauben, mit einem Amt erhalte man auch den dazugehörigen Verstand. In Hamburg 1984 wurde ein Mißbilligungsantrag gegen das Vorstandsmitglied Uli Tost mit knapper Mehrheit angenommen. In Offenburg 1985 scheiterte der gegen Jutta Ditfurth gerichtete Abwahlenantrag, die beiden anderen Sprecher erhielten eine deutliche Mehrheit in der daraufhin von

ihnen gewünschten Vertrauensabstimmung. Mißbilligungs- und Abwahanträge waren immer auch ein Kampfmittel der innerparteilichen Opposition, ihr Erfolg war bisher aber auch stets von situationspezifisch Urteilenden abhängig.

Die Diskussion von Rechenschaftsberichten auf Parteitag ist eher spärlich und noch ohne klare Orientierung über Möglichkeiten und Grenzen sol-

cher Debatten. Vielfach fehlen auch Informationsgrundlagen für eine kompetente, fortlaufende Kontrolle (Beschlußlage, Ausführung der Anträge etc.). Die Sachkontrolle müßte sich vor allem auf die Verwaltung der Finanzen beziehen — ein weiteres Gebiet, auf dem große Versammlungen überfordert sind, und das in wesentlichen Teilen in den spezialisierten Finanzrat ausgelagert ist, in dem die Schatzmeister der Landesverbände vertreten sind.

III. Bewertung grüner Parteitage

Der Anspruch des grünen Parteiexperiments ist nicht gering: die Anwendung basisdemokratischer Prinzipien und Regeln auf der zentralen Ebene einer Großorganisation. Die Bundesdelegiertenversammlung ist das grüne Gremium mit der breitesten Beteiligung, das den Gesamtwillen der Partei konstituieren soll. Was hier an Basisdemokratie nicht gelingt, wird sich unter den ungünstigeren gesamtgesellschaftlichen Bedingungen noch weiter vom Ideal entfernen, denn so viel Konsens und authentische Motivation für Basisdemokratie wie bei den GRÜNEN der frühen achtziger Jahre hat es in der deutschen Geschichte noch nie gegeben. Die sinnvollsten Kriterien zur Beurteilung von Demokratie und Demokratisierung sind: Partizipation, Transparenz, Effizienz.

1. Partizipation

Das Resümee hinsichtlich des Kriteriums Partizipation ist widersprüchlich: Einigen Partizipationsgewinnen steht eine beträchtliche Kostenliste gegenüber — und die Gesamtbeurteilung ergibt sich erst in Abwägung mit dem Transparenz- und insbesondere dem Effizienzkriterium.

Sicherlich gibt es Momente der Partizipationsausweitung. Die Beteiligungsmöglichkeiten für viele Delegierte aus untersten Organisationseinheiten gehören dazu. Die Strukturierung von Debatte und Abstimmung durch Präsidium und Delegierte sowie die Beteiligung an den vielen Abstimmungen, die jeder Parteitag durchführt, haben Effekte einer Dezentrierung gegenüber monopolisierenden Oligarchien. Die Partizipation von Frauen ist in allen Bereichen größer als in den etablierten Parteien. Als Kontrolleur wird der Parteitag auch von jenen Parteiakteuren ernst genommen, die seine Bedeutung in Kommentaren herunterspielen.

Unverkennbar sind aber auch die Grenzen der Basisdemokratie, die vielfach auf strukturelle Ursachen verweisen. Es gibt Grenzen der Partizipationsmöglichkeiten. Die geringe prozentuale Redezeit für einfache Delegierte, die relativ wenigen folgenreichen Abstimmungen über Sachfragen — bei einem Ausufern der Tages- und Geschäftsordnungsdebatte — gehören ebenso dazu wie das Fehlen von Arbeitsgruppen auf dem Parteitag.

Es gibt auch Grenzen der Partizipationswilligkeit (allerdings sind sie schwieriger objektivierbar). Dies läßt sich z. B. über den Redewunsch auf Parteitagen ermitteln. Selbst die Rekordzahl von 115 Wortmeldungen für die Generaldebatte beim Hamburger Parteitag 1984 machte nur ca. 15 Prozent der Gesamtzahl der Delegierten aus. Und wie ist die Beobachtung einzuschätzen, daß durchschnittlich etwa zehn Prozent der für einen Parteitag gewählten Delegierten die Reise an den Tagungsort gar nicht antreten?

Sind damit Hinweise gegeben auf eine Selbstbegrenzung von Partizipation — aus Einsicht in die begrenzten Möglichkeiten oder aus begrenzter Neigung, sich zu exponieren? Verweist das nicht auch auf Bedürfnisse, die mit der aktiven Partizipation konkurrieren, z. B. auf das Orientierungsbedürfnis? Der große Komplex einer Frustration individueller Bedürfnisse, die generell mit Massenpolitik verbunden, aber auch spezifisches Ergebnis von Basisdemokratie sind, gehören wohl auch in diesen Zusammenhang. Läßt sich damit auch die extrem starke Fluktuation von Parteitagsdelegierten erklären, sozusagen als ein Frustrationsvermeidungsverhalten?

Dazu kommen Grenzen der Partizipationswirkung, die wohl vielen Akteuren bewußt sind, ohne daß es — und auch dies aus z. T. strukturellen Gründen — dagegen Rezepte gäbe. Die begrenzte Bedeutung von Parteitagsbeschlüssen, deren Verarbeitung im Faktionshandeln meist Spielräume läßt, oder die doppelte Machtstruktur in den „zwei Realitäten“, d. h. des realen Ablaufs und der Kommentierungsrealität der informellen Führungspersonen, gehören dazu.

2. Transparenz

Eine schwach oder vieldeutig strukturierte Partei verfügt auch über geringe Transparenz. Das gilt intern wie extern, für Mitglieder bzw. Funktionsträger wie für Journalisten bzw. Beobachter.

Vor allem die Organisationstransparenz ist bei den GRÜNEN defizitär: die realen Machtstrukturen, das Zustandekommen und die Bedeutung von Entscheidungen, die Repräsentativität gewählter Personen, die doppelte Realität. Wofür steht die Partei

wirklich? Nur dank der Arbeitsteilung und Professionalisierung im journalistischen Bereich bzw. dank einiger weniger, kompetenter journalistischer Dauerbeobachter (insbesondere überregionaler Tageszeitungen) ist über die GRÜNEN so viel bekannt.

Hinsichtlich der Sachtransparenz gab es einige wenige umstrittene Materien (z. B. die Problematik des Verbots von Tierversuchen), in denen ein beachtlicher Grad an politisierter, kontroverser Sachinformation verfügbar gemacht wurde. Allerdings haben gerade diese Aktivitäten aufgrund struktureller Eigenarten der Massenmedien das weitere Publikum am wenigsten erreicht.

Die bekannten Koalitions- und Perspektivdebatten sind häufig mit verdeckter Argumentation geführt worden. Das Nebeneinander von Wahlaussagen mit unterschiedlichen Tendenzen, die von kurz aufeinander folgenden, aber unterschiedlich zusammengesetzten Parteitag beschlossen wurden, erhöhte sicherlich nicht die Sachtransparenz für die Wählerschaft. So gab es z. B. zur Bundestagswahl 1987 ein fundamentalistisches Wahlprogramm (Hannover, Juni 1986), ein gemäßigtes mittelfristiges Umbauprogramm und eine moderate Bündnisaussage (beide Nürnberg, September 1986), über deren Verhältnis zueinander „die“ Partei keine verbindliche Aussage machen konnte.

3. Effizienz

Versteht man unter Effizienz eine auf Ziele bezogene Leistung und sieht man das allgemeine Ziel darin, eine interventionsfähige radikaldemokratische Partei zu sein, dann kommt man zur Einschätzung der GRÜNEN als Partei von mittelmäßiger Effizienz. Dies wäre an verschiedenen Leistungsindikatoren zu verdeutlichen:

— Geringe Zahl von Entscheidungen: Immer wieder mußten Sach- und auch Wahlentscheidungen verschoben werden, weil der Parteitag mit seinem Pensum nicht fertig wurde. Serien von Fortsetzungsparteitagen und die Überweisung unerledigter Anträge an den Bundeshauptausschuß sind die Folgen. In Hamburg 1984 wurde etwa ein Viertel aller vorliegenden Anträge behandelt. Wenn man so will, war die Stiftungsfrage die einzige unmittelbar folgenreiche Entscheidung grüner Parteitage. In Nürnberg 1986 wurde die Frage von der Tagesordnung abgesetzt, Oldenburg 1987 war der „Stiftungsparteitag“, der ohne Ergebnis endete, und noch die Hälfte des Parteitages von Ludwigshafen 1988 wurde benötigt, um in der Stiftungsfrage zu einem Abschluß zu kommen. Vier Parteitage für eine etwas schwierigere Entscheidung machen die Schwächen der Koordinations- und Entscheidungsstrukturen überdeutlich.

— Instabilität von Entscheidungen: Die Fluktuation von Delegierten, die mangelnde Transparenz

der Verteilung von Meinungspräferenzen oder auch schlichte Unbelehrbarkeit führten dazu, daß einmal getroffene Entscheidungen in kürzesten Zeitabständen erneut zur Disposition gestellt wurden. So verfuhr man z. B. in der Bündnisfrage (Hamburg 1984, Hagen 1985 — ein halbes Jahr nach Hamburg, Nürnberg 1986) oder in der Debatte über das Tierversuchsverbot, die nach der Entscheidung in Hamburg ein halbes Jahr später in Hagen wieder aufgerollt wurde. Unter Zeitdruck (und auch zur Sicherung einer radikalen Beschlußlage) wurde in Nürnberg 1986 ausdrücklich beschlossen, die Beschlüsse von Hannover nicht erneut zu diskutieren, womit viele Anträge sich erledigt hatten.

— Mehrdeutigkeit und Unverbindlichkeit von Entscheidungen: Die verschiedentlich widersprüchliche Koexistenz grüner Entscheidungen wurde schon erwähnt. Die Unverbindlichkeit von Entscheidungen kann nur in ihrer symbolischen Radikalität und in ihrer Leerformelhaftigkeit (aus Überintegration) bestehen, sie kann sich auch in einer fast demonstrativen Abstinenz relevanter Parteiführer ausdrücken, die in Gesprächen mit Journalisten die Programmarbeit etwa als „Sozialtherapie“ abklassifizieren.

Die Strukturierungen der radikaldemokratischen Versammlungsdemokratie sind — sachlich, organisatorisch, machtpolitisch — nicht komplex genug, um alleine effiziente Aufgabenerfüllung zu gewährleisten. Die Delegation, die Verhandlung, informelle Differenzierungen sowie die Kanalisierung von Kompetenzen (z. B. über Bundesarbeitsgemeinschaften) sind die Hilfsmittel, derer sich die Basisdemokratie bedienen muß. Die „zwei Realitäten“ sind deutlich geworden: die Realität des obersten Organs bzw. der Repräsentanten der Basisdemokratie und die andere Wirklichkeit der normalen, alltäglichen Machtstruktur. Nicht die Tatsache, daß der Parteitag bei ihnen nicht das tatsächlich ausschlaggebende Gremium ist, unterscheidet die GRÜNEN von den etablierten Parteien, sondern der Umstand, daß bei ihnen die Versammlungsdemokratie des Parteitags und die normale bzw. alltägliche Machtstruktur auseinanderfallen, während sie bei den anderen Parteien so verschmolzen werden, daß der Parteitag nur den in der Regel akklamierenden Resonanzboden für die Parteilite darstellt. Die Träger der normalen Machtstruktur treten in ihren Aktivitäten vor, neben und nach dem Parteitag in Erscheinung. Diese Machtelite der großen Strömungen baut im Zusammenspiel mit den Journalisten die Kulisse des Parteitags mindestens eine Woche vorher auf, kommentiert begleitend das Spiel des Parteitags in dieser Kulisse und gibt nach dem Parteitag ein Urteil über die Aufführung ab — um meist genau an dem Punkt mit der Routine der Macht fortzufahren, wo sie für einige Tage die Bühne gewechselt hatte.

Wolfgang G. Gibowski / Max Kaase: Auf dem Weg zum politischen Alltag. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11–12/91, S. 3–20

Die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 hat erwartungsgemäß die Parteien der bisherigen Bundesregierung und ihre Politik in überzeugender Weise bestätigt. Der Beitrag belegt, daß bis zum Wahltermin die deutsche Wiedervereinigung die politische Tagesordnung bestimmt und anderen Themen keine Chance gelassen hat, wahlentscheidend zu wirken. Der Ausgang der Wahl ist durch den Umstand bestimmt worden, daß die Vorstellungen der Opposition und vor allem des SPD-Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine zur deutschen Vereinigung in der Bevölkerung der alten wie der neuen Bundesländer nicht die geringste Mehrheitschance besessen haben. So wird auch verständlich, daß die SPD erneut Einbrüche in ihre Kernklientel hinnehmen mußte. Damit ist diese Bundestagswahl zumindest für das Gebiet der alten Bundesländer eine weitere Bestätigung des bekannten wahlsoziologischen Befundes, daß sich die engen Bindungen an bestimmte Parteien bei einem wesentlichen Teil des Elektorats lockern.

Bei der Bundestagswahl 1990 fällt die besonders niedrige Wahlbeteiligung auf, die nicht nur auf das unerwartet geringe Engagement der Wähler in den neuen Bundesländern zurückzuführen ist. Künftige Wahlen müssen zeigen, ob in Deutschland ein schon in anderen westlichen Demokratien bekannter Trend zu weniger Wahlpartizipation Platz greift, oder ob es sich bei dieser Wahl nur um eine temporäre Übersättigung der Bürger nach einer über ein Jahr andauernden Extrempolitisation gehandelt hat. Überrascht hat ferner das Scheitern der westdeutschen GRÜNEN an der Fünfprozenthürde. Hier wird erkennbar, daß selbst ein scheinbar ideologisch und wertmäßig so fixiertes Wählerpotential wie das der GRÜNEN nicht völlig unbeeindruckt von der politischen Tagesordnung und von den Leistungen der eigenen Parteiateure bleibt.

Ursula Feist: Zur politischen Akkulturation der vereinten Deutschen. Eine Analyse aus Anlaß der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11–12/91, S. 21–32

Mit der deutschen Einheit wurden zwei Gesellschaften aneinandergesetzt, die sich 40 Jahre lang antagonistisch zueinander entwickelt haben. Die Übernahme des Grundgesetzes und freier Parteienwettbewerb nach westdeutschem Muster bedeuten aber noch lange keine politische Akkulturation. Untersucht wird, was die Deutschen in ihren Wertvorstellungen und in ihrem Vertrauen in politische Institutionen und in ihren Einstellungen zur politischen Partizipation unterscheidet, aber auch, worin sie ähnlich sind.

Mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten stehen am Anfang der politischen Akkulturation der Deutschen. Im Osten mischen sich neue Leitvorstellungen noch stärker mit alten, als es im Westen der Fall ist. Klar abgegrenzte Wertmuster dominieren in der früheren Bundesrepublik, wo materielle und postmaterielle Werte mit dem Leistungsdenken konkurrieren. In der alten DDR herrschen pragmatischere, z. T. widersprüchliche Leitbilder vor; aber auch traditionelle Denkmuster sind anzutreffen, die als ökonomisch, autoritär und apolitisch zu bezeichnen sind. Ein neueres Politikverständnis stößt so auf ein Bewußtsein, das sich in alten Bahnen von Wachstum und Sicherheit bewegt. Das Vertrauen der Westdeutschen in die Institutionen von Staat und Gesellschaft ist weitaus intensiver als das der Ostdeutschen, die damit vermutlich krisenanfälliger sind. Im Osten trennt man auch nicht so scharf bestimmte Demokratiekonzepte voneinander; insbesondere das alte Führungsprinzip wird noch mit der Vorstellung von Interessendelegation verbunden. In der Existenz einer basisdemokratischen Bewegung, die hüber wie drüber als Agent der Demokratisierung auftritt, stimmen jedoch die beiden politischen Kulturen überein.

Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann: Konsequenzen einer bundesweiten Kandidatur der CSU bei Wahlen. Eine in die unmittelbare Vergangenheit gerichtete Prognose

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11–12/91, S. 33–45

Der Artikel befaßt sich mit den Konsequenzen, welche eine bundesweite Ausdehnung der CSU und, im Gegenzug, eine Kandidatur der CDU auch in Bayern mit sich brächten. Akut wurde dieses Thema zuletzt im Jahre 1990, als der bayerischen CSU im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung ein deutlicher Verlust an bundespolitischem Gewicht drohte. Untersucht wird das Problem in Form eines fiktiven Gutachtens anhand einer bundesweiten, repräsentativen Umfrage für die alten Bundesländer und West-Berlin aus dem Frühjahr 1990 mit etwa 2 000 befragten Wahlberechtigten. Dabei wird insbesondere der Frage nachgegangen, welche parteipolitischen Verschiebungen in diesem Fall zu erwarten wären und welche sozialstrukturellen Differenzen und Einstellungsunterschiede zwischen den Anhängern einer bundesweiten CDU und einer bundesweiten CSU aufträten.

Die Ergebnisse zeigen, daß außerhalb Bayerns insgesamt keine nennenswerte Verbreiterung der Unionsbasis erfolgt wäre, d. h. die CSU-Gewinne außerhalb Bayerns wären dort fast ausschließlich zu Lasten der CDU gegangen. Innerhalb Bayerns wären die außerbayerischen CSU-Gewinne dabei aus der Sicht der CSU weitestgehend durch ihre Verluste an die dort nun auch antretende CDU kompensiert worden. Die Verluste der CSU innerhalb Bayerns würden dabei landespolitisch das sichere Ende von christlich-sozialen absoluten Mehrheiten bedeuten – mit allen Konsequenzen für den Charakter dieser Partei. Sie würde wohl auch einen Teil ihrer bayerischen Identität verlieren, die nicht zuletzt ihre Stärke ausmacht.

Die Anhängerschaften der beiden bundesweit auftretenden Unionsparteien würden sich den weiteren Analysen zufolge weder sozialstrukturell noch weltanschaulich nennenswert unterscheiden. Differenzen beständen praktisch nur im Bereich der Parteibindungen und der Parteiwahrnehmungen, d. h. der Zuschreibung von Parteieigenschaften. Wahlkämpfe müßten gegebenenfalls von den beiden Unionsparteien in Konkurrenz zueinander um mehr oder weniger ein und dieselbe Klientel geführt werden.

Als Gesamtfazit der Untersuchung stellt sich heraus, daß die Probleme einer bundesweiten CSU-Kandidatur wohl erheblich größer wären als gemeinhin angenommen. So geschehen ist auf eine Ausdehnung über die bayerischen Grenzen hinaus seitens der CSU wohl zurecht verzichtet worden.

Joachim Raschke: Die Parteitage der GRÜNEN

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11–12/91, S. 46–54

Der Beitrag beschreibt und analysiert formelle und informelle Strukturmerkmale grüner Parteitage, wobei sich die Grenzen der Basisdemokratie an Schwächen der Effizienz und Transparenz, überraschenderweise aber auch an Partizipationsdefiziten verdeutlichen lassen. Zunächst werden die relevanten Parteitagsakteure beschrieben: das Präsidium, die Delegierten, die Parteiführung und die richtungspolitischen Strömungen. Die Aktivitäten der einzelnen Akteure lassen sich zwar als rational durch Regeln und Ressourcen gesteuert nachvollziehen, sie fügen sich aber kaum zu einer Gesamtrationalität. Das Auseinanderfallen formeller und informeller Prozesse führt zum Phänomen einer doppelten Realität grüner Parteitage.

Die Delegierten sollen Hauptakteure dieser basisdemokratischen Veranstaltung sein, spielen in mancher Hinsicht aber doch nur eine nicht selten frustrierende Nebenrolle; die durch formelle Regelungen an den Rand gedrängten Parteiliten dagegen suchen sich informelle Wege der Einflußnahme. Allerdings erreichen sie nicht das gleiche Maß an Kontrolle über die Parteitage wie die Eliten in den etablierten Parteien. Fragen der Einflußverteilung, der Kompetenz und der Leistungsfähigkeit werden an den vier Aufgabefeldern von Parteitagen untersucht: Debatte, Abstimmung, Wahl und Kontrolle.

Ein systematisches Resümee ergibt sich durch die Frage nach der Realisierung von drei demokratischen Kriterien: Partizipation, Transparenz, Effizienz. Defizite in allen drei Bereichen verweisen auf restriktive Faktoren, die der Demokratisierung in Großorganisationen deutliche Grenzen setzen, u. a. die Zeitknappheit, die große Teilnehmerzahl, Interessenheterogenität und Faktionierung, ein deutliches Kompetenzgefälle sowie Komplexität der Sachfragen. Eine Reform grüner Parteitage ist für die Steigerung von Effizienz und Transparenz, aber auch von der qualitativen Partizipation her unerläßlich.